

Stenographischer Bericht

7. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XI. Gesetzgebungsperiode – 7. April 1987

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt: Landeshauptmann Dr. Krainer, Abg. Dr. Kalnoky, Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher.

1. Nachruf für Abg. a. D. DDr. Alois Friedrich Hueber (368).

2. a) Auflagen:

Antrag, Einl.-Zahl 145/1, der Abgeordneten Dr. Dorfer, Bacher, Grillitsch, Pußwald und Kollmann, betreffend die gewerbliche Kfz-Prüfstelle in Zeltweg (368);

Antrag, Einl.-Zahl 146/1, der Abgeordneten Präsident Klasnic, Dr. Kalnoky, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Bacher und Dr. Maitz, betreffend die Einsetzung eines Patientenombudsmannes in der Steiermark;

Antrag, Einl.-Zahl 147/1, der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Göber und Pußwald, betreffend Richtlinien für das Labor- und Pflegepersonal zum Schutz gegen Aidsinfektion;

Antrag, Einl.-Zahl 148/1, der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Kollmann, Pußwald und Kanduth, betreffend die Erhaltung der Finalbetriebe im Bereich der VEW Mürzzuschlag-Hönigsberg;

Antrag, Einl.-Zahl 149/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka, Präsident Klasnic, Schützenhöfer und Dr. Dorfer, betreffend die verstärkte Unterstützung und Förderung von arbeitslosen Jugendlichen;

Antrag, Einl.-Zahl 150/1, der Abgeordneten Kröll, Kanduth, Schwab, Dr. Dorfer, Ing. Stoisser und Harmtodt, betreffend die Einbeziehung der Gerichtsbezirke Bad Aussee, Gröbming, Schladming und Wildon in die erhöhte Regionalförderung nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969 und bei der BÜRGES-Kleingewerbekreditaktion gemäß Vereinbarung zwischen Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Land Steiermark über eine gemeinsame Regionalförderung;

Antrag, Einl.-Zahl 151/1, der Abgeordneten DDr. Steiner, Prof. Dr. Eichtinger, Dr. Maitz und Schützenhöfer, betreffend die Errichtung einer weiterführenden mittleren oder höheren Schule im Gerichtsbezirk Mariazell;

Antrag, Einl.-Zahl 152/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Dr. Maitz und DDr. Steiner, betreffend den Ausbau der Universität Graz;

Antrag, Einl.-Zahl 153/1, der Abgeordneten Schrammel, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Neuhold und Harmtodt, betreffend die Einreichung für die Automatisierung des Bahnschranks bei der Eisenbahnkreuzung der Landesstraße L 444 am Ortsausgang Fürstenfeld in Richtung Loipersdorf;

Antrag, Einl.-Zahl 154/1, der Abgeordneten Schrammel, Schwab, Pörtl und Fuchs, betreffend die Vorstellung beim zuständigen Bundesministerium zur Abschaffung des Viehpasses;

Antrag, Einl.-Zahl 155/1, der Abgeordneten Schrammel, Harmtodt, Pörtl und Neuhold, betreffend die Durchführung einer Landesausstellung „Tabak“ in Fürstenfeld;

Antrag, Einl.-Zahl 156/1, der Abgeordneten Trampusch, Reicher, Zellnig, Präsident Zdarsky und Genossen, betreffend die zusätzliche Errichtung von Luftgütemeßstellen im Zusammenhang mit den kalorischen Kraftwerken Mellach und Werndorf;

Antrag, Einl.-Zahl 157/1, der Abgeordneten Günther Ofner, Sponer, Zellnig, Erhart und Genossen, betreffend die Errichtung eines Hotels und Bildungszentrums für Natur- und Umweltschutz in St. Lambrecht;

Antrag, Einl.-Zahl 158/1, der Abgeordneten Präsident Zdarsky, Dr. Strenitz, Erhart, Meyer, Kohlhammer und Genossen, betreffend die Ergreifung von geeigneten Vorkehrungen, um eine weitere Bedrohung der Bevölkerung durch die HIV-Infektion hintanzuhalten;

Antrag, Einl.-Zahl 159/1, der Abgeordneten Sponer, Meyer, Präsident Zdarsky, Erhart und Genossen, betreffend die Verbesserung der Pensionsansprüche für Mütter behinderter Kinder;

Antrag, Einl.-Zahl 160/1, der Abgeordneten Zellnig, Minder, Meyer, Freitag und Genossen, betreffend die Rücknahme von Butter und Käse durch die Milchbauern von den Molkereien nach dem Großhandels-einstandspreis;

Antrag, Einl.-Zahl 161/1, der Abgeordneten Zellnig, Freitag, Minder, Günther Ofner und Genossen, betreffend die Kontrolle von Importfleisch auf Medikamentenrückstand und die Unterbindung des Schmuggels mit Hormonpräparaten zur Tierfütterung;

Antrag, Einl.-Zahl 162/1, der Abgeordneten Zellnig, Freitag, Günther Ofner, Prieschl und Genossen, betreffend die Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte;

Antrag, Einl.-Zahl 163/1, der Abgeordneten Zellnig, Freitag, Günther Ofner, Prieschl und Genossen, betreffend die Wiedereinführung des Anbaues von Faserflachs;

Antrag, Einl.-Zahl 164/1, der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Durchführung derzeit laufender Genehmigungsverfahren für Müllentsorgungsanlagen erst im Einklang mit der neuen Rechtslage;

Antrag, Einl.-Zahl 165/1, der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die öffentliche Ausschreibung der Veräußerung von Liegenschaften des Landes Steiermark;

Antrag, Einl.-Zahl 166/1, der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Privatisierung von Landesbetrieben;

Antrag, Einl.-Zahl 167/1, der Abgeordneten Weilharter und Mag. Rader, betreffend die Errichtung eines Hotels und Bildungszentrums für Natur- und Umweltschutz in St. Lambrecht;

Antrag, Einl.-Zahl 168/1, der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Einrichtung einer „Verkehrskordinationsstelle“ im Amt der Steiermärkischen Landesregierung;

Antrag, Einl.-Zahl 169/1, des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Adaptierung der Thermalbäder Loipersdorf und Waltersdorf für die Benützung durch Schwer- und Schwerstbehinderte;

Antrag, Einl.-Zahl 170/1, der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Novellierung der Steiermärkischen Kehrordnung 1985;

Antrag, Einl.-Zahl 171/1, der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Vereinbarung nach Artikel II der B-VG-Novelle 1983, BGBl. Nr. 175, zwischen dem Bund und den Ländern (Immissionsgrenzwerte-Vereinbarung zu Artikel 10 Absatz 1 Ziffer 12 B-VG);

Antrag, Einl.-Zahl 172/1, des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Körber, betreffend die Sondermülldeponie Wundschuh;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 173/1, betreffend den Stand und die Gebarung des Wohnbauförderungsfonds für das Land Steiermark (Landeswohnbauförderungsgesetz 1986) für das Jahr 1986;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 174/1, betreffend die Wiederverlautbarung des Landeswohnbauförderungsgesetzes 1974;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 175/1, betreffend Österreich-Ges. m. b. H., mittelfristiges Investitionsprogramm bis zum Jahr 1991, Gesamtfinanzbedarf 32.050.000 Schilling;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 176/1, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objekteinlösung Bruno Langmann, Graz, St.-Veiter-Straße 2, für das Bauvorhaben „Oberandritz II“ der L 338, Stattegger Straße;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 179/1, betreffend die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1987 (1. Bericht für das Rechnungsjahr 1987);

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 178/1, betreffend den Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis der Überprüfung der Gebarung des Landes Steiermark unter besonderer Berücksichtigung der vom Land gewährten Förderungen für Wissenschaft und Forschung sowie die hiezu abgegebene Äußerung der Steiermärkischen Landesregierung;

Antrag, Einl.-Zahl 144/1, der Abgeordneten Dr. Maitz, Dr. Strenitz, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Trampusch, Dr. Hirschmann, Freitag, Dr. Dorfer und Erhart, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Kontrollinitiative der Landesbürger an den Landesrechnungshof;

Anzeige, Einl.-Zahl 177/1, des Herrn Landtagsabgeordneten Franz Kollmann gemäß Paragraph 7 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages in Verbindung mit dem Unvereinbarkeitsgesetz (370).

2. b) Zuweisungen:

Anträge, Einl.-Zahlen 145/1, 146/1, 147/1, 148/1, 149/1, 150/1, 151/1, 152/1, 153/1, 154/1, 155/1, 156/1, 157/1, 158/1, 159/1, 160/1, 161/1, 162/1, 163/1, 164/1, 165/1, 166/1, 167/1, 168/1, 169/1, 170/1, 171/1 und 172/1, der Landesregierung (368).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 173/1, 174/1, 175/1, 176/1 und 179/1, dem Finanz-Ausschuß (369).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 178/1, dem Kontroll-Ausschuß (370).

Antrag, Einl.-Zahl 144/1, und Anzeige, Einl.-Zahl 177/1, dem Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß (370).

2. c) Anträge:

Antrag der Abgeordneten Schwab, Bacher, Dr. Dorfer, Prof. Dr. Eichinger, Fuchs, Göber, Grillitsch, Harmtoldt, Dr. Hirschmann, Kanduth, Präsident Klasnic, Kollmann, Kröll, Dr. Lopatka, Dr. Maitz, Neuhold, Dr. Pfohl, Pinegger, Pöttl, Purr, Pußwald, Schweig-

hofer, Schrammel, Schützenhöfer, DDr. Steiner, Ing. Stoisser und Präsident Wegart, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die umweltgerechte und wirtschaftliche Entsorgung von Müll und Problemstoffen im Müll (Steiermärkisches Müllbewirtschaftungsgesetz 1987) (370);

Antrag der Abgeordneten Bacher, Dr. Dorfer, Pußwald, Grillitsch, Pinegger, betreffend die Durchführung der Nordischen WM 1995;

Antrag der Abgeordneten Schrammel, Pöttl, Neuhold und Schwab zur Überprüfung von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben des Landes und Bundes auf ihre Wirtschaftlichkeit, soweit sie nicht der bäuerlichen Ausbildung unterliegen;

Antrag der Abgeordneten Bacher, Dr. Dorfer, Pußwald, Grillitsch, Pinegger, betreffend die Errichtung eines Bundesamtsgebäudes in Murau;

Antrag der Abgeordneten Bacher, Dr. Dorfer, Pußwald, Grillitsch, Pinegger, betreffend eine generelle Änderung der Indikation und Organisation des Landesonderkrankenhauses Stolzalpe;

Antrag der Abgeordneten Pinegger, Pußwald, Purr und Schwab, betreffend die Reduzierung der Wochenstundenzahl für 10- bis 14jährige Schüler;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichinger, DDr. Steiner, Kanduth und Pußwald, betreffend die Durchführung von Schätzgutachten durch einen Gerichtsbeamten, wenn die Gefahr besteht, daß eine bereits bestehende Notlage durch die Schätzkosten noch wesentlich erhöht wird;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichinger, DDr. Steiner, Kollmann und Kanduth, betreffend den Verkauf der Blechprodukte der VEW Mürzzuschlag-Hönigsberg am Standort der Erzeugung;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichinger, DDr. Steiner, Kollmann und Pußwald, betreffend die rasche Sanierung der Bundesstraße 306 zwischen Krieglach und Wartberg sowie der Begleitstraße für den Langsamverkehr der S 6 im Bereich der Ortsdurchfahrt Langenwang;

Antrag der Abgeordneten Kröll, Kanduth, Schwab und Kollmann, betreffend Bewerbung der Gemeinde Ramsau am Dachstein um die Nordische Schiweltmeisterschaft 1993 oder 1995;

Antrag der Abgeordneten Kollmann, Präsident Klasnic, Pußwald, Ing. Stoisser, Dr. Dorfer, Kanduth, Kröll, Schwab, Grillitsch und Bacher, betreffend eine Neuregelung der Mautgebühren für Lkws mit österreichischem Kennzeichen im Bereich des Gleinalmabschnittes der Pyhrnautobahn;

Antrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Präsident Klasnic, Dr. Dorfer, Grillitsch und Schwab, betreffend die Erhöhung der Einheitswerte;

Antrag der Abgeordneten Erhart, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Hammerl, Kirner, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Prieschl, Rainer, Reicher, Sponer, Dr. Strenitz, Trampusch, Tschernitz, Vollmann, Präsident Zdarsky und Zellnig, betreffend die Erlassung eines Steiermärkischen Müllbewirtschaftungsgesetzes;

Antrag der Abgeordneten Gottlieb, Günther Ofner, Gennaro, Reicher und Genossen, betreffend die ehestmögliche Realisierung von Bundesbauvorhaben in der Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Günther Ofner, Sponer, Zellnig, Erhart und Genossen, betreffend die Unterstützung der Stadt Murau als Kandidat für die Austragung der Nordischen Schiweltmeisterschaften 1995;

Antrag der Abgeordneten Erhart, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Hammerl, Kirner, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Prieschl,

Rainer, Reicher, Sponer, Dr. Strenitz, Trampusch, Tschernitz, Vollmann, Präsident Zdarsky und Zellnig, betreffend die Schaffung eines Gesetzes, mit dem die Begrünung von öffentlichen Abstellflächen für Kraftfahrzeuge vorgeschrieben werden soll (Steiermärkisches Begrünungsgesetz 1987);

Antrag der Abgeordneten Günther Ofner, Meyer, Sponer, Erhart und Genossen, betreffend die Errichtung einer Internen Abteilung (Department am Landessonderkrankenhaus Stolzalpe);

Antrag der Abgeordneten Freitag, Meyer, Kirner, Tschernitz und Genossen, betreffend die Zuteilung von Ärzten an in Dienst gestellte Notarztwagen;

Antrag der Abgeordneten Günther Ofner, Gottlieb, Vollmann, Zellnig und Genossen, betreffend die Bekanntgabe von beabsichtigten Liegenschaftsverkäufen des Landes an die Standortgemeinden;

Antrag der Abgeordneten Vollmann, Prieschl, Kirner, Meyer und Genossen, betreffend die Errichtung einer Zweigstelle der Musikschule Mürrzuslag im Neuberger Tal;

Antrag der Abgeordneten Erhart, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Hammerl, Kirner, Kohlhammer, Minder, Meyer, Franz Ofner, Günther Ofner, Prieschl, Rainer, Reicher, Sponer, Dr. Strenitz, Trampusch, Tschernitz, Vollmann, Präsident Zdarsky und Zellnig, betreffend den Ausbau der steirischen ÖBB-Strecken im Rahmen des Gutachtens die „Neue Bahn“;

Antrag der Abgeordneten Schwab, Bacher, Dr. Dorfer, Prof. Dr. Eichtinger, Fuchs, Göber, Grillitsch, Harntodt, Dr. Hirschmann, Kanduth, Präsident Klasnic, Kollmann, Kröll, Dr. Lopatka, Dr. Maitz, Neuhold, Dr. Pfohl, Pinegger, Pörtl, Purr, Pußwald, Schweighofer, Schrammel, Schützenhöfer, DDr. Steiner, Ing. Stoisser und Präsident Wegart, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die umweltgerechte und wirtschaftliche Entsorgung von Müll und Problemstoffen im Müll (Steiermärkisches Müllbewirtschaftungsgesetz 1987);

Antrag der Abgeordneten Erhart, Freitag, Gennaro, Gottlieb und der übrigen Mitglieder des sozialistischen Landtagsklubs, betreffend die Erlassung eines Steiermärkischen Müllbewirtschaftungsgesetzes (371).

2. d) Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Mag. Rader, Weilharter, Dipl.-Ing. Dr. Korber und Kammländer an Landeshauptmann Dr. Krainer, betreffend die Einheitswerterhöhung. Ablehnung (371).

3. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 132/1, Beilage Nr. 9, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Gasgesetz 1973 geändert wird.

Berichterstatter: Abg. Kanduth (388).
Annahme des Antrages (388).

4. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 141/1, betreffend eine Vereinbarung über die Festlegung von Immissionsgrenzwerten für Luftschadstoffe und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt.

Berichterstatter: Abg. Pörtl (388).
Redner siehe Tagesordnungspunkt 5.
Annahme des Antrages (413).

5. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 143/1, zum Beschluß Nr. 344 des Steiermärkischen Landtages vom 15. Mai 1984 zur dringlichen Anfrage Nr. 5 sowie zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Kröll, Koll-

mann und Prof. Dr. Eichtinger, Einl.-Zahl 686/1, aus der X. Gesetzgebungsperiode, betreffend die Vorlage eines jährlichen Umweltschutzberichtes.

Berichterstatter: Abg. Kröll (389).

Redner zu Tagesordnungspunkten 4 und 5: Abg. Schwab (389), Abg. Kammländer (390), Abg. Meyer (392), Abg. Harntodt (394), Abg. Gottlieb (394), Abg. Dr. Lopatka (396), Abg. Mag. Rader (398), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (401), Abg. Fuchs (407), Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (408).

Annahme des Antrages (413).

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 139/1, betreffend Flughafen Graz, Betriebs-Ges. m. b. H., Ausbauprogramm für die Jahre 1987 bis 1993 mit Investitionskosten von 182 Millionen Schilling.

Berichterstatter: Abg. Rainer (414).

Redner: Abg. Ing. Stoisser (414).

Annahme des Antrages (415).

7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 140/1, betreffend die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1986 (2. Bericht für das Rechnungsjahr 1986).

Berichterstatter: Abg. Rainer (415).

Redner: Abg. Kammländer (415), Landesrat Dr. Klauser (415).

Annahme des Antrages (415).

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 142/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 584, KG. Aschbach, samt darauf befindlichem Betriebsgebäude und Zubehör um einen Kaufpreis von 6 Millionen Schilling an die Firma Karl Maier Ges. m. b. H., Fahrzeugbau, 8632 Gußwerk.

Berichterstatter: Abg. Prof. Dr. Eichtinger (371).

Annahme des Antrages (371).

9. Bericht des Kontroll-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 11/1, betreffend den Bericht des Rechnungshofes vom 15. November 1985 über das Ergebnis der Gebarungüberprüfung der Jahre 1983 und 1984 des Bundeslandes Steiermark, die Äußerung der Steiermärkischen Landesregierung hiezu vom 14. April 1986 sowie die Gegenäußerung des Rechnungshofes vom 26. Juni 1986.

Berichterstatter: Abg. Tschernitz (372).

Redner: Abg. Gennaro (373), Abg. Weilharter (375), Abg. Kammländer (376), Abg. Ing. Stoisser (377), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (378), Abg. Rainer (379), Abg. Mag. Rader (380), Abg. Vollmann (381), Abg. Dr. Dorfer (382), Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (384), Landesrat Dr. Heidinger (384).

Annahme des Antrages (388).

10. Bericht des Kontroll-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 12/1, betreffend den zusammengefaßten Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis der Überprüfung von Teilgebieten der Gebarung des Jahres 1984 des Landes Steiermark sowie der Stadt Graz und der Stadtgemeinden Kapfenberg und Leoben mit den angeschlossenen Äußerungen der Gebietskörperschaften beziehungsweise Gegenäußerungen des Rechnungshofes.

Berichterstatter: Abg. Günther Ofner (415).

Redner: Abg. Kammländer (417), Abg. Mag. Rader (417), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (419), Landesrat Dr. Klauser (420), Landeshauptmannstellvertreter Gross (421), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (421), Landesrat Dr. Klauser (422).

Annahme des Antrages (422).

11. Antrag, Einl.-Zahl 144/1, der Abgeordneten Dr. Maitz, Dr. Strenitz, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Trampusch, Dr. Hirschmann, Freitag, Dr. Dorfer und Erhart, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Kontrollinitiative der Landesbürger an den Landesrechnungshof auf

Durchführung eines allgemeinen Begutachtungsverfahrens gemäß § 36 Abs. 3 des Landesverfassungsgesetzes 1960, in der Fassung der Landesverfassungsgesetz-novelle 1986, LGBl. Nr. 86/1986, und gemäß dem I. Abschnitt des Steiermärkischen Volksrechtgesetzes, LGBl. Nr. 87/1986.

Annahme des Antrages (422).

12. Antrag, Einl.-Zahl 180/1, der Abgeordneten Schwab, Bacher, Dr. Dorfer, Prof. Dr. Eichinger, Fuchs, Göber, Grillitsch, Harmtödt, Dr. Hirschmann, Kanduth, Präsident Klasnic, Kollmann, Kröll, Dr. Lopatka, Dr. Maitz, Neuhold, Dr. Pfohl, Pinegger, Pörtl, Purr, Pußwald, Schweighofer, Schrammel, Schützenhöfer, DDr. Steiner, Ing. Stoisser und Präsident Wegart, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die umweltgerechte und wirtschaftliche Entsorgung von Müll und Problemstoffen im Müll (Steiermärkisches Müllbewirtschaftungsgesetz 1987), auf Durchführung eines allgemeinen Begutachtungsverfahrens gemäß Paragraph 36 Absatz 3 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in der Fassung der Landesverfassungsgesetz-novelle 1986, LGBl. Nr. 86/1986, und gemäß dem I. Abschnitt des Steiermärkischen Volksrechtgesetzes, LGBl. Nr. 87/1986.

Annahme des Antrages (422).

13. Antrag, Einl.-Zahl 192/1, der Abgeordneten Erhart, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Hammerl, Kimer, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Prieschl, Rainer, Reicher, Sponer, Dr. Strenitz, Trampusch, Tschernitz, Vollmann, Präsident Zdarsky und Zellnig, betreffend die Erlassung eines Steiermärkischen Müllbewirtschaftungsgesetzes, auf Durchführung eines allgemeinen Begutachtungsverfahrens gemäß Paragraph 36 Absatz 3 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in der Fassung der Landesverfassungsgesetz-novelle 1986, LGBl. Nr. 86/1986, und gemäß dem I. Abschnitt des Steiermärkischen Volksrechtgesetzes, LGBl. Nr. 87/1986.

Annahme des Antrages (422).

Präsident Wegart: Hohes Haus!

Heute findet die 7. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XI. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Regierungsmitglieder sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind der Herr Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, der sich zu Verhandlungen bei der Bundesregierung nach Wien begeben hat, sowie die Frau Abgeordnete Dr. Lindi Kalnoky und der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilcher.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Über Ersuchen des Herrn Landesrates Dr. Helmut Heidinger schlage ich vor, die Tagesordnungspunkte 6 und 7 gleich nach den Zuweisungen und Bekanntgabe der Anträge zu verhandeln, damit Herrn Landesrat Dr. Heidinger die Möglichkeit gegeben wird, bei diesen sein Referat betreffenden Geschäftsstücken anwesend zu sein.

Wird dagegen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Bevor ich in die Tagesordnung eingehe, obliegt mir die ehrende Pflicht, eines verstorbenen Kollegen zu gedenken.

Rechtsanwalt DDr. Alois Friedrich Hueber, der vom 18. März 1953 bis 7. April 1965 dem Hohen Haus als

Mitglied angehörte, ist am 6. März 1987 im 79. Lebensjahr verstorben.

Seine Aktivitäten im Landtag erstreckten sich vor allem auf die Mitgliedschaft im Kontroll-Ausschuß, deren Obmann er durch acht Jahre gewesen ist.

Ferner war er Ersatzmitglied in mehreren Ausschüssen.

Weiters war DDr. Hueber Mitglied des Theaterausschusses der Vereinigten Bühnen.

Der Zivilschutzverband, dessen Vizepräsident er gewesen ist, war ihm ein besonderes Anliegen.

Er war Mitglied der Bundesparteileitung sowie des Landesparteivorstandes der Landesgruppe Steiermark der Freiheitlichen Partei.

Für sein Wirken erhielt er hohe Auszeichnungen. So wurde ihm im Dezember 1973 als erstem Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages das „Große Goldene Ehrenzeichen“ des Landes Steiermark verliehen.

Die Stadt Graz ehrte ihn mit dem Bürgerbrief.

Ebenso erhielt er im Oktober 1973 die Goldene Ehrennadel des österreichischen Zivilschutzverbandes.

DDr. Alois Friedrich Hueber wurde am 20. Oktober 1908 in Graz geboren. Nach dem Besuch der Pflichtschule und Ablegung der Matura studierte er an der Grazer Universität Rechtswissenschaften und wurde im Jänner 1932 zum Doktor jur. promoviert. Nach Absolvierung des Gerichtsjahres studierte er Staatswissenschaften und wurde im März 1933 zum Doktor rer. pol. promoviert.

DDr. Hueber hat sich dem Rechtsanwaltsberuf zugewendet und übte diesen seit 1. September 1939 mit kriegsbedingter Unterbrechung bis Ende 1976 aus.

Als anerkannter Fachmann auf dem Gebiet der Gesetzgebung hat er sich insbesondere in Ausschüssen, aber ebenso als Debattenredner im Landtag bewährt. Insgesamt siebenmal wurde DDr. Hueber bei den Budgetverhandlungen von seiner Fraktion als Generaldebattenredner herausgestellt.

Namens des Hohen Hauses und in meinem Namen danke ich DDr. Alois Friedrich Hueber für seine Kollegialität und für seinen Beitrag für unser Land.

Der Steiermärkische Landtag wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke für die Kundgebung der Trauer.

Folgende Geschäftsstücke liegen heute auf, die ich wie folgt zuweise:

der Landesregierung:

den Antrag, Einl.-Zahl 145/1, der Abgeordneten Dr. Dorfer, Bacher, Grillitsch, Pußwald und Kollmann, betreffend die gewerbliche Kfz-Prüfstelle in Zeltweg;

den Antrag, Einl.-Zahl 146/1, der Abgeordneten Präsident Klasnic, Dr. Kalnoky, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Bacher und Dr. Maitz, betreffend die Einsetzung eines Patientenombudsmannes in der Steiermark;

den Antrag, Einl.-Zahl 147/1, der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Präsident Klasnic, Göber und Pußwald, betreffend Richtlinien für das Labor- und Pflegepersonal zum Schutz gegen Aidsinfektion;

den Antrag, Einl.-Zahl 148/1, der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Kollmann, Pußwald und Kanduth, betreffend die Erhaltung der Finalbetriebe im Bereich der VEW Mürzzuschlag-Hönigsberg;

den Antrag, Einl.-Zahl 149/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka, Präsident Klasnic, Schützenhöfer und Dr. Dorfer, betreffend die verstärkte Unterstützung und Förderung von arbeitslosen Jugendlichen;

den Antrag, Einl.-Zahl 150/1, der Abgeordneten Kröll, Kanduth, Schwab, Dr. Dorfer, Ing. Stoisser und Harmtodt, betreffend die Einbeziehung der Gerichtsbezirke Bad Aussee, Gröbming, Schladming und Wildon in die erhöhte Regionalförderung nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969 und bei der BÜRGES-Kleingewerbekreditaktion gemäß Vereinbarung zwischen Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Land Steiermark über eine gemeinsame Regionalförderung;

den Antrag, Einl.-Zahl 151/1, der Abgeordneten DDr. Steiner, Prof. Dr. Eichtinger, Dr. Maitz und Schützenhöfer, betreffend die Errichtung einer weiterführenden mittleren oder höheren Schule im Gerichtsbezirk Mariazell;

den Antrag, Einl.-Zahl 152/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Dr. Maitz und DDr. Steiner, betreffend den Ausbau der Universität Graz;

den Antrag, Einl.-Zahl 153/1, der Abgeordneten Schrammel, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Neuhold und Harmtodt, betreffend die Einreichung für die Automatisierung des Bahnschranks bei der Eisenbahnkreuzung der Landesstraße L 444 am Ortsausgang Fürstenfeld in Richtung Loipersdorf;

den Antrag, Einl.-Zahl 154/1, der Abgeordneten Schrammel, Schwab, Pörtl und Fuchs, betreffend die Vorstellung beim zuständigen Bundesministerium zur Abschaffung des Viehpasses;

den Antrag, Einl.-Zahl 155/1, der Abgeordneten Schrammel, Harmtodt, Pörtl und Neuhold, betreffend die Durchführung einer Landesausstellung „Tabak“ in Fürstenfeld;

den Antrag, Einl.-Zahl 156/1, der Abgeordneten Trampusch, Reicher, Zellnig, Präsident Zdarsky und Genossen, betreffend die zusätzliche Errichtung von Luftgütemeßstellen im Zusammenhang mit den kalorischen Kraftwerken Mellach und Werndorf;

den Antrag, Einl.-Zahl 157/1, der Abgeordneten Günther Ofner, Sponer, Zellnig, Erhart und Genossen, betreffend die Errichtung eines Hotels und Bildungszentrums für Natur- und Umweltschutz in St. Lambrecht;

den Antrag, Einl.-Zahl 158/1, der Abgeordneten Präsident Zdarsky, Dr. Strenitz, Erhart, Meyer, Kohlhammer und Genossen, betreffend die Ergreifung von geeigneten Vorkehrungen, um eine weitere Bedrohung der Bevölkerung durch die HIV-Infektion hintanzuhalten;

den Antrag, Einl.-Zahl 159/1, der Abgeordneten Sponer, Meyer, Präsident Zdarsky, Erhart und Genossen, betreffend die Verbesserung der Pensionsansprüche für Mütter behinderter Kinder;

den Antrag, Einl.-Zahl 160/1, der Abgeordneten Zellnig, Minder, Meyer, Freitag und Genossen, betreffend die Rücknahme von Butter und Käse durch die Milchbauern von den Molkereien nach dem Großhandelseinstandspreis;

den Antrag, Einl.-Zahl 161/1, der Abgeordneten Zellnig, Freitag, Minder, Günther Ofner und Genossen, betreffend die Kontrolle von Importfleisch auf Medikamentenrückstand und die Unterbindung des Schmuggels mit Hormonpräparaten zur Tierfütterung;

den Antrag, Einl.-Zahl 162/1, der Abgeordneten Zellnig, Freitag, Günther Ofner, Prieschl und Genossen, betreffend die Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte;

den Antrag, Einl.-Zahl 163/1, der Abgeordneten Zellnig, Freitag, Günther Ofner, Prieschl und Genossen, betreffend die Wiedereinführung des Anbaues von Faserflachs;

den Antrag, Einl.-Zahl 164/1, der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Durchführung derzeit laufender Genehmigungsverfahren für Müllentsorgungsanlagen erst im Einklang mit der neuen Rechtslage;

den Antrag, Einl.-Zahl 165/1, der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die öffentliche Ausschreibung der Veräußerung von Liegenschaften des Landes Steiermark;

den Antrag, Einl.-Zahl 166/1, der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Privatisierung von Landesbetrieben;

den Antrag, Einl.-Zahl 167/1, der Abgeordneten Weilharter und Mag. Rader, betreffend die Errichtung eines Hotels und Bildungszentrums für Natur- und Umweltschutz in St. Lambrecht;

den Antrag, Einl.-Zahl 168/1, der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Einrichtung einer „Verkehrskordinationsstelle“ im Amt der Steiermärkischen Landesregierung;

den Antrag, Einl.-Zahl 169/1, des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Adaptierung der Thermalbäder Loipersdorf und Waltersdorf für die Benützung durch Schwer- und Schwerstbehinderte;

den Antrag, Einl.-Zahl 170/1, der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Novellierung der Steiermärkischen Kehrordnung 1985;

den Antrag, Einl.-Zahl 171/1, der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Vereinbarung nach Artikel II der B-VG-Novelle 1983, BGBl. Nr. 175, zwischen dem Bund und den Ländern (Immissionsgrenzwertevereinbarung zu Artikel 10 Absatz 1 Ziffer 12 B-VG);

den Antrag, Einl.-Zahl 172/1, des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Sondermülldeponie Wundschuh;

dem Finanz-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 173/1, betreffend den Stand und die Gebarung des Wohnbauförderungsfonds für das Land Steiermark (Landeswohnbauförderungsgesetz 1986) für das Jahr 1986;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 174/1, betreffend die Wiederverlautbarung des Landeswohnbauförderungsgesetzes 1974;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 175/1, betreffend Österreichring-Ges. m. b. H., mittelfristiges Investitionsprogramm bis zum Jahr 1991, Gesamtfinanzbedarf 32,050.000 Schilling;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 176/1, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objekteinlösung Bruno Langmann, Graz, St.-Weiter-Straße 2, für das Bauvorhaben „Oberandritz II“ der L 338, Stattegger Straße;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 179/1, betreffend die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1987 (1. Bericht für das Rechnungsjahr 1987);

dem Kontroll-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 178/1, betreffend den Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis der Überprüfung der Gebarung des Landes Steiermark unter besonderer Berücksichtigung der vom Land gewährten Förderungen für Wissenschaft und Forschung sowie die hiezu abgegebene Äußerung der Steiermärkischen Landesregierung;

dem Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:

den Antrag, Einl.-Zahl 144/1, der Abgeordneten Dr. Maitz, Dr. Strenitz, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Trampusch, Dr. Hirschmann, Freitag, Dr. Dorfer und Erhart, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Kontrollinitiative der Landesbürger an den Landesrechnungshof;

die Anzeige, Einl.-Zahl 177/1, des Herrn Landtagsabgeordneten Franz Kollmann gemäß Paragraph 7 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages in Verbindung mit dem Unvereinbarkeitsgesetz.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Anträge wurden heute eingebracht, die ich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführe:

Antrag der Abgeordneten Schwab, Bacher, Dr. Dorfer, Prof. Dr. Eichtinger, Fuchs, Göber, Grillitsch, Harms, Dr. Hirschmann, Kanduth, Präsident Klasnic, Kollmann, Kröll, Dr. Lopatka, Dr. Maitz, Neuhöf, Dr. Pfohl, Pinegger, Pörtl, Purr, Pußwald, Schweighofer, Schrammel, Schützenhöfer, DDr. Steiner, Ing. Stoisser und Präsident Wegart, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die umweltgerechte und wirtschaftliche Entsorgung von Müll und Problemstoffen im Müll (Steiermärkisches Müllbewirtschaftungsgesetz 1987);

Antrag der Abgeordneten Bacher, Dr. Dorfer, Pußwald, Grillitsch, Pinegger, betreffend die Durchführung der Nordischen WM 1995;

Antrag der Abgeordneten Schrammel, Pörtl, Neuhöf und Schwab zur Überprüfung von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben des Landes und Bundes auf ihre Wirtschaftlichkeit, soweit sie nicht der bäuerlichen Ausbildung unterliegen;

Antrag der Abgeordneten Bacher, Dr. Dorfer, Pußwald, Grillitsch, Pinegger, betreffend die Errichtung eines Bundesamtsgebäudes in Murau;

Antrag der Abgeordneten Bacher, Dr. Dorfer, Pußwald, Grillitsch, Pinegger, betreffend eine generelle Änderung der Indikation und Organisation des Landdieserkrankenhauses Stolzalpe;

Antrag der Abgeordneten Pinegger, Pußwald, Purr und Schwab, betreffend die Reduzierung der Wochenstundenzahl für 10- bis 14jährige Schüler;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, DDr. Steiner, Kanduth und Pußwald, betreffend die Durchführung von Schätzgutachten durch einen Gerichtsbeamten, wenn die Gefahr besteht, daß eine bereits bestehende Notlage durch die Schätzkosten noch wesentlich erhöht wird;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, DDr. Steiner, Kollmann und Kanduth, betreffend den Verkauf der Blechprodukte der VEW Mürzzuschlag-Hönigsberg am Standort der Erzeugung;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, DDr. Steiner, Kollmann und Pußwald, betreffend die rasche Sanierung der Bundesstraße 306 zwischen Krieglach und Wartberg sowie der Begleitstraße für den Langsamverkehr der S 6 im Bereich der Ortsdurchfahrt Langenwang;

Antrag der Abgeordneten Kröll, Kanduth, Schwab und Kollmann, betreffend Bewerbung der Gemeinde Ramsau am Dachstein um die Nordische Schiweltmeisterschaft 1993 oder 1995;

Antrag der Abgeordneten Kollmann, Präsident Klasnic, Pußwald, Ing. Stoisser, Dr. Dorfer, Kanduth, Kröll, Schwab, Grillitsch und Bacher, betreffend eine Neuregelung der Mautgebühren für Lkws mit österreichischem Kennzeichen im Bereich des Gleinalmabschnittes der Pyhrnautobahn;

Antrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Präsident Klasnic, Dr. Dorfer, Grillitsch und Schwab, betreffend die Erhöhung der Einheitswerte;

Antrag der Abgeordneten Erhart, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Hammerl, Kirner, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Prieschl, Rainer, Reicher, Sponer, Dr. Strenitz, Trampusch, Tschernitz, Vollmann, Präsident Zdarsky und Zellnig, betreffend die Erlassung eines Steiermärkischen Müllbewirtschaftungsgesetzes;

Antrag der Abgeordneten Gottlieb, Günther Ofner, Gennaro, Reicher und Genossen, betreffend die ehestmögliche Realisierung von Bundesbauvorhaben in der Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Günther Ofner, Sponer, Zellnig, Erhart und Genossen, betreffend die Unterstützung der Stadt Murau als Kandidat für die Austragung der Nordischen Schiweltmeisterschaften 1995;

Antrag der Abgeordneten Erhart, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Hammerl, Kirner, Kohlhammer, Meyer, Minder, Franz Ofner, Günther Ofner, Prieschl, Rainer, Reicher, Sponer, Dr. Strenitz, Trampusch, Tschernitz, Vollmann, Präsident Zdarsky und Zellnig, betreffend die Schaffung eines Gesetzes, mit dem die Begrünung von öffentlichen Abstellflächen für Kraftfahrzeuge vorgeschrieben werden soll (Steiermärkisches Begrünungsgesetz 1987);

Antrag der Abgeordneten Günther Ofner, Meyer, Sponer, Erhart und Genossen, betreffend die Errichtung einer Internen Abteilung (Department am Landesonderkrankenhaus Stolzalpe);

Antrag der Abgeordneten Freitag, Meyer, Kirner, Tschernitz und Genossen, betreffend die Zuteilung von Ärzten an in Dienst gestellte Notarztwagen;

Antrag der Abgeordneten Günther Ofner, Gottlieb, Vollmann, Zellnig und Genossen, betreffend die Bekanntgabe von beabsichtigten Liegenschaftsverkäufen des Landes an die Standortgemeinden;

Antrag der Abgeordneten Vollmann, Prieschl, Kirner, Meyer und Genossen, betreffend die Errichtung einer Zweigstelle der Musikschule Mürzzuschlag im Neuberger Tal;

Antrag der Abgeordneten Erhart, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Hammerl, Kirner, Kohlhammer, Minder, Meyer, Franz Ofner, Günther Ofner, Prieschl, Rainer, Reicher, Sponer, Dr. Strenitz, Trampusch, Tschernitz, Vollmann, Präsident Zdarsky und Zellnig, betreffend den Ausbau der steirischen ÖBB-Strecken im Rahmen des Gutachtens die „Neue Bahn“;

Antrag der Abgeordneten Schwab, Bacher, Dr. Dorfer, Prof. Dr. Eichtinger, Fuchs, Göber, Grillitsch, Harntodt, Dr. Hirschmann, Kanduth, Präsident Klasnic, Kollmann, Kröll, Dr. Lopatka, Dr. Maitz, Neuhold, Dr. Pfohl, Pinegger, Pörtl, Purr, Pußwald, Schweighofer, Schrammel, Schützenhöfer, DDr. Steiner, Ing. Stoisser und Präsident Wegart, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die umweltgerechte und wirtschaftliche Entsorgung von Müll und Problemstoffen im Müll (Steiermärkisches Müllbewirtschaftungsgesetz 1987);

Antrag der Abgeordneten Erhart, Freitag, Gennaro, Gottlieb und der übrigen Mitglieder des Sozialistischen Landtagsklubs, betreffend die Erlassung eines Steiermärkischen Müllbewirtschaftungsgesetzes.

Mit diesen Anträgen wird gleichzeitig die Durchführung eines allgemeinen Begutachtungsverfahrens nach Paragraph 36 Absatz 3 des Landesverfassungsgesetzes 1960, in der Fassung der Landesverfassungsgesetznovelle 1986, LGBl. Nr. 86, und gemäß dem I. Abschnitt des Steiermärkischen Volksrechtsgesetzes, LGBl. Nr. 87/1986, beantragt, worüber der Landtag noch heute entscheiden soll.

Ich schlage daher im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hohen Haus vertretenen politischen Parteien vor, diese beiden Anträge als Tagesordnungspunkte 10 und 11 auf die heutige Tagesordnung zu setzen.

Gemäß Paragraph 27 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ist hierfür die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe?

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Eingebracht wurde heute auch eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Mag. Rader, Weilharter, Dipl.-Ing. Dr. Korber und Kammländer an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, betreffend die geplante Einheitswerterhöhung. Gemäß Paragraph 58

kann auf Vorschlag des Präsidenten oder auf Antrag von vier Mitgliedern ohne Wechselrede beschlossen werden, daß eine vor Beginn der Sitzung eingebrachte Anfrage an ein Mitglied der Landesregierung vom Fragesteller vor Eingehen in die Tagesordnung oder nach deren Erledigung mündlich begründet werde und hierauf eine Wechselrede über den Gegenstand stattfindet.

Die Damen und Herren, die dieser Anfrage zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Die erforderliche Unterstützung wurde nicht gefunden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 142/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 584, KG. Aschbach, samt darauf befindlichem Betriebsgebäude und Zubehör um einen Kaufpreis von 6 Millionen Schilling an die Firma Karl Maier Ges. m. b. H., Fahrzeugbau, 8632 Gußwerk.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Karl Eichtinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Diese Vorlage betrifft den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 584, KG. Aschbach, samt darauf befindlichem Betriebsgebäude und Zubehör um einen Kaufpreis von 6 Millionen Schilling an die Firma Karl Maier Ges. m. b. H., Fahrzeugbau, Gußwerk. Diese Firma stellt Aufbauten für Lkw und Anhänger her und beschäftigt derzeit 54 Arbeitnehmer. Das Land Steiermark hat im Jahre 1980 von dieser Firma ein Grundstück im Ausmaß von rund 2.607 Quadratmeter unentgeltlich erworben, worauf mit Landesmitteln eine Produktionshalle errichtet und dann dieser Firma förderungskonditioniert in Bestand gegeben wurde.

Nun wurde mit Eingabe vom Jänner 1986 ein Antrag auf Stundung der fälligen Bestandszinsraten eingebracht. Um das Unternehmen konsolidieren zu können, wurde nun vom zuständigen Ausschuss beschlossen, die Landesliegenschaft, die ich früher erwähnt habe, an die Firma Karl Maier Ges. m. b. H. mit den darauf befindlichen Hallen zum Preis von 6 Millionen Schilling zu verkaufen.

Der zuständige Ausschuss hat die Vorlage eingehend beraten, und ich bitte um Annahme derselben.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Sie haben den Antrag gehört. Ich ersuche die Damen und Herren, die ihm zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

9. Bericht des Kontroll-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 11/1, betreffend den Bericht des Rechnungshofes vom 15. November 1985 über das Ergebnis der Gebarungsüberprüfung der Jahre 1983 und 1984 des Bundeslandes Steiermark, die Äußerung der Steiermärkischen Landesregierung hiezu vom 14. April 1986 sowie die Gegenäußerung des Rechnungshofes vom 26. Juni 1986.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Erich Tschernitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tschernitz: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Bundesrechnungshof hat sich mit der Gebarung über das Bundesland Steiermark unter besonderer Berücksichtigung der Rechnungsabschlüsse der Jahre 1983 und 1984 auseinandergesetzt und diese überprüft. Die Überprüfung erfolgte durch Einsichtnahme in die Rechnungsbücher, Rechnungsbelege und sonstigen Behelfe und erstreckte sich auf die förmliche und zahlenmäßige Richtigkeit sowie auf die Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und auch Zweckmäßigkeit der Gebarung sowie auf deren Übereinstimmung mit den bestehenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften. Mit Rücksicht auf den großen Umfang der Landesgebarung hat sich der Bundesrechnungshof nur schwerpunktartig mit Teilgebieten auseinandergesetzt und sich eigentlich auf nur einige Gebiete beschränkt. Es handelt sich hier vor allen Dingen um Bemerkungen zu den Voranschlägen der Rechnungsabschlüsse, zur Wirtschaftsförderung des Landes, zur Wirtschaftsförderung mit Hilfe der steirischen Beteiligungsförderungsgesellschaft, die sogenannte Fleischbeschaukasse, die Transportbeschaukasse und eigentlich den Bau eines Kellergebäudes der landwirtschaftlichen Fachschule für Obst- und Weinbau Silberberg. Eingeleitet wurde dieser Bericht mit der Feststellung, daß den Empfehlungen des Bundesrechnungshofes anlässlich einer Gebarungsüberprüfung 1980 beziehungsweise 1981 im Voranschlag 1984 bereits entsprochen wurde. Beim Vollzug der ordentlichen Haushalte wurden von seiten des Bundesrechnungshofes immer wieder Abweichungen der tatsächlichen Gebarung von den Voranschlagsbeträgen festgestellt und die erzielten Mehreinnahmen in beiden Jahren für Mehrausgaben verwendet, wobei die Schwerpunkte der einzelnen Budgetposten beziehungsweise Gruppen betrachtet wurden. Die Bedeckung des ordentlichen Haushaltes wurde durch die verschiedenen Einnahmequellen, Darlehensaufnahmen und eine innere Anleihe erreicht, wobei der Bundesrechnungshof immer wieder darauf hinweist, daß die kommenden Aufgaben mit größter Sparsamkeit zu vollziehen sind.

Einer besonderen Beachtung bedurfte bei dieser Gebarungsüberprüfung der gesamte Schuldenstand und Schuldendienst, vor allem die Neuzugänge in den Jahren 1983 und 1984. Hier wurde festgestellt, daß der Schuldenstand von 1982 auf 1984 von 37,6 auf 42,3 Prozent ohne die innere Anleihe gestiegen ist. Der Bundesrechnungshof verwies mit Nachdruck darauf, daß einer weiteren Verschuldung des Bundeslandes Steiermark Einhalt geboten werden sollte. Es wurden Bundesländervergleiche herangezogen, die Entwicklung des Schuldenstandes, bezogen auf die Bevölkerungszahl, auf die Kopfquote gegenübergestellt, und dies eigentlich auf einen längeren Zeitraum hin betrachtet. Der Bundesrechnungshof verwies darauf, daß in der Steiermark bereits im Jahre 1977, also bedeutend früher als bei den anderen Bundesländern, insgesamt die Schuldendienstverpflichtungen die Neuverschuldung überstiegen. Es wurde auch festgestellt, daß die Budgetbeweglichkeit beziehungsweise die Dispositionsmöglichkeit des Landes äußerst eingengt ist. Auf Grund der Finanzlage hat das Landesfinanzreferat auch ein Acht-Punkte-Programm als dringend notwendig erachtet, um Gegenmaßnahmen zu setzen.

Der Rechnungshof hat dieser Schlußfolgerung beigegeben, weil es sonst zwangsläufig zur weiteren Einengung jedes finanziellen Spielraumes führen müßte.

Bei der Wirtschaftsförderung des Landes wurden ebenfalls Vergleiche mit anderen Bundesländern herangezogen, und bereits anlässlich der vorletzten Gebarungsüberprüfung hat sich der Bundesrechnungshof in Zusammenhang mit der Raumordnung, mit der Wirtschaftsförderung insbesondere mit den wissenschaftlichen Grundlagen einer Neugestaltung von Förderungsmaßnahmen auseinandergesetzt und eine Reihe von Empfehlungen abgegeben, welche Förderungsschwerpunkte künftig vorrangig und welche nachrangig ins Auge gefaßt werden sollten. Den vorgenannten Umstand, aber auch den haushaltsmäßigen Stellenwert der Wirtschaftsförderung nahm der Bundesrechnungshof auch zum Anlaß, sich im Rahmen der diesmaligen Gebarungsüberprüfungen erneut mit der Wirtschaftsförderung zu befassen. Im Vordergrund stand dabei die Frage einer Wirksamkeitsuntersuchung in volkswirtschaftlicher beziehungsweise auch in regionalpolitischer, strukturpolitischer und auch betriebswirtschaftlicher Hinsicht an Hand einschlägiger statistischer Unterlagen. Hier wurden herangezogen zur Wirksamkeitsuntersuchung in volkswirtschaftlicher und regionalwirtschaftlicher Hinsicht Industrie- und Gewerbestatistiken, wo Beschäftigtenzahl, Personalaufwand, Brutto- und Nettoproduktionswert und Investitionen enthalten sind.

Die Beschäftigten in Industrie und Großgewerbe haben in der Steiermark von 1977 bis 1982 um 11 Prozent abgenommen. Ungünstig liegt die Steiermark vor allem bei der Risikokapitalquote gegenüber Österreich im Vergleich am Investitions- sowie auch Konsumgütersektor. Diese Überprüfung beinhaltet auch die bezirkweise Aufgliederung der Veränderung der Beschäftigten und der Förderungsintensität in den Jahren von 1977 bis 1982. Der Bundesrechnungshof hat bereits 1979 anlässlich einer Gebarungsüberprüfung eine Reihe von Empfehlungen, betreffend die Entwicklungsprogramme, abgegeben und beanstandet, daß auch im Zuge der Raumordnungsgesetznovelle 1985 die Empfehlungen nicht berücksichtigt wurden. Der Bundesrechnungshof hat sich besonders mit den Regionalstudien und den Förderungen der Elektronik und anderen Förderungswerbern auseinandergesetzt, OKI und vieles mehr, wobei der Rechnungshof der Meinung ist, daß bei Großförderungen von sogenannten neuen Technologien besonders gründliche Vorbereitungen getroffen werden müßten, und gibt auch dazu einige Empfehlungen ab. Der Bundesrechnungshof vertritt die Meinung, daß die Haushaltsführung des Abschnittes 78 des außerordentlichen Haushaltes gegen einige rechtlich festgelegte Details von herausgebildeten Budgetgrundsätzen verstößt, und gibt weitere Empfehlungen und verlangt, verstärktes Augenmerk auf längerfristige Finanzierbarkeit der Wirtschaftsförderung zu legen.

Der Rechnungshof bemerkt auch, daß Ansuchen um Förderung über wesentliche Ergebnisse des Rechnungswesens der Förderungswerber lückenhaft seien.

Zusammenfassend empfahl der Bundesrechnungshof, die Wirtschaftsförderung, insbesondere im Hinblick auf die nach dem Raumordnungsgesetz in Aus-

sicht genommenen Sachbereichsprogramme Industrie und Gewerbe, auf neue Grundlagen zu stellen. Nach Möglichkeit sollten schließlich auch betriebswirtschaftlich begründete Richtlinien in dieses Konzept einfließen. Diese Maßnahmen sollten sicherstellen, daß angesichts knapper Mittel nicht Förderungsbedürftigkeit, sondern Förderungsbedarf und Förderungswürdigkeit im Vordergrund von Förderungsentscheidungen stehen und für eine wirksame Kontrolle des Förderungszweckes Sorge getragen ist.

In der Überprüfung der Wirtschaftsförderung mit Hilfe der steirischen Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaft gibt es vor allem Fragen, die sich wiederum auf die Förderung durch das Land Steiermark beziehen. Es wurde hier angeregt, daß Entschädigungen, die an die Mitglieder des Prüfungsbeirates bezahlt wurden, nicht hier aus diesem Fonds bezahlt werden, sondern daß sie als Zulagen oder Nebengebühren gewertet werden sollen.

Sehr eingehend hat sich dieser Bericht auch mit den Beteiligungs- und Förderungsmitteln der VOEST-AMI, Unterpremstätten, beschäftigt. Hier bemängelte der Rechnungshof, daß die Ausfallhaftung lange Zeit nicht gelöst war, trotz Bereitstellung des Beteiligungskapitals, also zwei Jahre.

Zusammenfassend meinte auch hier der Bundesrechnungshof, daß dem Land genügend andere Formen der Finanzierung offen gestanden wären, die eine durchaus gleichwertige, aber sparsame Abwicklung erlaubt hätten.

In der Fleischbeschaukasse hielt der Bundesrechnungshof fest, daß hier vor allem die Gebarung der Ausgleichskasse im Rahmen des Landeshaushaltes untergebracht werden sollte, allenfalls in Form eines eigenen Gebührenhaushaltes beziehungsweise eines Untervoranschlags, nach den für die Haushaltsführung des Landes geltenden Bestimmungen. Eine Eingliederung der Ausgleichskasse würde eine bessere Aufsicht sowie eine bessere Kontrolle dieser Gebarung ermöglichen und somit auch Ansatzpunkte für eine Verbesserung der derzeit äußerst umständlichen Abrechnung der Ein- und Auszahlungen bieten. Es wurden nämlich Personalkosten bezahlt, Forschungsaufträge erteilt, und hier beanstandete der Bundesrechnungshof, daß den Forschungsgesellschaften Mittel vor Erbringung einer Gegenleistung zur Verfügung gestellt wurden, und es wird auch hier empfohlen, größere Sorgfalt bei Vergabe von Forschungsaufträgen walten zu lassen.

Bei der Transportbeschaukasse wurden ebenfalls vom Bundesrechnungshof grundsätzliche Bedenken gegen die Verrechnung außerhalb des Landeshaushaltes abgegeben. Bei der Prüfung, beim Bau des Kellers der Landwirtschaftlichen Fachschule Silberberg wurde festgestellt, daß es doch eine wesentliche nachträgliche Kostensteigerung gegeben hat, daß Architekten vor Vertragsabschluß von der Fachabteilung IV a mit den Arbeiten beauftragt wurden und daß erst nach Planungsleistungen der Auftrag erteilt wurde. Beanstandet wurden auch hier die Verzögerung von vier Monaten von der Anbotöffnung bis zur Vergabe der Baumeisterarbeiten und die außerhalb der Ausschreibung durchgeführten Baumeisterarbeiten sowie auch Mehrkosten durch das Neuverlegen des Estrichbodens und einige kleine Details.

Auf Grund dieses umfangreichen Berichtes des Bundesrechnungshofes hat die Steiermärkische Landesregierung am 14. April 1986 eine dreißig Seiten umfassende Stellungnahme mit Äußerungen der Rechtsabteilung 10, der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung und einigen Begleitschreiben dem Bundesrechnungshof übermittelt. In dieser Stellungnahme der Steiermärkischen Landesregierung werden Empfehlungen entgegengenommen, einige Details richtiggestellt, vor allem aber auch gerade in der Frage der Wirtschaftsförderung festgestellt, daß es äußerst schwierig ist, daß Theorie und Praxis doch immer wieder wesentliche Unterschiede beinhalten.

Auf Grund dieser Stellungnahme wurde am 26. Juni 1986 von seiten des Bundesrechnungshofes wiederum eine einundzwanzig Seiten umfassende Gegenäußerung abgegeben, die der Meinung ist, daß es innerhalb der Fachabteilungen Meinungsgegensätze bei der Stellungnahme gegeben hätte, und geht der Bundesrechnungshof nochmals auf die Förderungspolitik und die Beschäftigtenanzahl in diesem betrachteten Zeitraum ein und meint, daß die Abnahme der Beschäftigten in der Steiermark den zweithöchsten Wert aller Bundesländer, ohne Wien, ausmache. Es wurde auch von seiten des Bundesrechnungshofes nochmals klar zur Äußerung der Steiermärkischen Landesregierung Stellung genommen, und es wurde nochmals angeregt, sogenannte Wirksamkeitskontrollen oder Erfolgskontrollen der Förderung einzuführen.

In einigen anderen Punkten schließt sich der Bundesrechnungshof den Ausführungen des Landes Steiermark an, hofft aber, daß seine Empfehlungen in Zukunft mehr Berücksichtigung finden mögen.

Es hat sich der Steiermärkische Kontrollausschuß sehr eingehend mit diesem Bericht beschäftigt, und ich darf hier im Namen des Kontroll-Ausschusses den Antrag stellen, daß der Bericht des Bundesrechnungshofes vom 15. November 1985 über das Ergebnis seiner Gebarungsüberprüfung der Jahre 1983 und 1984 des Bundeslandes Steiermark, die Äußerung der Steiermärkischen Landesregierung hiezu vom 14. April 1986 sowie die Gegenäußerung des Rechnungshofes vom 26. Juni 1986 zur Kenntnis genommen werden. Ich möchte aber damit zum Ausdruck bringen, daß den mit der Gebarungsüberprüfung betrauten Bediensteten des Bundesrechnungshofes für die geleistete Arbeit auch der Dank zum Ausdruck gebracht wird.

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Der Rechnungshofbericht hat natürlich im Schwerpunkt die Wirtschaftsförderung kritisiert, aber auch die Diskussionen im Kontroll-Ausschuß haben das eigentlich bestätigt. Der Rechnungshof hat in seiner Kritik die Ausarbeitung eines Sachprogrammes für den Bereich Wirtschaft verlangt, wie es im Steiermärkischen Raumordnungsgesetz vorgesehen ist. Dieser gesetzlichen Verpflichtung, das können wir heute feststellen, ist das Land bis dato nicht nachgekommen. Das wurde auch neuerlich bemängelt. Die sozialistische Landtagsfraktion hat das schon seit einigen Jahren gefordert. Ich verstehe schon auf Grund der Diskussion im Kontroll-

Ausschuß, daß der Wirtschaftslandesrat mit den Ideen und Vorstellungen seiner Vorgänger nicht immer einverstanden war und ist, ich darf aber in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß unter Exlandesrat Dipl.-Ing. Fuchs bereits im Jahre 1982 ein Entwurf für Wirtschaftsförderungsrichtlinien vorgelegt wurde. Das hat der Herr Landesrat Dr. Heidinger anlässlich der Beratungen im Kontroll-Ausschuß als nicht gut bezeichnet. Ich bin sicher der Meinung, daß man dieser Feststellung nähertreten kann, daß man sie akzeptieren soll, aber nicht daraus den Schluß ziehen soll, daß dieses Thema nicht mehr weiter behandelt und verfolgt werden sollte. Konkrete Vorschläge, wie eine solche Struktur der Wirtschaftsförderung aussehen könnte, gibt es bereits seit einigen Jahren, und es wurde immer wieder von sozialistischen Rednern im Haus verlangt, daß die Wirtschaftsförderung in eine sogenannte Drei-Topf-Theorie aufgeteilt werden soll: in eine Sanierung, in eine Strukturverbesserung und in eine Innovation. In diesem Zusammenhang hat Präsident Ileschitz in seinen Wortmeldungen dies immer gefordert, und ich möchte noch einmal eindringlich darauf verweisen, daß man dieser Situation nähertreten soll. Meiner Meinung nach ist es nur auf diesem Weg möglich, die vom Rechnungshof kritisierte sogenannte „Gießkannenmethode“ in der Wirtschaftsförderung zu beseitigen. Herr Landesrat Dr. Heidinger bekennt sich zwar offen zur Gießkannentheorie, ich meine aber, daß er nicht von der richtigen Gießkanne spricht. Wir verstehen unter „Gießkannenprinzip“ das Faktum, daß zum Beispiel, meine Damen und Herren, im Bereich der Jungunternehmerförderung Tankstellenbesitzer, Transportunternehmer und Freiberufler, wenn sie unter 40 Jahre alt sind, damit rechnen können, daß sie 60.000 Schilling generell geschenkt bekommen. Es stehen hier beträchtliche Mittel zur Verfügung. Wenn man das durch diesen Betrag dividiert, kommen sicher einige hundert Leute in den Genuß einer Förderung, ganz egal, ob sie sie brauchen oder nicht. Was diese generelle Förderung im Jungunternehmerbereich angesichts der knapper werdenden Budgetmittel bringen soll, meine Damen und Herren, ist mir bis heute nicht bekannt und wird mir nicht klar. Zur Untermauerung meiner These darf ich auf die Förderungen im Rahmen der erhöhten Regionalprämie, auch der BÜRGES, hinweisen. Dort macht sich eine Praxis breit, daß zum Beispiel wieder Transportunternehmer für die Anschaffung von Bussen, Lkws und Lkws im Mietwagengewerbe namhafte Zuschüsse kassieren. Ich glaube, daß die Probleme der steirischen Wirtschaft nicht dadurch gelöst werden können, daß man auf politischer Ebene immer wieder Gutachten von Universitätsprofessoren einholt, die, wie die Praxis zeigt, außer Förderungen der Hochschulen kein Ergebnis zeigen. Ich vermissen hier die Verbindung zwischen Theorie und Praxis, und das ist ja bereits angeführt worden.

Wenn ich mich an die Obersteiermarkstudie von Professor Dr. Tichy aus dem Jahre 1981 erinnere, so hat dieser außer dem Termin der endogenen Erneuerung nichts hervorgebracht, was uns bei der Bewältigung der Probleme in der Steiermark weitergebracht hätte. Selbst auf diese Studie hat das Land Steiermark nicht reagiert. Völlig neu für mich war die Tatsache, daß der zuständige politische Referent der Wirtschaftsförderung sich dazu im Ausschuß nicht mehr in der

Lage gesehen hat, eine entsprechend fundierte Widerlegung der Feststellungen des Rechnungshofes zu liefern. Vielmehr hat Landesrat Dr. Heidinger nach offizieller Stellungnahme der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung eine Stellungnahme durch Professor Dr. Tichy ausarbeiten lassen. Diese Vorgangsweise ist sicherlich bemerkenswert, weil natürlich der Bundesrechnungshof auf die von der offiziellen Stellungnahme vorgebrachte Argumentation nicht mehr eingehen konnte. In der Diskussion des Kontroll-Ausschusses ist für mich jedoch der Eindruck entstanden, daß Professor Dr. Tichy seine bisherigen Argumente über Bord geworfen hat, um so eine unterstützende Argumentation für den in Argumentationsschwierigkeiten geratenen Landesrat zu liefern. Ich möchte abschließend zu dieser Auseinandersetzung feststellen, daß es uns wahrscheinlich nicht sehr hilft, wenn hier akademische Diskussionen abgehalten werden, um die Probleme der Obersteiermark zu lösen. Ich will aber auch gar nicht bestreiten, daß durch Wirtschaftsförderungen auch positive Entwicklungen geführt wurden. Es geht nicht an, daß man immer wieder nur die Paradedfälle herausstellt. Ich darf daher die Aufzählung des Herrn Landesrates Dr. Heidinger im Kontroll-Ausschuß mit einigen negativen Fällen ergänzen, die uns die Problematik dieser Wirtschaftsförderung, wie sie gehandhabt wird, sehr deutlich aufzeigen. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Wer ist schuld an der Misere in der Obersteiermark? Ihr habt heruntergewirtschaftet!“) Sie vergessen, Herr Kollege, wir kommen immer auf das gleiche Thema zu sprechen, die ÖVP tut, als wenn sie in den Bereichen der verstaatlichten Industrie in der Obersteiermark eine weiße Weste an hätte und keinen Einfluß im Unternehmensgeschehen hätte. Ich verweise noch einmal: In allen Vorständen der VOEST-Alpine, VEW, im Aufsichtsrat der ÖIAG waren Manager, die entweder von der ÖVP, SPÖ und Freiheitlichen Partei nominiert wurden und die Mitverantwortung zu tragen hatten. (Abg. Dr. Maitz: „16 Jahre Sozialismus!“) Gerade Sie, Herr Kollege, müßten sich heute dazu bekennen, welche Probleme in Ihrem Bezirksbereich sind, Sie brauchen keine Kindeswegleitung zu betreiben. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Ihr seid totale Versager!“) Mir ist schon bewußt, daß diese Wortmeldung bei der ÖVP Emotionen hervorruft, denn sie will sich freispielen, und es gelingt ihr nicht ganz. (Abg. Dr. Maitz: „16 Jahre sozialistische Mehrheit!“) Lassen Sie mich auf ein paar Dinge hinweisen. (Abg. Kollmann: „Gehen Sie in einen Betrieb arbeiten, dann werden Sie anders reden!“) Herr Kollege, das brauchen Sie mir nicht zu sagen wegen dem Arbeiten gehen. Ich bin täglich in den Betrieben und habe sicherlich mehr Information als Sie. Ich sage noch einmal: Ihr wollt nur die Verantwortung wegschieben. Das gelingt nicht, weil ihr eingebunden seid. Das tut euch weh, und gerade in dem Bereich Wirtschaftsförderung haben die Sozialisten dementsprechend jahrelang immer wieder getrommelt. Ihr macht das in eurem Bereich aus, und die Wirtschaftsförderung geht an den Problemen der Steiermark vorbei. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist unverantwortlich, diese Mißwirtschaft, die dort betrieben wird!“) Denken Sie an die Firma Pesch Radiatoren, Herr Dr. Dorfer, denken Sie an Safental, an Köflach, da ist die Wirtschaftsförderung danebengegangen. Das ist das, was wir immer wieder kritisieren! (Abg. Dr. Dorfer: „Sie haben am wenigsten Ursache,

zu kritisieren über die steirische Wirtschaft, denn den Sauhaufen, den wir haben, hat Ihre Partei verursacht!“) Da sitzen Sie drinnen, Herr Dr. Dorfer. Sie müssen Ihre ÖVP-Manager dazu bekehren, daß sie andere Wirtschaftsstrategien an den Tag legen. Dann ist Ihre Kritik berechtigt. Solange Sie in den Vorständen sitzen, haben Sie kein Recht, darüber Kritik zu üben. Wir können dann über die Verstaatlichte diskutieren.

Zum Tagesordnungspunkt, da steht Rechnungshofkritik, Wirtschaftsförderung, und das ist der Kernpunkt. In der Steiermark hat es die ÖVP in der Hand, daß die Wirtschaftsförderung effizient eingesetzt wird, aber das Ergebnis ist in vielen Fällen gleich Null. Das ist das, was mich bei meiner Wortmeldung immer ein bißchen befriedigt, daß ich Emotionen auslöse und die Leute aufgerüttelt werden.

Ich darf abschließend feststellen, daß dieser Rechnungshofbericht nicht in den Schubladen verschwinden und in Vergessenheit geraten soll, sondern daß wir uns ernsthaft mit dieser Kritik auseinandersetzen haben, und es geht uns Sozialisten nicht darum, daß wir den Zeitraum verlängern, sondern auf Grund der Situation durch die knapper werdenden Budgetmittel die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Einsetzen von Wirtschaftsförderung effizient zu machen. Wir sollen aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, um die Zukunft zu bewältigen.

Im Sinne dieser Ausführungen möchte ich den Appell an den Wirtschaftslandesrat richten, die von mir aufgezeigten Probleme und Darstellungen zum Anlaß zu nehmen, um die Wirtschaftsförderung wieder zu einem Instrument zu machen, das dem Begriff der Wirtschaftsförderung Rechnung trägt. Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Weilharter. Ich erteile es ihm.

Abg. Weilharter: Geschätzte Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Durch die Prüfung der Landesgebarung wurde die finanzielle Situation der Steiermark eindeutig festgestellt. Der Bundesrechnungshof weist in der Einleitung schon auf die prekäre finanzielle Situation der Steiermark hin. Wenn man zum Beispiel bei den Voranschlägen zum ordentlichen Haushalt die Einnahmen den Ausgaben gegenüberstellt, so ergibt sich für den Kontrollzeitraum, also für das Jahr 1983, ein Abgang von 833 Millionen Schilling und für das Jahr 1984 ein Abgang von 978 Millionen Schilling. Die Bedeckung dieser Abgänge erfolgte durch Kredite und Darlehen. Der Rechnungsabschluß für das Jahr 1983 im ordentlichen Haushalt ergab aber eine Einnahmesteigerung von über 500 Millionen Schilling. Die dem Voranschlag nicht zugrundeliegenden Ausgaben fanden den Niederschlag in derselben Größenordnung. Über drei Viertel der Gesamtausgaben entfielen im Prüfzeitraum auf die Budgetgruppe 0, das ist die Allgemeine Verwaltung, Budgetgruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Sozialer Wohnbau, die Gruppe 5, das Gesundheitswesen, und wechselweise in den beiden Prüfungsjahren einmal auf die Gruppe 9, Finanzwirt-

schaft, und einmal auf die Gruppe 2, Sport und Wissenschaft.

Hohes Haus, meine geschätzten Damen und Herren! Ich meine aber auch: Genau das ist ein Teil der Ursachen für die Situation, daß in der obersteirischen Industrieregion 10.000 Arbeiter um ihren Arbeitsplatz bangen. Genau das sind aber auch die Ursachen, daß Tausende fleißige Bergbauern und Gewerbetreibende in der Steiermark täglich mit Einkommensverlusten kämpfen. In den Jahren 1983 und 1984 wurde im ordentlichen Haushalt wieder einmal das Auslangen ohne Darlehensaufnahmen nicht gefunden. In beiden Jahren wurde neuerlich eine innere Anleihe beansprucht. Diese triste finanzielle Lage der Steiermark führte den Rechnungshof in seinem Bericht zu folgender Schlußfolgerung: Das Land Steiermark muß alle Anstrengungen unternehmen, um die herantretende Aufgabe mit größter Sparsamkeit zu vollziehen. Im außerordentlichen Haushalt, der auch mitgeprüft wurde, war für die beiden Jahre die Situation fast die gleiche, fast analog die gleichen Überschreitungen im Budget, nur, im außerordentlichen Haushalt ist die Budgetdimension eine andere, und daher war im außerordentlichen Haushalt eine Einnahmesteigerung um das Doppelte bemerkbar. Im außerordentlichen Haushalt ist aber auch im Prüfbericht von Wirtschaftsförderung die Rede. Der Rechnungshof findet es in seinem Bericht als erachtenswert, daß Förderungen sogenannten Grundsatzbeschlüssen unterzogen werden. Hiezu, und ich habe es im Ausschuß schon gesagt, ist mir ein Fall bekannt, wo dies wohl durchaus nicht der Fall war, nämlich ich habe schon im Ausschuß die Frage an den zuständigen Landesrat gerichtet; in jüngster Zeit, im September des Vorjahres, hat ein Betrieb um einen Investitionskostenförderungszuschuß angesucht, wobei 14 Tage, bevor der steirische Wirtschaftsförderungsbeirat getagt hat, von seiten der Landesregierung ein Brief als Antwortschreiben, das für den Wirtschaftsförderungsbeirat gedacht war, an die Öffentlichkeit hinausgespielt wurde. Ich habe es im Ausschuß schon erwähnt und glaube, es mit aller Deutlichkeit sagen zu dürfen, daß eine solche Vorgangsweise sicherlich nicht den steirischen Betrieben und der steirischen Wirtschaft dienlich ist.

Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren! Der Bundesrechnungshof hat in seinem Bericht weiterhin auf die außeruniversitäre Forschung hingewiesen, wobei es sich um das Veterinärwesen in der Steiermark handelt. Hiezu darf ich auch ein Beispiel anführen, denn im März 1983 unterbreitete die Fachabteilung für Veterinärwesen dem zuständigen Landesrat ein Forschungsprojekt im außeruniversitären Bereich. Es handelte sich dabei um Untersuchungen über den Einfluß von Stoffwechselstörungen, vom sogenannten Verfettungssyndrom, bei Kalbinnen, Abkalbeleistungen, Fleischqualität und vieles mehr beim steirischen Hochleistungsrind. Diesem sinnvoll scheinenden Forschungsauftrag stimmte der damals zuständige Landesrat zu. Die erforderlichen Geldmittel wurden zur Verfügung gestellt. Der Erfolg und das Ergebnis dieser Forschertätigkeit sind niemandem bekannt. Ob diese Untersuchung abgeschlossen ist, wissen vermutlich auch nur jene Personen, die die Forschertätigkeit durchgeführt haben. Ich nehme es an, und ich stelle es in den Raum; und ich bekenne mich dazu, daß jeder

Mensch, der in der Steiermark Verantwortung trägt, und auch unsere Rinderhalter ein Anrecht darauf haben, zu erfahren, was bei diesem Forschungsauftrag als Ergebnis herausgekommen ist.

Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren! Diese beiden Beispiele, die von mir zitiert wurden, sind ein Teil der Kritiken, die der Bundesrechnungshof in seinem Bericht beinhaltet. Von der Pro-Kopf-Verschuldung, die als höchste im Bundesländervergleich mit 6943 Schilling angenommen wird, oder von der höchsten Schuldendienstquote gar nicht zu reden, dies bestätigt nur, daß die Situation der Steiermark mehr als trist im finanziellen Bereich ist.

Meine Damen und Herren, es erhebt sich damit auch die Frage, ob die Regierungstätigkeit in der Zeit, die der Rechnungshof jetzt geprüft hat, der Formel entspricht, man hat vom Daumen in die Hand hinein regiert, ohne längerfristig zu planen und eine dementsprechende Budgetvorschau vorzulegen. Der Rechnungshof verweist mit Nachdruck darauf, daß einer weiteren Verschuldung unseres Landes Einhalt geboten werden muß, um die Dispositionsmöglichkeit unserer steirischen Heimat wieder zu erweitern. Ich fordere daher die Landesregierung auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit sich die triste Situation ändert. Ich darf abschließend bemerken, es müssen alle Bemühungen dahin gehen, daß unser Dachstein der höchste Berg der Steiermark bleibt und nicht der Schuldenberg. (Beifall bei der FPÖ und VGÖ/AL.)

Präsident Zdarsky: Die Frau Abgeordnete Kammlander hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Kammlander: Frau Präsident, meine Damen und Herren! Zuerst möchte ich etwas zur Zeitfolge der Bundesrechnungshofberichte sagen, daß zwar gemäß Artikel 127 Bundesverfassungsgesetz der Bundesrechnungshof das Ergebnis seiner Überprüfung der Landesregierung zur Vorlage an den Landtag übergibt und eine allfällige Äußerung binnen drei Wochen zu erstatten ist. Durch den Umfang der Gebarungskontrollen ist der Bundesrechnungshof jedoch nachsichtig und ist bereit, diese Frist zu verlängern. Daß die Stellungnahmen aber, wie in der Steiermark, vom November 1985 beziehungsweise Jänner 1986 bis zu einem halben Jahr auf sich warten lassen, ist nicht üblich. Beim Kontrollbericht über die Forschungsgesellschaft Joanneum verzichtet der Bundesrechnungshof sogar auf eine weitere Stellungnahme, weil sonst die Vorlage an den Landtag weiter verzögert werden würde. Wir haben es ja heute bekommen. Über die Öffentlichkeit der Berichte ist zu sagen, daß diese in der Fassung an den Landtag zur Gänze der Öffentlichkeit zugänglich sind. Also ist jede Geheimniskrämerei nicht angebracht. Jeder Abgeordnete kann nach der Zuweisung jedem Mann und jeder Frau Einsicht gewähren.

Zu den einzelnen Punkten des Bundesrechnungshofberichtes möchte ich sagen: Zur Nullbasisbudgetierung wurden zwar immer wieder von der Finanzabteilung Vorschläge gemacht, doch blieben diese Luftballons. Ich kann mir die Enttäuschung auch der zuständigen Beamten vorstellen, wenn letztlich wieder alles beim alten bliebe. Ein Sprichwort sagt, der Weg zur Hölle ist gepflastert mit guten Vorsätzen. Die Situation

ist nicht besser, sondern schlechter geworden. Der drohende Verlust der Budgetbeweglichkeit und die damit zusammenhängende verringerte Möglichkeit, Politik zu machen, das heißt Schwerpunkte zu setzen, wird zwar von Landesrat Dr. Klausner auch so gesehen, doch wenn sein für die Wirtschaftsförderung zuständiger Regierungskollege Landesrat Dr. Heidinger 1983 die Erstellung der Sachprogramme im Rahmen des steirischen Landesentwicklungsprogrammes gestoppt hat und sich zum Prinzip „Gießkanne“ als vertretbares politisches Instrument bekennt, dann werden wir auch in Zukunft vor überraschenden Entscheidungen nicht gefeit sein. Gleich wie die Förderungspraxis des zuständigen Landesrates ohne ein verbindliches Förderungskonzept auskommt, wurde bei der Verhandlung über das Projekt VOEST-OKI ein längerfristiges Unternehmenskonzept des Förderungswerbers nicht verlangt. Eine kritische Analyse der Auswirkungen dieses Unternehmens auf andere Branchen und die mittel- und langfristigen Effekte dieser Betriebsansiedlung sind nicht erfolgt. Angesichts des gewaltigen Förderungsumfanges noch unverständlicher ist dieser Verzicht auf Wirkungsanalysen, wenn die Landesregierung in einer Gegenäußerung zum Bundesrechnungshofbericht an anderer Stelle von geringen finanziellen Möglichkeiten spricht und es deswegen keine Schwerpunktsetzungen geben könne. (Abg. Dr. Dorfer: „Aber wer hat Ihnen diesen Unsinn aufgeschrieben? Es stimmt alles nicht!“) Wieso stimmt das nicht? Ich hätte mir das gerne im Kontrollausschuß angehört!

Wenn kritische Wirksamkeitsuntersuchungen der Förderungsmaßnahmen gemacht werden würden, dann müßte zwangsläufig eingestanden werden, daß mit Landesmitteln auch arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungsinvestitionen getätigt wurden und, wie der Rechnungshof schreibt, 31 Prozent der Förderungsmaßnahmen im Laufe der Jahre durch Insolvenzen unwirksam geblieben sind. Wir schließen uns den Ausführungen des Bundesrechnungshofes an und verlangen kurz-, mittel- und langfristige wirtschaftspolitische Leitbilder. Ohne deutliche Bekenntnisse bleibt Politik unverbindlich und diffus. Die Beratung im Kontrollausschuß über die verschiedenen Standpunkte zwischen dem Wirtschaftsberater des Landes Steiermark, Professor Dr. Tichy, und den Sachbearbeitern des Bundesrechnungshofes hat bei einzelnen Abgeordneten gerade der sozialistischen Fraktion wenig Interesse gefunden, zum Unterschied hier im Plenum der Herr Abgeordnete Gennaro sehr wohl einen sehr lebhaften Auftritt gebracht hat.

Obwohl bei der Brisanz des Themas Wirtschaftsförderung dies wünschenswert wäre, hängen die uns allen so wichtigen neuen Arbeitsplätze, die besonders vor Wahlen gerne versprochen werden, davon ab. Es ist bedauerlich, wenn die Kritik und die Vorschläge des Bundesrechnungshofes wenig Aufmerksamkeit im Ausschuß bekommen und bei einigen Abgeordneten, daß sie sich ihrer Aufgabe in diesem Landtag nicht im vollen Umfang stellen. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist eine Arroganz, die Ihnen nicht zusteht!“ – Abg. Dr. Strenitz: „Glauben Sie das wirklich?“)

Der Landtag steht als Entscheidungsgremium über der Landesregierung. Die steirische Breite sollte nicht als Mauer über den Bundes- und Landesrechnungshof verstanden werden. Wie wir wissen, ist in anderen

Bundesländern die Beteiligung an der Debatte über die Gebarungskontrolle des Bundesrechnungshofes weit größer. Wenn der Abgeordnete Trampusch für mich im Kontrollausschuß auf Grund meiner Fragen eine Naivitätszulage verlangt, dann müßte ihm eine Verdrängungs- und eine Ablenkungszulage zustehen. Danke schön. (Abg. Trampusch: „Der Herr Abgeordnete Dr. Maitz war in der Qualifikation viel härter, als ich es war“.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Präsident Ing. Stoisser. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Stoisser: Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsident!

Ich hätte mich nicht zu Wort gemeldet, wenn nicht der Herr Abgeordnete Gennaro frontal den Landesrat Dr. Heidinger angegangen wäre, was er in der Förderung alles falsch macht. Er ist mit Behauptungen gekommen, die einfach nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Sie haben gesagt, daß der Rechnungshof Kritik geübt hat, daß die Förderung falsch sei. Jetzt werde ich etwas zitieren, was ich beim Ausschuß mitgeschrieben habe. Wir haben sehr wohl aufgepaßt, Frau Abgeordnete Kammlander. Man muß sich nicht immer zu Wort melden, man kann trotzdem mitarbeiten. Ein Herr des Rechnungshofes hat dort gesagt, ein Entscheidungsgrundlagen lieferndes Organ: „Volkswirtschaftliche, regionalwirtschaftliche, betriebswirtschaftliche, strukturwirtschaftspolitische Dinge sollten wir alle berücksichtigen, Kennzahlen, wie sie der Rechnungshof verlangt, sind aber leider Gottes nicht immer zu erhalten. Infolgedessen kann man aus diesem allem nicht immer die richtigen Schlußfolgerungen ziehen.“ Das hat ein Vertreter des Rechnungshofes dort selbst gesagt. Diese theoretischen Auseinandersetzungen über die Wirtschaftsförderung sind sicher sehr gut, aber wir haben auch die Praxis, und da gebe ich dem Kollegen Gennaro recht: Die Verbindung zwischen Theorie und Praxis fehlt, und aus Fehlern sollte man lernen. Fehler werden dort gemacht, wo gearbeitet wird.

Nun, warum haben wir eine Wirtschaftsförderung in der Steiermark? Die Steiermark ist eigentlich das Land mit der ältesten Tradition an Wirtschaftsförderung, und zwar deshalb, weil wir auf Grund unserer unglückseligen geographischen Lage, wie wir sie seit dem Kriege haben, eine Strukturverbesserung brauchten. Ich glaube, durch diese steirische Wirtschaftsförderung ist einiges zum Besseren geworden. (Abg. Vollmann: „Konkrete Fälle!“) Konkrete Fälle. Ich werde Ihnen aufzählen, wie viele Arbeitsplätze wir insgesamt gewonnen haben. Herr Kollege, ich kann Ihnen sagen, daß überall, wo gearbeitet wird, Späne fallen und daß überall, wo Betriebsneugründungen gemacht werden, immer wieder etliche danebengehen. In Amerika rechnet man bei Venture-Kapital-Finanzierung, daß vier Fünftel danebengehen und daß die restlichen 20 Prozent passen. Sie haben die „Kronen-Zeitung“, ich lese Ihnen etwas aus der „AZ“ vor, durchaus positiv, daß eben so viele danebengehen, daß aber das, was dann funktioniert, wirklich weitergeht. Alle Untersuchungen sagen, daß wir eine bessere Struktur brauchen, daß wir auf dem Wege sind, die Strukturen zu verbessern, daß der Weg allerdings etwas lang ist. Ich gebe zu, daß das Land Steiermark nicht in der Lage ist, solche Mittel

aufzuwenden, daß ein durchschlagender Erfolg stattfindet. Aber die vielen kleinen Förderungen, negativ ausgesprochen: Gießkannensystem, haben dazu beigetragen, daß die kleinen und mittleren Betriebe die Arbeitsplätze gehalten haben, die die Großindustrie leider Gottes in der Steiermark verloren hat. (Beifall bei der ÖVP.)

So haben wir zwischen 1971 und 1985 11.800 neue Industriearbeitsplätze geschaffen, Herr Kollege. Es sind allerdings 9.200 dabei verlorengegangen, überwiegend im verstaatlichten Bereich. Wenn da der Kollege Gennaro sagt, daß die ÖVP-Vorstandsmitglieder in der Verstaatlichten schuld sind, bitte, was ist das für ein Chef, der sich von einem Unterläufer seinen Betrieb verhaufen läßt? Die ÖVP-Vorstandsmitglieder waren alle in der Minderheit, die Mehrheit waren in jedem Vorstand noch immer die anderen.

Dort, wo der Markt und die Privatinitiative etwas zu sagen haben, dort gibt es Zuwächse, meine Damen und Herren. Im Großgewerbe sind die Zunahmen der Arbeitsplätze plus 44 Prozent in der Steiermark bei einem durchschnittlichen Zuwachs von 22 Prozent in ganz Österreich. (Abg. Vollmann: „Die Statistik ist geduldig!“) Papier ist geduldig. Sie beziehen sich ja auch auf irgendwelche Studien. Ich weiß nicht, welche Zeitung Sie haben, ich sehe nicht so weit. (Abg. Vollmann: „300 Betriebe in der Obersteiermark stehen vor dem Konkurs!“) Aber ich kann Ihnen durchaus mit der neuen Arbeiterzeitung das sagen, was Sie jetzt in Frage stellen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in der Steiermark nach Tichy drei große Gebiete: den Großraum Graz, die Obersteiermark und die Peripherie, also den Rest. In der Obersteiermark, auf das Problem brauche ich nicht näher einzugehen, dort sind die Arbeitsplätze echt gefährdet, und wenn diese Pläne positiv durchgehen sollen, werden sie leider Gottes einen Verlust von 10.000 Arbeitsplätzen bringen. Hier müssen wir neue Arbeitsplätze schaffen, das steht auch in der Studie der Ihnen nahestehenden Herren Moser und Glatz, die genau dasselbe sagen. Sie sagen, daß man dort Leute in der Privatindustrie unterstützen muß, Betriebe zu gründen. Sie nennen dafür Nachfolger aus Unternehmerfamilien, Absolventen höherer technischer Lehranstalten und Universitäten. Denen sollte man helfen, und das ist auch unsere Meinung, da sind wir konform. Ich möchte hier eine Studie der OECD zitieren, die eigentlich furchtbar ist und die die Rahmenbedingungen in Österreich beleuchtet, wie wir uns das besser gar nicht vorstellen können. Die Abnahme der selbständigen Existenzen OECD-weit hat in Österreich 34 Prozent in den letzten 15 Jahren betragen. Wir sind damit schlußlicht. Zum Vergleich dazu: die Niederlande haben eine Zunahme von selbständigen Existenzen von ebenfalls 34 Prozent, und dazwischen sind alle anderen. Gleich nach uns kommen die skandinavischen Länder, die Bundesrepublik hat plus 8 Prozent. Das beleuchtet am allermeisten unsere Situation in Österreich. (Abg. Rainer: „Herr Präsident, Sie haben etwas vergessen! Sie müssen gleichzeitig die Konkursrate darstellen und darauf verweisen, daß viele vom Arbeitsmarkt auf die Selbständigkeit ausweichen und dann Konkurs machen!“) Natürlich werden Neubeginner immer wieder konkursgefährdet sein. Das liegt in der Natur der Dinge. Man sollte davor nicht so eine große Angst haben. Noch einmal, nehmen wir das

amerikanische Beispiel, und dort wurden 12 Millionen Arbeitsplätze in kürzester Zeit neu geschaffen mit dem Risiko, daß eben etliche Betriebsgründungen danebengehen. Nur so können wirklich neue zukunftsweisende Produkte und Dienstleistungen entstehen. Und das ist auch die Meinung aller, die diese Studien machen. Selbst für den Raum Graz gilt, daß viel zu wenig Hochtechnologie in den Betrieben drinnen ist. (Abg. Vollmann: „Dann stimmt ja etwas nicht!“) Ich sage Ihnen ja, die Rahmenbedingungen. Lassen Sie die Leute, die selbständig werden wollen, wirklich selbständig und frei arbeiten, nicht durch Gesetze einschränken, nicht durch Neidkomplexe und was es da alles gibt, für Menschen, die selbständig werden wollen. Das ist meine Meinung. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte jetzt auch einige positive Aspekte der Wirtschaftsförderung hervorheben, die es verdienen, daß man sie wieder einmal nennt. Das sind die nicht direkten Förderungen, die indirekten Förderungen, nämlich der Ausbau der Beratung und Schulung. Wir haben zum Beispiel die Technova, eine ganz hervorragende Sache, wo wir eben die Wissenschaft und die Praxis zusammenbringen. Den Technologiepark in Graz möchte ich wieder einmal erwähnen, der hervorragend funktioniert. 13 Firmen, die vor einem Jahr begonnen haben, eine davon exportiert schon nach China, die anderen nach Deutschland und so weiter, lauter Hochtechnologiebetriebe. Es wird jetzt der Technologiepark in Graz um weitere fünf Firmen ausgeweitet. In der Obersteiermark ist ein Technologiepark in Planung. Meine Damen und Herren, das ist der richtige Weg. Eines möchte ich erwähnen, das ist in der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt, das STIP, das Steirische Investitionsprogramm, wo eine Anzahl von Unternehmen über zwei Jahre lang in Seminaren und Beratungen betreut werden; ganz hervorragende Ergebnisse werden dabei erzielt. Innerhalb kürzester Zeit sind auf diese Art und Weise „nur“ 50 Arbeitsplätze geschaffen worden. Aber würden wir auf diese Art und Weise weiterarbeiten, glaube ich, ist die Steiermark auf dem richtigen Weg. Eines brauchen wir nämlich, wir müssen in den Technologien weiterkommen.

Und zur Frau Kollegin Kammerlander (Abg. Kammerlander: „Kammlander bitte!“) – Entschuldigung, ich weiß, Kammerlander wäre noch schöner. (Abg. Kammerlander: „Für wen ist das schöner?“) Das können Sie sich selbst denken! Ich werde es Ihnen dann an Ort und Stelle sagen.

Die STIP-Beratung, wie gesagt, das wäre wirklich eine wichtige Lösung. Zu den arbeitsplatzvernichtenden Investitionen. Vordergründig arbeitsplatzvernichtende Investitionen können auf Sicht gesehen die Arbeitsplätze erhalten. Das geschieht ja bei der Verstaatlichten. Nur müssen gleichzeitig dann an anderer Stelle neue innovative und kreative Arbeitsplätze geschaffen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Wirtschaftsförderung in der Steiermark ist meiner Meinung nach eine gute Sache. Wenn viele Dinge gemacht werden, werden Fehler gemacht, aus denen sollen wir lernen. Und ich bin überzeugt, daß wir alle miteinander lernwillig sind. In diesem Sinne hoffen wir, daß die steirische Wirtschaftsförderung für die Steiermark noch recht viel tut. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren!

Wir haben uns jetzt von den verschiedensten Parteien die generellen Standpunkte angehört. Der Herr Gennaro lobt natürlich die Verstaatlichten, ist an und für sich klar, ist ja seine Aufgabe. Der Herr Ing. Stoisser lobt die Privatindustrie, ist ja auch seine Aufgabe, er ist schließlich Vorsitzender des Wirtschaftsbundes. Wir haben aber hier in der Steiermark eine ganz klare Kritik des Bundesrechnungshofes zu besprechen. Wir haben in der Steiermark die höchste Pro-Kopf-Verschuldung, wir haben das niedrigste Durchschnittseinkommen, es liegt ungefähr bei 7.500 Schilling. Ich glaube, an das sollten wir einmal denken. Wir sollten uns denken, daß diese natürliche Funktion, es ist immerhin eine Katastrophenfunktion, die in der Steiermark herrscht. Wir haben jugendliche Arbeitslose, und es ist für die Menschen sicher eine Frustration, wenn man einen Beruf lernt und dann nicht einmal ausführen kann. Und es ist in dem Sinne auch sozialpolitisch eine Katastrophe, die auf uns zukommt. Diese Funktion ist leider noch ansteigend. Ich will mich gar nicht von beschönigenden Worten beeinflussen lassen. Was zur Verstaatlichten zu sagen ist: Hier gehört endlich einmal mehr Gehirnenergie und Flexibilität hinein. Man muß endlich einmal sprechen von dezentral verstaatlichten Betrieben, denn in Linz hat es zu stinken begonnen, nicht nur die Luft, sondern auch die Verstaatlichten. Ich denke an Apfalter und alle, die die Verstaatlichten „abgefaltert“ und abgehalftert haben. Ich denke hier vor allem an Betriebe, die mit guten Steuergeldern in ausländisches Kapital übergeführt oder hier gefördert werden. Zum Beispiel AMI. Das ist für mich eine kurzfristige Hochtechnologie, das ist eine Grundstoffproduktion, wo praktisch andere Staaten und Länder es wesentlich günstiger machen können. Wir haben Bescheide des Landes, Herr Gennaro, wo 1.500 Beschäftigte bei AMI hätten arbeiten sollen. Heute sind es 450. Sie haben mich in der Ausschußsitzung korrigiert, 450. Und wenn man sich die Arbeitsverträge von diesen Beschäftigten anschaut, dann sind es erbärmliche Verträge, die Sie als Arbeitervorteiler zusammengebracht haben. Das sind Kurzzeitverträge. Das sind Arbeitsverträge, wo man Frauen Arbeitsbedingungen unterwirft, die für mich nicht gesundheitsfördernd sind. (Abg. Gennaro: „Sie haben überhaupt kein Ahnung, wovon Sie reden!“) OKI, man muß Gott sei Dank sagen, daß uns OKI erspart geblieben ist. Mit 51 Prozent ausländischem Kapital. Gott sei Dank. Das waren alles Tricks, daß man die Hochschulen beschäftigen kann.

Reden wir einmal von der Puch-Zweirad-Produktion. Da haben Sie als Arbeitervorteiler gar nichts gemacht. Ich habe Sie nicht einmal gicksen gehört, Herr Gennaro. Sie haben 300 Arbeitsplätze verschnerbelt um 80 Millionen Schilling, eine umweltfreundliche steirische Technologie. Das haben Sie zusammengebracht. Auf der anderen Seite schauen Sie zu, daß um 15 Millionen Schilling Jagdhäuser für die höhere Etage der Puch-Werke in Donnersbachwald gebaut werden, damit dort dann in geheimen Gesprächen unsere

steirischen Produktionen und Produktionsweisen verschleudert werden. Das ist eine Verschleuderung. Ich mache Sie haftbar, daß gute steirische Qualitätsarbeit, Technologien, auch das KAT-Moped, auf unsinnigste Art verschleudert werden. Aber wir wollen etwas für die Umwelt! (Landesrat Dr. Heidinger: „Das gehört nicht zum Rechnungshofbericht!“) Das ist zum Rechnungshofbericht, Herr Wirtschaftslandesrat. Sie kommen mit Ihren Wirtschaftsbetrieben auch noch dran. Nicht nur der Herr Gennaro.

Kindberg, statt daß man wirklich sinnvolle Verträge macht, muß man russische Verträge machen für Erdgas, statt daß man Fernwärmerohre produziert, die wir wirklich dringendst bräuchten, die STEWEAG zum Beispiel. Die können das aus Schweden oder der Schweiz wieder einführen, das, was wir wirklich für die Abwärme von Mellach brauchen – Mellach, immerhin eine Fehlplanung –, aber trotzdem, die Abwärme kann man verwenden davon. Was die Privatwirtschaft betrifft: Es ist klar, daß heute privatwirtschaftliche Betriebe, die nicht die politische Rückhand haben, sprich Gewerkschaft, einen Onkel Benya, der sie immer wieder am Leben erhält und infusioniert, daß die praktisch diese Steuerlast heute voll trifft. Und der Herr Wirtschaftsbundobmann, Sie werden mir sicher recht geben, wie viele Betriebe die Türen geschlossen haben, ich glaube 10.000 im letzten Jahr. Das sind aber Leute, die wirklich versuchen, Produkte herzustellen, dem freien Wettbewerb unterliegen, auch dem freien Leistungsprinzip, und ohne freies Leistungsprinzip werden wir überhaupt nicht mehr weiterkommen. Da wird einfach die Steuerlast und die Verschuldung noch größer werden. Ich will aber nicht den privatwirtschaftlichen Betrieben die Tür einrennen, für mich ist es auch interessant, wenn man heute verstaatlichte Betriebe, die Grundstoffprodukte erzeugen, dezentralisiert und eigenverantwortlich macht; daß man endlich von Linz wieder in die Steiermark hineingeht und diese ganzen Zentralorganisationen zerstückelt. Das sind ja alles Saurier, großer Körper, kleines Hirn. Wenn man heute einen Radiergummi braucht, daß man in Linz anfragen muß, dann stimmt das alles nicht mehr. Wir wollen umweltfreundliche Produkte. Da stelle ich heraus, daß wirklich am privatwirtschaftlichen Sektor sehr viel geleistet wurde. Ich denke vor allem an die Motorenfirma List. Ich habe versucht, mir anzusehen, welche umweltfreundlichen Autos auf dem Markt sind. Es gibt einen Turbo Diesel mit 3,7 Liter Verbrauch – ich mache jetzt keine Reklame für List – mit 60 Prozent unter den Abgaswerten. List hat diesen Motor in Österreich nicht angebracht. Die Japaner haben die Lizenz aufgekauft und liefern heute Autos, wo man wirklich sagen kann, daß dies in Richtung Umwelttechnologie ist. List hatte in Österreich keine Chance. Das ist ein typisches österreichisches Erfinderschicksal.

Das Resümee: Ich bin für die Verstaatlichte, aber man muß sie dezentralisieren, man muß sie überschaubar machen, eigenständig, eigenverantwortlich, und ich bin für die Forcierung der Privatwirtschaft. Aber wir müssen mit den Subventionen haushalten, und da hat der Bundesrechnungshof völlig recht. Es muß jeder Schilling, der vom Steuerzahler ausgegeben wird, von der politischen Instanz verantwortet werden. In dem Sinne bitte ich, daß fünf Jahre in der Steiermark gearbeitet wird. Ich danke.

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rainer. Ich erteile es ihm.

Abg. Rainer: Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, grundsätzlich sollte man herausstellen, daß wir uns zur Wirtschaftsförderung bekennen, auch angesichts der Kritik, die hier zum Ausdruck gebracht wurde. Wir waren es ja, die die Rechtsgrundlagen in diesem Hohen Haus geschaffen haben, und unter dem Druck der Arbeitnehmerbewegung in der Steiermark sind diese Rechtsgrundlagen zustande gekommen. Daß da oder dort Mängel auftauchen, ist meiner Meinung nach durchaus normal, und ich bekenne mich zur Ausführung des Präsidenten Ing. Stoisser: dort, wo etwas geschieht, können auch Fehler passieren. Es ist nur zu relativieren, ob es zu viele waren oder zu wenige, was ja offensichtlich allgemein festgestellt werden kann. Tatsache aber ist, daß wir uns dem Grunde nach dazu bekennen müssen und daß wir angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse in der Steiermark uns davor hüten sollten, in eine polemische Diskussion zu geraten, weil wir tatsächlich beträchtliche Schwierigkeiten haben und diese von Stunde zu Stunde zunehmen. Da hat auch der Gegensatz private – verstaatlichte Industrie in der Steiermark zumindest auch am heutigen Tage keinen Sinn mehr. Ich glaube, daß das, was in der Vergangenheit passiert ist und was da oder dort zu Recht oder Unrecht kritisiert wurde, heute nur mehr so zu sehen ist, daß wir zu überlegen hatten, wie wir aus diesen Schwierigkeiten in der Steiermark herauskommen, und daß wir die Problematik in ihrer Gesamtheit sehen. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist wesentlich gescheiter als das, was Herr Gennaro gesagt hat!“) Wir sollten ganz klar und deutlich herausstellen, meine Damen und Herren, daß in jenen Bereichen, wo wir die größten Schwierigkeiten haben, also im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie, ohne Unterscheidung jetzt verstaatlicht oder privat, weil auch die private Pengg-Gruppe zum Beispiel in ganz beträchtlichen Schwierigkeiten ist, einfach durch die weltweite Situation der Eisen- und Stahlindustrie und durch die gegenwärtige Einbruchsituation der Konjunkturlage zusätzlich einer Bedrängnis ausgesetzt ist und wir gewaltige Probleme zu erwarten haben und daher dieser Gegensatz, wie er dargestellt wird, meiner Meinung nach sinnlos ist. Wir sollten uns darum bemühen – und das geschieht auch – festzustellen, mit welchen Mitteln wir den Prozeß der Strukturanpassung tatsächlich steuern können, damit wir in der Lage sind, das aufzufangen, was in jedem Falle in diesem Bereich der Eisen- und Stahlindustrie verlorengehen wird, und Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden. Daß beim Schaffen von Ersatzarbeitsplätzen es so ist, wie es dargestellt wurde, ist zu unterstreichen. Weltweit ist festzustellen, daß Projekte das Joint Venture, wie auch andere Projekte, einfach zwangsläufig durch die konjunkturelle Situation oder aber durch den Kapitaleinsatz, der ungenügend am Beginn war, auch gefährdet erscheinen und daß dadurch diese Situation eintreten kann. Im Detail haben wir auch hier Beispiele kritisiert, daß es hier sehr wohl Unterscheidungen geben muß und daß Beispiele zu Recht angesprochen wurden, wo wir von Anbeginn gesagt haben, daß es hier Probleme geben könnte, daß diese Probleme dann eingetreten sind und wir nach

wie vor ein Problem haben, das für uns ungeklärt erscheinen muß, nämlich das Problem der eingesetzten Mittel, der Effizienzkontrolle. Hier sollte man sich überlegen, inwieweit es auch Möglichkeiten gibt, dieses eingesetzte Kapital besser zu besichern und auch besser zu kontrollieren, was mit diesen Mitteln passiert, so daß wir nicht am Ende des Weges einer Förderung feststellen müssen, daß dieses Kapital vergeudet war. Hier könnte man sehr wohl Überlegungen anstellen, und wir werden auch das zu betreiben haben.

Zur Darstellung des Herrn Dipl.-Ing. Dr. Korber möchte ich sagen: Er ist meiner Meinung nach deswegen nicht ganz ernst zu nehmen, (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Fühlen Sie sich angesprochen?“) deswegen, wenn wir uns, Herr Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber, dazu zu bekennen haben, daß wir die steirische Wirtschaft umstrukturieren müssen, dann frage ich Sie ernsthaft, wohin denn, Herr Kollege, wenn nicht hin zu dem Bereich der neuen Technologien, also auch hinein in die Elektronik. Diese Darstellung, die Sie hier gegeben haben, zeugt von wenig Sachkompetenz, weil ganz eindeutig festzustellen ist: Wir wissen, daß in allen Bereichen der Elektronikindustrie es Phasen der raschen Expansion gibt, wenn diese Technik entwickelt wird, und daß dann die andere Seite der Kurve kommt, wo es hinuntergeht, die Beschäftigtenzahlen zurückgehen, und daß das wahre Problem darin liegt, daß man in die Lage versetzt wird, rasch genug die eingesetzten Mittel zu verdienen und womöglich noch eine Kapitalrendite zu erzielen, damit man den nächsten Technologiesprung erreichen und steuern kann, weil das ganz entscheidend für die Fortentwicklung dieser Technologien ist. Wir haben positive Beispiele.

Es ist für mich nach wie vor bedauerlich, daß OKI abgedreht wurde. Ich sage es Ihnen offen, Herr Kollege, Sie haben es bewußt oder unbewußt verdrängt, daß Hinterberg, nämlich das Werk der VOEST-Alpine, ein ganz großartiger Erfolg ist und die steirische Elektronik und weitere Bereiche. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Damals haben wir uns auf dem Flugplatz die Hand gegeben!“) Wir bekennen uns dazu, und wir werden weitere Mittel einsetzen müssen, wenn wir ein Industrieland bleiben wollen, wenn wir den Anschluß an die moderne Industrieentwicklung nicht versäumen sollten, und so sollten wir das sehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader: Frau Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Es ist auch in dieser Debatte weniger als erwartet, aber immerhin, die Frage der verstaatlichten Industrie angeschnitten worden, die ja eines der dramatischsten Probleme ist, die wir derzeit in der Steiermark haben. Wir haben uns in den letzten Wochen mit allen möglichen anderen kleinen Dingen beschäftigt, vermutlich, um über dieses Thema nicht diskutieren zu müssen, aber auch das, was hier gesagt wurde, ist im wesentlichen eine theoretische Diskussion, und wenn schon in ersten Wortmeldungen hier in Zwischenrufen der Versuch unternommen wurde, zwischen Volkspartei und

Sozialistischer Partei sich gegenseitig die Verantwortung für diese Entwicklung zuzuschreiben, dann darf ich Ihnen sagen: Sie brauchen sich gegenseitig gar nichts zuzuschreiben. Sie beide haben gemeinsam das Desaster, das wir heute haben, verursacht, und Sie sind jetzt im Augenblick dabei, in einer Koalitionsregierung das Desaster nicht zu lösen. (Abg. Kollmann: „Einen Herrn Steger hat es nie gegeben!“) Das, was sich jeden Abend vor den Fernsehcameras abspielt, ist ein derart trauriges Schauspiel, daß die Österreicher in der Zwischenzeit schon den Fernseher abschalten, weil sie nicht mehr zuschauen können. Da wird diskutiert, ob man 42 oder 32 Milliarden Schilling einsetzt, weil die Sanierung der verstaatlichten Industrie, wie es kürzlich der Parteiobmann Mock ausgesprochen hat, im Vordergrund steht. Sie wissen noch viel besser als ich, daß weder mit 32 noch mit 42 Milliarden Schilling die verstaatlichte Industrie saniert werden kann, sondern daß es das Mindestfordernis dafür ist, daß die verstaatlichten Betriebe überhaupt so etwas ähnliches wie eine Bilanz vorlegen können. Und keine Rede ist davon, daß nur Ansätze damit finanziert werden können, um eine wirkliche Umstrukturierung vornehmen zu können. Ein sehr guter Mann, den ich sehr schätze im wirtschaftlichen Bereich, nämlich der steirische Leihabgeordnete Dr. Taus, hat schon im vergangenen Herbst in einer Pressekonferenz gesagt, daß mindestens 50 Milliarden Schilling erforderlich sind, um wenigstens Ansätze von Strukturveränderungen vorzunehmen, aber wahrscheinlich auch die 50 Milliarden Schilling nicht ausreichen werden, um mehr zustandzubringen als Bilanzen. Sie wissen ganz genau, daß die Situation der verstaatlichten Betriebe dreimal so dramatisch ist, als öffentlich geredet wird. Ich will hier nicht noch weitere Schwierigkeiten hervorrufen, aber Sie wissen ganz genau, daß in Wahrheit die VEW restlos und hoffnungslos pleite sind. Sie wissen ganz genau, daß wir in verschiedensten Bereichen auch durch die Ansätze, die jetzt geboten werden, in Wahrheit langfristig keine Chance haben werden, über die Runden zu kommen. Und ich finde es einfach so traurig, daß verantwortliche Politiker jetzt der Öffentlichkeit so vorspielen, als ob mit 10 Milliarden Schilling mehr oder weniger hier plötzlich eine Wende in der Politik der Verstaatlichten herbeigeführt werden könne. Gar nichts, nicht einmal einen Purzelbaum, bekommen Sie zusammen mit dem, was Sie im Augenblick diskutieren. (Abg. Kollmann: „Herr Kollege, eine Zwischenfrage: Was ist mit Ihrer Job-Creation?“) Mit meiner Job-Creation? Das ist nicht meine Job-Creation, sondern die Job-Creation, ich hoffe, es wird endlich so weit kommen, daß die vorsichtig eingeleiteten Gespräche mit dem Wirtschaftslandesrat nicht nur bei einem Gespräch bleiben, sondern es tatsächlich zu einer Realisierung kommt. (Abg. Kollmann: „Sagen Sie mir einen Arbeitsplatz, der geschaffen wurde!“) Weil Sie den Auftrag nicht erteilt haben, Kollege Kollmann, wenn Sie mich herausfordern, weil weder der zuständige Handelsminister noch die steirische Landesregierung, obwohl wir das vereinbart haben, sich bis jetzt haben durchringen können, den Auftrag zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen im Gewerbebereich zu erteilen. (Abg. Kollmann: „Was ist der Unterschied zwischen Handwerk und Mundwerk?“) Weil Sie diese Situation vor sich herschieben, weil Sie vermutlich nicht zulassen wollen, daß eine Initiative Erfolg hat in

der Obersteiermark, die nicht Sie erfunden haben. Wenn Sie wollen, lieber Kollege Kollmann, bin ich sogar bereit, in der Öffentlichkeit zu erklären, daß ich mit dem Vorschlag der Firma Job-Creation nie etwas zu tun gehabt habe, sondern daß das alles du erfunden hast, nur damit es endlich geschieht. Es ist doch unmöglich, daß solche Dinge nur aus politischen Gesichtspunkten betrachtet werden. (Abg. Kollmann: „Ich provoziere solche Seifenblasen nicht!“) Es ist traurig, daß alles, was gut ist und nicht von euch gekommen ist, nicht gemacht wird, weil man es vor sich herschiebt. Ihr werdet die Verantwortung dafür zu tragen haben. Glaubt nur nicht – (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Norbert Steger heißt der Versager! Steger, größter Versager in der Bundesregierung!“) Lieber Kollege Prof. Dr. Eichinger, wenn wir noch drei Wochen zuschauen, dann bin ich gerne bereit, den früheren Vizekanzler mit dem jetzigen einer öffentlichen Beurteilung zu unterziehen. Da wird der jetzige auf jeden Fall noch viel schlechter ausschauen als der frühere. Das kannst du mir glauben! (Abg. Kanduth: „Ihr habt es jahrelang in der Hand gehabt, etwas zu tun! Nichts ist geschehen!“) Ja selbstverständlich! Weil wir den Verstaatlichtenminister gestellt haben, selbstverständlich, weil wir, wie du ganz sicher weißt, alle Aufsichtsräte gestellt haben, und da nie die ÖVP vorhanden war, weil die ganzen Vorstandsmitglieder im verstaatlichten Bereich nie aus Mitgliedern der ÖVP bestanden haben und weil auch im steirischen Landtag die Volkspartei nie eine Mehrheit gehabt hat. Wenn du mir das erklärst, akzeptiere ich das. Ihr habt nie eine Mehrheit gehabt und keine Verantwortung dafür gehabt. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist die berühmte Schmäheißerei!“) Lieber Herr Kollege Dr. Dorfer, in Wahrheit geht es darum, daß im Moment niemand weiß, ob es wirklich sinnvolle Ansätze gibt, daß nicht alle Seifenblasen produzieren und von einem Umstrukturierungsprozeß reden, von dem jeder weiß, daß er mit derartig dramatischen Schnitten verbunden ist, daß sich niemand von ihnen jemals getraut, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Das ist die Realität. (Abg. Pinegger: „Aber Rader weiß es!“) Weil Sie auch wissen, daß die Umgestaltung in neue Produktionen nicht über Nacht geht, sondern Jahre braucht, und weil Sie auch wissen, daß Sie in der Zwischenzeit eine Menge von Mitarbeitern in der Obersteiermark freisetzen müssen. Und Sie tun so, als ob das nicht erforderlich wäre, aber Sie wissen genau, daß es erforderlich ist. Das, was wir mit den privaten Betrieben auffangen könnten, das wird vor sich hergeschoben und wird in Wahrheit nicht realisiert. Und im übrigen sind Sie im Augenblick dabei, jenen obersteirischen Arbeitnehmern, die sich mit dem letzten Groschen, den sie gehabt haben, mit Unterstützung all ihrer Verwandten und Bekannten und mit all den Geldmitteln, die sie mobilisieren konnten, ein kleines bescheidenes Eigenheim gebaut haben, durch eine Erhöhung der Einheitswerte, eine Erhöhung der Grundsteuer und eine Erhöhung der Vermögenssteuer zusätzlich Geld aus der Tasche zu ziehen. Das ist Ihre Politik im obersteirischen Raum.

Niemand von Ihnen, und auch die gesamte Bundesregierung, ist im Moment bereit, Übergangsmaßnahmen zu treffen, um jenen, die in zwischenzeitige finanzielle Schwierigkeiten kommen werden, zu helfen. Da will man ganz einfach nicht davon reden, weil

man dann zugeben müßte, daß man Freisetzungen machen muß. Sie werden es tun müssen. Wann sind Sie endlich bereit, das in der Öffentlichkeit auch wirklich zuzugeben und die notwendigen Schritte zu machen? Sie wissen auch, und zwar noch besser als ich, daß, je länger Sie diese Schritte vor sich herschieben, umso weniger werden sie überhaupt möglich sein. Aber die Verantwortung dafür zu übernehmen, ist natürlich etwas anderes, als Gelder zu verteilen und pausenlos zu erklären, daß man Zuschüsse gibt. Das ist die jetzige Situation. Traurig ist es, daß es nicht gelingt, hier etwas weiterzubringen.

Und dann noch eines, Sie wissen auch, daß es den vielen Tausenden kleinen Gewerbetreibenden in der Steiermark nicht erklärbar ist, warum in aller Öffentlichkeit, wenn die Vorstände der verstaatlichten Industrie Milliardenbeträge fordern, selbstverständlich sofort gesagt wird, jawohl, da werden wir etwas machen müssen. Da werden die 10 Milliarden Schilling auf- oder ab-, hin- und hergeschoben, als ob es ein Trinkgeld wäre, das Sie im Gasthaus geben. (Abg. Ing. Stoisser: „Jetzt sagst du das Gegenteil von früher!“) Wenn ein kleiner Gewerbetreibender einen Zuschuß braucht, lieber Herr Kollege Ing. Stoisser, dann muß er -zig Formulare ausfüllen, dann muß er einen Papierkrieg entwickeln, wo er schon bald ein Institut braucht, das ihm erklärt, wie man das macht, um dann schlußendlich 50.000, 100.000 oder ein paar hunderttausend Schilling nach langen Verzögerungen zu bekommen. Das ist die Realität. Und wenn wir diese Gleichstellung der Verstaatlichten mit der öffentlichen Wirtschaft und der privaten Wirtschaft nicht schaffen, dann werden die privaten Gewerbebetriebe, die die Steuern abliefern dafür, daß wir sie in den öffentlichen Bereich hineinstecken, nicht mehr lange zuschauen und werden sagen, wie komme ich dazu, daß ich arbeite, damit im verstaatlichten Bereich die Gelder versacken und wo jeder weiß, daß sie in Wahrheit nur versacken werden und daraus nichts Neues entstehen wird. Das ist der Schwerpunkt in dieser Diskussion, dem man in Wahrheit heute ausgewichen ist, wie man ihm seit Jahren ausweicht und, ich befürchte, auch in Zukunft ausweichen wird. Das ist traurig, meine verehrten Damen und Herren, und daher ist es höchste Zeit, daß wir endlich gemeinsam die Dinge in die Hand nehmen. Ich bin bereit, und die Freiheitlichen sind bereit, wir haben das in viel höherem Maße getan als alle anderen (Abg. Grillitsch: „Was habt ihr in der Regierung drei Jahre gemacht? Nichts habt ihr geleistet!“), daß wir bereit sind, diese unpopulären Maßnahmen nicht nur mitzutragen, sondern auch dafür in der Öffentlichkeit einzustehen. Wir haben, lieber Kollege Grillitsch, mehr weitergebracht, als ihr jemals versuchen werdet. Das ist der Unterschied zwischen der früheren und der jetzigen Regierung.

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Vollmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Vollmann: Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Eigentlich bin ich ein bißchen traurig (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das sind die Steirer alle miteinander!“), daß dieser Rechnungshofbericht, der heute zur Debatte steht, in eine Lade abgerutscht ist, die wir eigentlich alle miteinander nicht öffnen wollten. Und

wenn uns hier, meine Damen und Herren, alle jene zuhören würden, die entweder heute in Mürzzuschlag auf der Straße stehen und gegen die Schließung diverser Finalbetriebe oder in anderen Bereichen protestieren, wo große Schwierigkeiten bestehen, die müßten sagen: Eigentlich werden hier wirklich nur große Worte gesprochen, getan wird wenig! Meine Damen und Herren, ich habe das Gefühl, daß der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber und der Herr Abgeordnete Mag. Rader ein bißchen unter ihr Niveau bei ihren Wortmeldungen abgerutscht sind. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das war die Wahrheit, und die Wahrheit hört man nicht gern!“) Denn, glauben Sie mir, allein mit den großen Reden, allein nur mit der Frage, diverse Probleme in den Mittelpunkt zu stellen, werden wir all diese Probleme nicht lösen können. Ich freue mich nur über das Schlußwort des Herrn Abgeordneten Mag. Rader, der gemeint hat, gemeinsam müßten wir versuchen, diese Probleme zu lösen, denn anders geht es nicht. Der letzte, der es noch nicht begriffen hat, sollte sich in ein stilles Winkel setzen und darüber nachdenken. Denn wenn er es nicht begreift, dann tut es mir leid. Aber die Dramatik, die so mancher heute hier in seiner Wortmeldung aufgezeigt hat, ist ja wirklich vorhanden. Wissen Sie, wenn Manager keinen anderen Ausweg mehr wissen, als zuzusperren und zu kündigen, dann scheint es mir wirklich ein bißchen arg bestellt zu sein bei den Firmen und Industriebetrieben. Das Desaster zu lösen wird wahrscheinlich nur dann möglich sein, wenn wir alle gemeinsames Wollen mit vollständigem Einsatz und großem Können an den Tag legen. Manchmal zweifelt man an diesem Können ja wirklich. Wissen Sie, wenn Sie, Herr Abgeordneter Mag. Rader, hier Ihren Parteiobmann Dr. Haider angeführt haben, so wird er, glaube ich, auch nicht die Probleme lösen, wenn er nur Ankündigungs- und Beschimpfungspolitik betreibt. Denn so kann man Verantwortung in Österreich und in diesem Land nicht tragen! Da zeigen andere zu dieser Zeit, die um 32 oder 43 Milliarden Schilling raufen, kämpfen und miteinander reden, ob es einen gemeinsamen Weg gibt, mehr Verantwortung als Sie.

Weil Sie, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Korber, Kindberg angeschnitten haben: Warum diese Nahtlosrohre und warum die Ölfeldrohre? Zum damaligen Zeitpunkt hat man eine einzige Möglichkeit gesehen, mit einer totalen Umstrukturierung wieder Beschäftigung an diesen Ort zu bringen. Wir waren alle nicht sehr glücklich darüber, daß es dann nur mehr ein Produkt gibt. Aber leider ist von den vielen, die damals Rohre haben wollten, auf Grund des Erdölshocks und der Probleme, die damit verbunden waren, nur mehr die UdSSR übriggeblieben, von wo die Aufträge nur mehr vierteljährlich kommen. Glauben Sie mir, die Menschen, die hier arbeiten, sind genug gestraft, daß sie jedes Vierteljahr um den neuen Auftrag zittern müssen, und die Verunsicherung greift hier Platz. Aber Fernwärmerohre, darf ich hier sagen, wurden im Mürztal hergestellt, denn die VEW Mürzzuschlag haben hier einen großen Versuch gestartet mit diesen Fernwärmerohren und dies auch fertiggebracht, nur sind sie dann aus den steirischen Standorten an andere überstellt worden, so wie man heute versucht, viele Dinge der Finalindustrie, beispielsweise Medizintechnik und Rohrzubehör, woanders hinzubringen. Es ist halt so, daß der eine Gehirnschmalz einbringt und die

dortigen Menschen verantwortungsbewußt ihre Arbeit tun, und wenn es fertig ist, dann kommt es woanders hin. Das scheint das steirische Schicksal zu sein.

Herr Präsident Ing. Stoisser, ich glaube, hier hat ein Mißverständnis bestanden in der Frage der Förderung der Firmen, der Groß- und Kleinbetriebe. Ich bin der Meinung, daß sich jeder eine Förderung verdient, der anständige und ordentliche Arbeit leistet, und beide Interessensvertretungen, ob die der Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, sind immer dafür eingetreten. Das sollten wir auch zukünftig tun. Wir sollten vielleicht nur manches ein bißchen besser überlegen. Aber ich gebe Ihnen recht, dort, wo gehobelt wird, fallen Späne. Eines hat mich heute ein wenig traurig gestimmt, die „Kurier“-Meldung auf der ersten Seite, daß unser Landeshauptmann meint, wir brauchen keine Milliarden, aber wir brauchen Arbeitsplätze. (Abg. Kanduth: „Das eine schließt das andere nicht aus!“) Wissen Sie, ich glaube, auch die Arbeitsplätze können nur mit Milliarden gehalten werden, und diese werden wir gemeinsam aufbringen müssen, alle Steuerzahler in diesem Lande, damit der Besitzer, nämlich der Vater Staat, für seine Industrie auch etwas tun kann. Danke schön und Glück auf! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Dorfer: Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich habe den Eindruck, daß die Debatte im Zusammenhang mit einem Rechnungshofbericht über die steirische Wirtschaftsförderung in eine Richtung gelaufen ist, die nicht erfreulich und auch nicht sehr sachlich ist, und gerade mein Vorredner hat durchaus schon in meinem Sinne darauf hingewiesen.

Ich möchte feststellen, daß der Umstand – und das ist wohl unbestritten –, daß die steirische Wirtschaft mehr als andere Landeswirtschaften in großen Schwierigkeiten ist, wohl zwei Grundursachen hat. Zum einen ist es unsere wirtschaftsgeographische Randlage, die durch politische Umstände entstanden ist, wir liegen heute immer noch für unsere Haupthandelspartner, die im Nordwesten gelegen sind, hinter dem Berg, Sie brauchen nur wie ich vergangenes Wochenende zur Welser Messe zu fahren, dann wissen Sie eigentlich alles. Wir haben immer noch keinen durchgehenden Autobahnanschluß mit einer leistungsfähigen Autobahn, der die Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist, das ursprünglich in Richtung Südosten mit seinen Absatzmärkten geschaut hat. Durch die politischen Umstände sind eben hier Grenzen entstanden, die wirtschaftlich nach wie vor mehr oder weniger uninteressant sind, obwohl sie sich langsam zu öffnen beginnen, aber im Warenverkehr sind das immer noch Kleinigkeiten, die über südliche und östliche Grenzen aus der steirischen Volkswirtschaft hin und her gehen. Während andere Bundesländer seit Jahrzehnten Autobahnen haben, voll angeschlossen sind, insbesondere an die EWG, liegen wir hinter dem Berg. Es ist ein zweiter Umstand, der einen wesentlichen Beitrag für das Hintenbleiben der steirischen Wirtschaft ergeben hat, nämlich der Umstand, daß, auch historisch gewachsen, ein beachtlicher Teil der verstaatlichten Industrie in der Steiermark gelegen ist

und leider gerade jener Hauptteil der verstaatlichten Industrie Eisen und Stahl, der zugegebenermaßen weltweit in größte Schwierigkeiten gekommen ist und der zudem noch, auch historisch bedingt, auch eine verstaatlichte Wirtschaft geworden ist, wobei wir keinerlei Unterschied machen zwischen privaten und verstaatlichten Betrieben. Auch das hat einer meiner Vorredner gesagt, und dazu bekenne ich mich immer wieder. Es ist aber einfach Faktum, daß der Staat der ungeeignetste Unternehmer ist, und es ist das einfachste polemische Mittel, heute zu sagen: nur die Manager sind schuld und nur die Herren Apfalter und ähnliche mehr. Sicher auch, das will ich gar nicht bestreiten, aber immer dann, wenn diese Herren in den Vorstandsetagen etwas ändern wollten, durften sie nicht. Das Booz-Allen-Gutachten war Anfang der siebziger Jahre schon hinlänglich bekannt. Einige Vorstandsdirektoren haben versucht, es damals in die Tat umzusetzen, aber einmal hat es der Druck von unten seitens der Betriebsräte unmöglich gemacht, der Herr Landesrat Gruber könnte hier ein Lied singen und war einer der Hauptbeteiligten, der mitgeholfen hat, eine Umstrukturierung damals schon, zur besten Zeit hierfür, in der Hochkonjunktur zu verhindern, und einmal wurde es wieder von oben her unmöglich gemacht, wenn der Eigentumsvertreter Dr. Bruno Kreisky mit seinen Handlangern gesagt hat: kommt doch überhaupt nicht in Frage. Es freut mich, wenn ich heute höre, daß kein Unterschied zwischen verstaatlichter und privater Wirtschaft sein soll. Wir haben von Kreisky, Dallinger und anderen sozialistischen Größen jahrelang das Gegenteil gehört, daß die Funktion der verstaatlichten Industrie nicht darin besteht, betriebswirtschaftlich gut dazustehen, und, und, und, ... Gewinn war überhaupt etwas Schlechtes vor 100 Jahren. Wenn wir ihn heute nur noch hätten! Die Umstrukturierung in Zeiten, als es schon notwendig war, in Zeiten der Hochkonjunktur, etwa zwischen 1970 und 1974, wäre relativ leicht noch möglich gewesen, weil wir damals über 200.000 Fremdarbeiter in unserem Land hatten, die Ersatzarbeitsplätze wären damals zumindest viel leichter zu finden gewesen wie heute, aber es war undenkbar, dies zu tun. Man hat auch nicht mit der Umstrukturierung begonnen, als viele Jahre lang die verstaatlichten Betriebe schon beachtliche rote Bilanzen geschrieben haben. Auch da war es immer noch, etwa zwischen 1975 und 1983, undenkbar, daß hier eine wesentliche Umstrukturierung trotz der Defizite in Angriff genommen wird. Umstrukturiert soll jetzt werden, weil man einfach nicht mehr in der Lage ist. Notwendig ist es lange schon, diese Defizite zu bezahlen, und weil man letztlich über alle Parteigrenzen hinweg erkennt, daß niemand in der Lage ist, diese Löcher zu stopfen, und der vielbeschimpfte Peppi Taus, der immer schon gesagt hat, es werden 50 und noch mehr Milliarden sein, die wir brauchen, um diese Zustände zu sanieren, hat leider voll recht bekommen; daß dies insbesondere der steirischen Wirtschaft auf den Kopf fällt, liegt auf der Hand und brauche ich hier nicht weiter zu begründen. (Abg. Spöner: „Herr Kollege, eine Frage: Zum einen muß ich feststellen, daß vieles nicht stimmt, was du gesagt hast, und zum anderen: Kennst du die Konzepte und Programme, die derzeit die Verstaatlichte betreffen?“)

Lieber Kollege Spöner, Wirtschaftspolitik ist keine exakte Wissenschaft, bei der man behaupten könnte,

zwei mal drei ist sechs, wie in der Mathematik, und alles andere ist falsch, sondern Wirtschaftspolitik ist eben keine exakte Wissenschaft, wo Ansichten gegen Ansichten stehen und man leider sehr oft danach erst draufkommt, was richtig oder falsch gewesen ist. Für mich ist unter dem Strich völlig unbestritten, daß das, was in den letzten 15 Jahren geschehen oder nicht geschehen ist, einfach falsch war. Ich glaube, in diesem Punkt sind wir uns einig. Die Lösungsmodelle zu wissen, die dann die richtigen sind, bitte, so gescheit bin ich beileibe nicht und sicher niemand von uns, sondern man kann sich nur herantasten und versuchen, das Beste daraus zu machen. Ich möchte es außerdem wirklich nur der politischen jugendlichen Sprunghaftigkeit des Engelbert Weilharter zuschreiben, daß er die steirische Wirtschaftsförderung schlechthin als die Schuldige an den steirischen wirtschaftlichen Zuständen hinstellt, davon kann also wahrlich keine Rede sein.

Wir haben jetzt eine Regierung auf Bundesebene auf breiter Basis. Und sowohl, was den notwendigen Pyhrnautobahnausbau betrifft, wie auch, was die Sanierung der Verstaatlichten betrifft, ist diese Regierung aufgerufen, zu entscheiden. Ich kann nur als Beobachter der letzten Monate feststellen, daß ein Wirtschaftsminister Graf mit dem Sparkurs, der einfach notwendig ist und der auch schriftlich niedergelegt ist im Regierungsübereinkommen, ernst macht und daher etwa schon mit 1. April dieses Jahres die mittelständische Wirtschaftsförderung auf Bundesebene generell um ein Drittel gekürzt hat. Auf der anderen Seite müssen die gleichen mittelständischen Betriebe mit ansehen, wie von 32 auf 42 Milliarden Schilling seitens der ÖIAG notwendiger Finanzbedarf hinaufzitiert wird. Aus dem Fernsehen müssen wir sehen und hören, daß das die Untergrenze sein wird. Insgesamt ist das ein Beitrag zu weniger Glaubwürdigkeit in der Politik. Und es ist, lieber Kollege Mag. Rader, einfach zu einfach und entspricht der Grundmentalität Ihres Bundesparteiobermannes, den Sie persönlich ja nicht haben wollten, wenn man polemisiert und meint, Volkspartei und Sozialisten schieben sich jetzt die Verantwortung gegenseitig zu. Das ist nicht das Desaster, sondern das größte Desaster ist in den vergangenen Jahren entstanden, daß man an die Lösung dieser Probleme überhaupt nicht herangegangen ist. Und die vielgepriesene und angekündigte Job-Creation, die übrigens der Minister Steger persönlich hätte durchführen können im eigenen Machtbereich, hat zu nichts geführt und meines Wissens zumindest keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen. Seine Haupttätigkeit hat darin bestanden, möglichst viele Freiheitliche, und wenn sie auch keinerlei Verdienste um die Wirtschaft dieses Landes haben, zu Kommerzialräten zu machen. Ich könnte hier eine Unzahl von Namen aufzählen, was man natürlich nicht tut, und seine Haupttätigkeit war, herumzufahren, um Hunderten von Betrieben das Staatswappen persönlich zu verleihen und um sich dort feiern zu lassen. Und wenn Sie meinen, wie schlimm das Bewertungsgesetz ist, das in einem Entwurf jetzt vorliegt, ja, lieber Kollege Rader, ich kann nur feststellen, daß auch in der Zeit eines Finanzstaatssekretärs Holger Bauer dieser Entwurf um vieles ärger war und dieser Entwurf damals vorgelegen hat mit Erhöhungen der Bewertungen bis zu 600 Prozent.

Wir haben jetzt in der großen Koalition eine vorsichtige, geringfügige Erhöhung der Einheitswerte angekündigt. Das ist angekündigt und wird daher gemacht. Man kann darüber streiten, ob es 60 oder weniger Prozent sein sollen. Aber insgesamt ist das doch ein Beitrag zu einer ehrlichen Politik und nicht zu einer Schmähführierei, wie sie gerade in den vergangenen Jahren insbesondere von der Freiheitlichen Partei gemacht wurde.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Sachliche Lösungen im wirtschaftlichen Bereich sind notwendig. Sie werden immer unpopulär sein, was anderes können wir uns nicht erwarten, aber sachliche Lösungen nur können es sein, die diese Probleme wenigstens einigermaßen erträglich für die Betroffenen lösen. Ich glaube, die Zeit dazu ist reif. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich spreche nicht zur Wirtschaftspolitik, sondern zu einem Thema, das heute auch angeschnitten worden ist, und zwar hat der Rechnungshof auch geprüft die Transportbeschaukasse, die Fleischbeschaukasse, und es hat der Kollege Weilharter in einem Punkt die Kritik noch verstärkt, und dazu möchte ich ganz kurz aufklärend etwas sagen.

Es ist richtig, daß mein Amtsvorgänger seinerzeit zugestimmt hat, daß aus Mitteln der Fleischbeschaukasse Forschungsvorhaben finanziert werden. Die Fachabteilung für das Veterinärwesen hat mit gutem Grund diesen Vorschlag gemacht, nämlich aus der Überlegung, daß sich die Viehbeschaukasse abstützt auf das Fleischuntersuchungsgesetz 1982, und dort heißt es in der Verordnung, Paragraph 47, wo die Gebühren geregelt werden, daß mit diesen Gebühren auch sonstige Untersuchungskosten, wie bakteriologische, chemische, physikalische, serologische und sonstige Untersuchungen, finanziert werden sollen. Die Forschungsvorhaben haben sich auf zwei wesentliche Kriterien bezogen, einmal auf die Verbesserung der Fleischqualität, das ist ein direkter Bezug zur Fleischuntersuchung, und zweitens auf Projekte zur Verbesserung der Tiergesundheit. Es waren also durch die Bank bakteriologische, chemische und serologische Untersuchungen, unter anderem auch den Ihnen sicherlich sehr bekannten und sehr wichtigen Halotantest umfassend, der ja für die Frage der Schweinefleischqualität von großer Bedeutung ist. Wir haben das Glück, in der Steiermark über Zwei-Rassekreuzungen sehr hohe Qualitäten zu erzeugen, und dazu ist vor allem auch der Halotantest notwendig gewesen. Zu den Forschungsvorhaben, weil Sie gesagt haben, das sind irgendwelche Forschungsvorhaben, die dann irgendwo verstauben, darf ich Ihnen folgenden sagen:

Die Forschungsvorhaben wurden durchgeführt, und zwar im Zusammenhang mit dem Rindergesundheitsdienst. Das ist auch eine typisch steirische Einrichtung, die der Tierzuchtförderung sehr dient. Sie haben begonnen im Jahre 1983 und haben 70 landwirtschaftliche Betriebe erfaßt. Untersucht wurden dort das Blut,

der Nährstoffgehalt der Fütterung, Stallklima und sonstige für die Qualität des Fleisches notwendige Grundlagen. 1985 wurden dann auch noch die Fruchtbarkeitsfaktoren mit in die Untersuchung einbezogen. 1986 sind die ersten Teilergebnisse vorgelegen und sind dann mit den Tierärzten und den Bauern besprochen worden. Ich darf Ihnen sagen, daß wir diese Auswertungen nunmehr biometrisch durchführen, das heißt also mit modernen Methoden der EDV. Wenn diese Ergebnisse vorliegen, sind sie selbstverständlich nicht nur den Praktikern zugänglich, sondern auch den Damen und Herren des Landtages. Und ich stelle Ihnen dann gerne die notwendigen Exemplare zur Verfügung.

Abschließend darf ich sagen, hier ist einfach eine unterschiedliche Auffassung der Landesregierung gegenüber dem Rechnungshof. Ich sage Ihnen, natürlich werden diese Untersuchungen jetzt eingestellt werden, zum Nachteil der Bauern. Es ist traurig, daß durch solche engstirnigen Auffassungen des Rechnungshofes eigentlich Vorhaben nicht mehr finanziert werden können, Forschungsvorhaben, die nicht nur den Bauern, sondern auch den Konsumenten dienen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Klasnic: Nächster Redner ist der Herr Landesrat Dr. Heidinger.

Landesrat Dr. Heidinger: Frau Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Es war zu erwarten, daß der Rechnungshofbericht über die Wirtschaftsförderung zu einer allgemeinen Diskussion über die Wirtschaftsfragen führt, die nun einmal neben den sicher heute noch ausführlich abzuhandelnden Umweltfragen zu den Existenzfragen des Landes und der Bevölkerung schlechthin gehören. Ich möchte an der Spitze durchaus ein Bekenntnis zur Kritik und ein Bekenntnis zur Annahme der Kritik ablegen, schon deswegen, weil die Wirtschaft etwas ist, das sich ständig verändert, und nichts ist so sicher wie der Wandel in der Wirtschaft, und damit müssen wir auch ständig unsere Meinung den Fakten anpassen. Ich darf, und ich bitte, das nicht arrogant aufzufassen, feststellen, daß ich persönlich, aber auch unsere Fraktion es hier wesentlich leichter haben als andere Mitglieder dieses Hohen Hauses, die in den letzten Jahren einen sehr starken Wandel in ihren Auffassungen, wie das auch in den Wortmeldungen zum Ausdruck kommt, sozusagen „verkräften“ mußten. Daher habe ich auch bei den Wortmeldungen etwa der sozialistischen Redner ganz verschiedene Töne gehört, aber ich darf auf die einzelnen Wortmeldungen noch zurückkommen. Aus heutiger Sicht, und da befinde ich mich in guter Gesellschaft mit einem Gutachten, das nicht von uns in Auftrag gegeben wurde, vom Institut für Höhere Studien, das ich rundweg unterschreiben könnte und das auch der angestrebte Weg in der Wirtschaftsförderung in der nächsten Zeit sein wird, und der Herr Präsident Ing. Stoisser hat die gleichen Schwerpunkte genannt. Es geht darum, wissenschaftliche Erkenntnisse rascher in wirtschaftliche Praxis umzusetzen. Stichwort: Technologietransfer. Es geht um die Beratung, die erfreulicherweise seit Jahrzehnten betrieben wird, aber deren Breite noch verstärkt werden muß und deren Schwerpunkte heute beson-

ders auf Unternehmensführung, Marketing und ähnliches, wo alle Kritiker und Berater Schwächen orten, abgestellt werden muß.

Die Wirtschaftsförderung, das war aus den Wortmeldungen deutlich, ist natürlich auch von der ideologischen Standortbestimmung mitgeprägt, und wir wissen, daß es von der totalen Planwirtschaft, von der auch heute kommunistische Staaten abkommen, bis zur totalen Herrschaft des Marktes und des „laissez faire, laissez passé“, alle Varianten gibt. Die Realität für Österreich ist, daß wir eine gemischte Wirtschaft haben und daher die Prioritäten je nach Standort auch verschieden zu sehen sind. Wenn, ich glaube, es war der Herr Abgeordnete Gennaro, die Drei-Töpfe-Theorie, die der Herr Präsident Ileschitz einmal hier in den Debatten aufgeworfen hat und der wir, Herr Abgeordneter, sehr gerne gefolgt sind, weil wir grundsätzlich gescheite Überlegungen gerne annehmen, so ist die Wirklichkeit eben, daß es strukturpolitische Gesichtspunkte, regionalpolitische und betriebswirtschaftliche gibt, und das hat Herr Professor Tichy im Kontroll-Ausschuß sehr deutlich gemacht, und das ist auch die Kritik, die an der Kritik des Rechnungshofes anzubringen ist. Daher möchte ich doch wieder die Kernsätze aus dem schriftlich vorliegenden Gutachten des Professors Tichy zum Bericht des Rechnungshofes zitieren: „Aus wissenschaftlicher Sicht ist das Vorgehen des Rechnungshofes unhaltbar und grob irreführend. Einwände müssen auf mindestens vier Ebenen erhoben werden:

erstens, die Vermengung von volkswirtschaftlichen, regionalpolitischen und betriebswirtschaftlichen Fragestellungen;

zweitens, die Frage der Kausalität und der Theorie der Effizienzprüfung;

drittens, die Berechnung der Kennzahlen und

viertens, die Interpretation des Kennzahlenvergleiches.“

Bei der Beurteilung der Landesförderung hat Tichy gemeint: „Es besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Landesförderung, der Förderungsintensität von Gebieten und dem Beschäftigtenzuwachs einerseits sowie zwischen Förderung und Nettoquote ökonomischer Effizienz andererseits. Je intensiver das Land eine Region gefördert hat, desto besser entwickelte sich die Beschäftigung und desto besser die ökonomische Effizienz.“

Zum Rechnungshof hat er eine sehr herbe Kritik angebracht, die ich auch zitieren darf: „Der Rechnungshof hat nicht bloß eine falsche Methode verwendet, er hat die falsche Methode auch dann noch falsch angewendet.“ Soweit die Meinung eines praktischen Wissenschaftlers, denn Tichy ist kein Theoretiker im Elfenbeinturm der Wissenschaft, und diese Diskussion hat ja den Kontroll-Ausschuß beherrscht. Wenn die Frau Vorsitzende und Abgeordnete Kammlander meinte, daß der Rechnungshof dabei sozusagen gut herausgestiegen wäre, ich bin Partei, das gebe ich gerne zu, aber andere Mitglieder des Hohen Hauses haben eine andere Meinung gehabt. Aber sei es, wie es sei, wir werden dort, wo der Rechnungshof Kritik angebracht hat, auch sehr darüber nachdenken. Aber Kritik um der Kritik willen und um eine Meinung durchzusetzen, die ein einzelnes Prüfungsmitglied des

Rechnungshofes hat, der im übrigen kein Prüfungsmitglied mehr ist, sondern in die Grundsatzabteilung des Rechnungshofes transferiert wurde, da wird man sich dagegen wehren dürfen.

Für uns ist die Zielsetzung der Wirtschaftsförderung im Landesentwicklungsprogramm 1977 vorgelegen mit den allgemeinen Fakten, die Sie dort nachlesen können. Ich erspare es Ihnen, zu zitieren. Im 14. Stück des Landesgesetzblattes 1977, vor allem für die jüngeren Damen und Herren des Hauses ist es sicher zweckmäßig, kann das Landesentwicklungsprogramm samt Beilagen studiert werden. Daraus geht sehr klar hervor, daß das Ziel ist, möglichst gleichmäßige Bedingungen im Land für die Menschen zu schaffen, was Arbeit und, und, und betrifft. Daher hat sich die Wirtschaftsförderung, ich möchte sagen, gewandelt. Sie hat zunächst die peripheren Gebiete des Landes besonders berücksichtigt und den Wandel von der Landwirtschaft zur gewerblichen Wirtschaft – denken Sie an die dramatische Änderung der Agrarquote – mitgeholfen zu bewältigen ohne soziale Erschütterungen und ohne Entleerung der peripheren Gebiete, eine ganz hervorragende Leistung, und ist jetzt verlagert in die alten Industriegebiete. Das zur „Gießkanne“, die Sie wieder erwähnt haben, Frau Abgeordnete Kammlander. Denn die Abgrenzung ist nach durchaus raumordnungspolitischen Faktoren von der Raumordnungskonferenz vorgenommen worden, und es ist ein Zeichen für die Probleme der Steiermark, daß mit Ausnahme des Zentralraumes Graz im weitesten Sinn und mit dem oberen Ennstal alle steirischen Gebiete im Sonderförderungsgebiet sind. Es wird wohl dem Land nicht nur gestattet sein, sondern es wird die Pflicht des Landes sein, alle Bereiche wahrzunehmen. Wir haben uns aber bemüht, nach den Grundsätzen der dezentralen Konzentration wieder Industriezonen in den Kernräumen der Bezirke zu schaffen. Ob das nun der Raum Feldbach-Fehring, ob das der Raum von Wildon herunter längs der Autobahn und der Südbahn bis in den Raum Straß, ob das der Raum Deutschlandsberg – Groß Sankt Florian beispielsweise ist. Ich glaube, wir haben hier Erfolge erzielt. Ich möchte wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht noch einmal die Zahlen zitieren, die ich im Kontroll-Ausschuß gebracht habe, aber wenn der Herr Abgeordnete Gennaro meint, daß das alles nichts ist, dann muß ich ihn doch daran erinnern, daß er gerade als außengelenkter Betriebsrat, wenn Sie mir das gestatten, bei Phillips in Lebring tätig war und das einer der angesiedelten Betriebe ist, der weit über die seinerzeit verpflichtende Zahl hinauswuchs. Und zwar sind für Phillips in Lebring insgesamt 950 Arbeitsplätze bei den zwei Förderungsschüben vereinbart. Es sind derzeit über 1100! Ich glaube, an diesem einen Beispiel sieht man schon, daß nicht alles so schlecht sein kann, wie Sie vermeinen. Damit komme ich schon zu Ihrer Drei-Töpfe-Theorie, Herr Abgeordneter. Es ist immerhin der innovative Teil von 1983 bis 1985 – die Zahlen 1986 stehen noch nicht ganz exakt fest, weil wir da leider noch keine EDV haben wie andere Bereiche der Landesverwaltung, da ist die Wirtschaftsförderung schlechter bedient worden, aber es ist auch komplizierter – von 18,8 auf 27,4 Prozent gestiegen. Für Sanierungen ist Gott sei Dank der Prozentsatz von 44 Prozent, er ist mir viel zu hoch, aber leider, die Fakten verlangen es, auf 38 Prozent gesunken und bei regionalpolitisch motivierten Förderungen von 37 auf

34,5 Prozent gesunken, also in etwa stabil geblieben. Ich stimme mit Ihnen überein, daß die Verbindung von Theorie und Praxis möglichst angestrebt werden muß, und ich darf Ihnen sagen, daß ich mich persönlich darum bemühe. Ich habe viel zu tun, aber ich bemühe mich, die grundlegenden theoretischen und praktischen Untersuchungsberichte selbst zu lesen, mir selbst ein Urteil zu bilden, mit meiner jahrzehntelangen praktischen Erfahrung im Wirtschaftsleben in verschiedenen Bereichen zu vergleichen und vor allem auch zukunftssträchtige Dinge zeitgerecht zu erkennen und dann es noch sparsam zu machen.

Denn es ist keine Kunst, Hunderte Millionen Schilling einzusetzen und dann irgendeine Weisheit zu verzapfen. Ich will jetzt nicht in die Wissenschaft und Forschung ausweichen, wo auch die Relationen zwischen steirischen Einrichtungen und Einrichtungen, die der Bund fördert, in der Effizienz und im Input, sprich, was der Steuerzahler hineinlegt, keine sehr positive Relation für Wien und Wien-Umgebung ist. Und so ähnlich ist es auch mit Technologieparks und ähnlichem, wo immer nur von zig Millionen Schilling geredet wird. Wir haben in Graz gemeinsam mit der Handelskammer mit einem Einsatz von tutti quanti nicht einmal 15 Millionen Schilling etwas ganz Hervorragendes gemacht. Es wurde darüber gesprochen.

Wenn Sie vermeint haben, die Pleiten, dann haben Sie offensichtlich nicht gewußt, daß ich persönlich damals noch in meiner Bankeigenschaft die ärgsten Bedenken gegen Pesch angemeldet habe und daß der Herr Präsident Ileschitz, der ein guter Freund von mir ist und den ich sehr schätze, aus Sorge um die Arbeitnehmer sozusagen diese Förderung erzwungen hat, wenn Sie wollen, und daß die Landesleistung nicht auf Grund von Anträgen der Wirtschaftsförderung, sondern von Anträgen der Rechtsabteilung 10 im Haftungsbereich erfolgt ist. Erst die Folgewirkungen haben dann wir übernommen, und dann hat es eine – und ich bin da immer noch etwas emotioniert – für mich schwer verständliche Debatte gegeben, wo wir geprügelt worden sind für Dinge, die eigentlich Sie in Ihrer eigenen Fraktion hätten ausmachen können. Das nur am Rande. (Abg. Rainer: „Herr Kollege, es war primär der Herr Eisenberger, sagen wir das ganz trocken, und weder die Rechtsabteilung 10 noch die Wirtschaftsförderung!“) Bitte, das klingt schon anders, Herr Kollege, als es seinerzeit klang.

Die Seite 28 des Rechnungshofberichtes ist Ihnen auch entgangen. Für die Kennzahlen, für die schlechten, und ich habe mich im Ausschuß bemüht, das zu erklären, ist leider die Arbeitsplatzzurücknahme, wenn ich das neutral und vornehm umschreibe, in der verstaatlichten Industrie verantwortlich. Von 1978 bis 1984, das ist in der Öffentlichkeit weitgehend untergegangen, haben die Arbeitsplätze um 21,5 Prozent dort bereits abgenommen, während die nichtverstaatlichte Industrie nur 3,5 Prozent Arbeitsplätze verloren hat. Auch da brauchen wir uns nicht allzu sehr zu alterieren, wenn man auf der linken Seite des Hauses sitzt.

Herr Abgeordneter Weilharter, zu dem Brief habe ich Ihnen die Erklärung im Kontroll-Ausschuß gegeben, ich weiß nicht, warum Sie ihn hier noch einmal angezogen haben. Es ist leider so, und das ist das Dilemma der Wirtschaftsförderung, ich komme noch darauf zurück, daß wir Beiräte haben und daß wir das

sehr ernst nehmen und daß wir diesen Beiräten detaillierte Unterlagen zur Verfügung stellen. Es sind auch Herren Ihrer Fraktion in diesem Beirat, und es werden auch Herren, wie gemeldet, von der grünen Fraktion teilnehmen. Aber nicht Ihr Vertreter, soweit ich das orten konnte, aber manche nehmen die Vertraulichkeit in Wirtschaftsfragen nicht genau. Da sind wir vor dem Dilemma. Sollen wir den Beirat, der gesetzlich vorgesehen ist und den ich persönlich für absolut wichtig halte, dumm sterben lassen, oder geben wir ihm alle Unterlagen und riskieren es, daß jemand irgendwo etwas liegenläßt? Es sollen ja auch Diplomaten im Krieg Koffer liegen haben lassen, damit man sich dann in der Untergrundbahn der Dinge bedienen kann. Das werden wir nie ausschalten können.

Frau Abgeordnete Kammlander, ich weiß, daß OKI natürlich für Sie irgendwie ein Fanal ist. Sie sehen es als positives Fanal; wenn ich Ihnen das lasse, dann verstehe ich nicht, warum Sie uns andererseits dafür prügeln, es ist nichts passiert.

Und nun zum Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber. Das niedrige Durchschnittseinkommen habe ich im Ausschuß ausführlich begründet. Es ist auch ein statistischer Fehlschluß, die Fakten sind andere, und die Schwierigkeiten bei der Ansiedlung in der Obersteiermark sind neben vielen, vielen anderen Gründen auch das hohe Lohnniveau dieses Gebietes. Wie sich dann das mit dem Durchschnittseinkommen, das da publiziert wird, verträgt? Da könnte ich Ihnen einen langen Exkurs halten! Aber ich will das nicht dem Hohen Haus zumuten.

Arbeitslosigkeit ist für uns alle das größte Sorgenproblem. Auch hier gäbe es vieles zu sagen. Sie dürfen mir glauben, daß ich persönlich noch die Zeit der dreißiger Jahre in Erinnerung habe und genau weiß, welche gesellschaftlichen Sprengsätze da drinnen liegen. Aber wir haben eben allesamt viel zu sehr den Eindruck erweckt – und das ist, wenn Sie wollen, die historische Schuld der Politik der letzten Jahre –, daß alles machbar ist und daß alles lenkbar ist. Gleichzeitig haben wir den Eindruck erweckt, daß jeder tun und lassen kann, was er will. Zwischen diesen zwei Extremen muß man Kompromisse schließen, sonst wird es nicht gehen.

Ich habe damit die Bildungspolitik gemeint. Denn wenn jeder, der aus Interesse Psychologie studiert und glaubt, er muß einen A-Posten im Land bekommen, weil wo soll er sonst hin, dann ist das eben eine Rechnung, die nicht aufgehen kann. Auf der anderen Seite haben wir zuwenig gute Techniker. Gerade in der jüngsten Studie des Instituts für Höhere Studien ist das genau und richtig dargestellt. Da haben wir viel zu tun, und solche Fehler dauern Jahrzehnte, bis sie bereinigt und richtiggestellt sind.

Sie haben List erwähnt. Jetzt könnte ich an meine Brust klopfen und sagen, wunderbar, das ist nämlich ein Dauerkunde der Wirtschaftsförderung, falls Sie das nicht wissen sollten. Es machen nicht nur die Japaner ein Geschäft damit, aber auch Geist muß man exportieren.

Herr Abgeordneter Rainer, ich kann nur unterstreichen, was Sie gesagt haben. Daß Sie sich dabei ein bißchen im Gegensatz zu Ihren Fraktionskollegen gesetzt haben, nehme ich an, war bewußt. Ich glaube

nur eines, die Kontrollen, die Sie verlangen, das ist die Frage von Wirtschaftlichkeit einerseits und von Gängelung andererseits. Sicher ist, daß Kontrollen sein müssen, aber daß die Wirtschaftsförderung diese Kontrollen vornehmen soll, dann müßte ich einen wesentlich größeren Stab in der Abteilung haben, als wir ihn zur Verfügung haben, und ich glaube, daß eigentlich die Eigentümer und die Aufsichtsräte in den Betrieben diejenigen wären, die diese Kontrollen vorzunehmen hätten.

Herr Abgeordneter Mag. Rader, zwei Dinge. Sie tun immer so, und leider wird das in der Öffentlichkeit, das ist mein Eindruck, irgendwie auch so geglaubt. Sie waren drei Jahre lang mit Regierungspartei, und zwar in Jahren, die die Talfahrt gerade im wirtschaftlichen Bereich dramatisch beschleunigt haben, zu Zeiten, wo andere Länder einen sehr schönen Aufstieg genommen haben, zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland, Sie haben sich dabei restlos als Anhängsel der sozialistischen Politik weiter verschrieben. Ihre deutschen Kollegen haben es offensichtlich gescheiter gemacht und sind beim positiven Aufstieg, während Sie die historische Mitverantwortung für den Abstieg haben, dann die großen Schwierigkeiten hat Ihr Herr Vizekanzler mitzuverantworten. Mehr möchte ich dazu nicht sagen. Was die Job-Creation betrifft, nur zwei Worte. Ich pflege nicht die Katze im Sack zu kaufen, und es ist sehr schön, wenn man Artikel schreibt, und im übrigen kann ich Ihnen sagen, daß die Job-Creation mit 51 Prozent der Girozentrale gehört und dort liebe und gute Freunde von mir aus meiner früheren Tätigkeit sitzen. Das wird mich aber keinen Deut anders stimmen. Zuerst einmal Pläne auf den Tisch und dann, was kostet es. Das ist erschreckend, was sich die Herrschaften vorstellen. Da können wir das gleiche mit wesentlich weniger Geld fertigbringen. Aber im Moment warte ich noch immer auf eine deutsche Übersetzung einer Studie, die leider nur englisch vorgelegen ist. Meiner Meinung nach ist die Amtssprache laut Verfassung noch immer deutsch. Ich nehme an, Sie haben da ein gewisses Verständnis für nationale Gefühle. (Abg. Trampusch: „Herr Landesrat, hier wird für Dolmetscher Arbeit geschaffen, das ist auch Job-Creation!“) Das ist ein Gesichtspunkt, den habe ich wirklich nicht bedacht. Danke, Herr Abgeordneter, für die Anregung.

Aber um es gleich weiterzuspinnen: Die Frage ist, ob wir den Übersetzer zahlen oder die Job-Creation. Da bin ich dafür, daß den Übersetzer die Job-Creation zahlt, denn die will ein Geschäft machen.

Herr Abgeordneter Vollmann, alles zu unterstreichen, „Zusperrern ist keine Lösung“ ist eine Parole, die wir ausgegeben haben und die Sie dann erfreulicherweise mit übernommen haben. Ich unterstreiche auch, damit keine falschen Meinungen auftreten, daß wir volles Verständnis für das Auftreten der Mürzzuschlager Belegschaft haben, vor allem, weil auch in dem Konzept von dieser Verlagerung überhaupt nicht die Rede war. Ich habe mehrmals mit dem Vorstand geredet, und ich hoffe, daß das, was er mir erklärt hat, stimmt, daß er keinesfalls an eine Verringerung der Arbeitsplätze im Finalbereich denkt, und wenn eine Verlagerung aus betriebswirtschaftlichen Gründen, dann müssen andere Möglichkeiten nach Mürzzuschlag verlagert werden. Daß das leichter gesagt als

getan ist, weiß ich auch. Ich hoffe aber, daß dem Vorstand, dem einiges gelungen ist, Herr Abgeordneter, auch das gelingt. (Abg. Vollmann: „Ich bitte nur, entsprechend zu agieren, denn in der letzten Zeit habe ich von der ÖVP wenig gehört!“) Sie haben es hier gehört, und Sie können sich der vollen Solidarität des Landes und der Mehrheit im Land sicher sein.

Herr Dr. Dorfer hat ein wesentliches Problem angeschnitten: die Verkehrsanbindung. Ich habe heute der Zeitung entnommen, daß die SPÖ-Fraktion einen Antrag bezüglich der Studien „Neue Bahn“ einbringt. Ich würde mich nur freuen, wenn solche Studien einem auch zur Verfügung gestellt würden. Ich habe dem Verkehrsminister schon vor Monaten geschrieben, ich lese zwar über diese Studie in der Zeitung der Eisenbahnergewerkschaft, aber dem Land Steiermark wird diese Studie nicht zur Verfügung gestellt. Sie haben sie offensichtlich gehabt. (Abg. Rainer: „Herr Kollege, da geht es Ihnen beim Bund so, wie es uns beim Land geht!“) Herr Kollege, so ist das nicht! Jedenfalls ist zu unterstreichen, das ist in den paraphierten, aber leider zum Stillstand gekommenen 15a-Verhandlungen sehr klar zum Ausdruck gebracht worden, und es hätte schon viel geschehen können auf der Schoberpaßstrecke. Wenn man für den Umbau von St. Michael ganze 17 Millionen Schilling einsetzt, dann werden wir, fürchte ich, gemeinsam sehr lange warten müssen, bis die Milliarden Schilling verbaut sind, die das benötigt. Ich habe damit die wichtigsten Punkte der Wortmeldungen der Damen und Herren Abgeordneten beantwortet.

Ich möchte zum Schluß folgendes in Erinnerung rufen: Wir haben die Wirtschaftsförderungsgesetze, die sehr klar die Möglichkeiten der Förderung und die Grenzen der Förderung aufzeigen, und wir haben uns an diese Gesetze auch gehalten. Wir haben im Wirtschaftsförderungsbeirat, einem Organ, in dem im Regelfall die Förderungen, auch die, die dann im Hohen Haus von der oder jener Fraktion kritisiert werden, gemeinsam beschlossen. Wir stehen leider oder Gott sei Dank immer vor dem Dilemma, daß wir manchmal recht genau fürchten, sage ich, daß es schiefeht und wir trotzdem aus regionalpolitischen Gründen wegen einer „weichen Landung“, wegen der Erhaltung von wenigstens 200 Arbeitsplätzen, statt 400 vorher, wenn ich etwa an Niklasdorf denke, Fördermittel beschließen müssen. Es ist dann erfreulich, wenn diese 200 Arbeitsplätze, wie das in Niklasdorf scheint, dank unternehmerischer Leistung und Leistung der Arbeitnehmer wenigstens einigermaßen sicher sind. Aber manchmal gehen solche Dinge daneben. Das tun wir im vollen Bewußtsein des Risikos, und was in Zukunft geht und nicht geht, bestimmen allemal noch der Markt und die unternehmerische Entscheidung, und auch da kann man zwar Projekte nachvollziehen, kann der Meinung sein, sie sind gut oder schlecht, ob es in der Wirklichkeit dann so ist, das zeigt sich eben später.

Ich hätte es mir sehr leicht machen können, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus, zu sagen, der Rechnungshofbericht geht mich eigentlich nichts an, weil ich im Jahre 1983 meine Funktion übernommen habe und es die Jahre vorher betrifft. Ich bekenne mich aber zu all dem, was in den 20 Jahren,

seit ich in diesem Hohen Haus tätig sein durfte, passiert ist und seit 1967 in der Wirtschaftsförderung. Aber auch da gilt natürlich, daß sich manches geändert hat. Wir werden in der Zukunft auch weiterhin um gemeinsame Lösungen ringen müssen. Eines ist im Kontroll-Ausschuß sehr deutlich gesagt worden und hier noch nicht, und daher sage ich es: Das Land hat eine viel zu kleine Kapazität, um die gewaltigen Probleme insbesondere in der Obersteiermark zu lösen. Wir brauchen hier die Solidarität des Bundes, und die ist verbal wunderbar vorhanden. Ich habe aber für zwei Dinge nur bedingtes Verständnis, und ich möchte das dem Hohen Haus auch sagen. Wenn wir Verhandlungen führen, die zuerst aus politisch verständlichen Gründen, Wahlkampf und so weiter, überhaupt nicht ernsthaft geführt werden und dann endlich in Gang kommen und dann aber über Medien geführt werden, wobei die Informationen, die dann auch Sie bekommen, nicht dem wahren Stand der Verhandlungen entsprechen, dann ist das ein Stil, den ich nur bedauern kann. Wir haben im Interesse des Landes und des Landesbudgets, und wir sind da durchaus Schulter an Schulter, der Herr Landesfinanzreferent und ich, die Rechtsabteilung 10 und die Wirtschaftsförderung, ein Paket hingeknallt bekommen, mehr Propaganda als sachlicher Inhalt, und dann ja zu sagen, das sind keine Verhandlungen. Das sind bestenfalls Kapitulationen. Dazu gebe ich mich persönlich nicht her, das möchte ich auch sehr deutlich sagen. Der Herr Landeshauptmann führt heute gerade wieder in dieser Richtung Verhandlungen. Ich glaube zu wissen, wenn ich mir das Budget des Bundes anschau, warum so verhandelt wird, weil es erschreckend ist, und ich weiß nicht, wer von den Damen und Herren des Hohen Hauses sich diese Zahlen angesehen hat. Im Bundesvoranschlag unter dem Ansatz „Förderungsmaßnahmen des Bundesministeriums für verstaatlichte Wirtschaft, regional- und strukturpolitische Maßnahmen“ hat der Erfolg 1985 354 Millionen Schilling betragen, 1986 ist er auf 174 Millionen Schilling gefallen, und im Bundesvoranschlag 1987 sind ganze 98 Millionen Schilling dafür vorgesehen. Ich hoffe, daß der Bund trotzdem Wege findet, hier wirklich zu der solidarischen Leistung zu kommen, die wir brauchen, weil wir zwar die Umstrukturierung der Verstaatlichten bejahen, und das Land hat genau dem Anteil der verstaatlichten Industrie entsprechend rund ein Drittel der Förderungsmittel in die verstaatlichte Industrie eingesetzt, was man immer wieder sagen muß, um Dolchstoßlegenden oder ähnlichem zuvorzukommen. Aber wir müssen selbstverständlich auch die Interessen der Privatwirtschaft vertreten, und wir glauben, daß die Initiativen vieler besser sind als das Warten auf die Idee eines einzelnen in irgendeinem Unternehmen. Wir sind alle aufgerufen, und da bin ich mit den Abgeordneten, die darauf hingewiesen haben, absolut einer Meinung, wir haben gemeinsam die Steiermark zu vertreten, wir haben gemeinsam die Menschen in der Steiermark zu vertreten, und wir haben gemeinsam die Wirtschaftsförderung der Steiermark zu vertreten. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Klasnic: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

3. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 132/1, Beilage Nr. 9, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Gasgesetz 1973 geändert wird.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Kanduth, dem ich das Wort erteile.

Abg. Kanduth: Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Vorlage 132/1 befaßt sich mit der Abänderung des Steiermärkischen Gasgesetzes. Es wird abgeändert im Paragraph 6 der Absatz 2, der nunmehr zu lauten hat:

„Die Errichtung oder Änderung einer Anlage zur Lagerung, Speicherung, Leitung und Verwendung brennbarer Gase bedarf der Bewilligung der Behörde, wenn insgesamt mehr als 35 Kilogramm verflüssigter Gase oder mehr als 150 Liter bis zum zulässigen Höchstdruck verdichteter Gase gelagert oder gespeichert werden.“

Namens des Raumordnungsausschusses ersuche ich um Annahme dieser Vorlage.

Präsident Klasnic: Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen nun zu den Tagesordnungspunkten 2 und 3. Da bei diesen Tagesordnungspunkten ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben ist, schlage ich im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hohen Haus vertretenen Parteien vor, diese beiden Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen. Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

4. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 141/1, betreffend eine Vereinbarung über die Festlegung von Immissionsgrenzwerten für Luftschadstoffe und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Erich Pörtl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pörtl: Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die gegenständliche Vorlage befaßt sich mit der Vereinbarung über die Festlegung von Immissionsgrenzwerten für Luftschadstoffe und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt. Über diese Thematik gab es verschiedene Auffassungen des Bundes und der Landeskompetenz, und es wurde nach einer längeren Zeit ein Kompromiß im Rahmen von Verhandlungen auf Beamtenebene erreicht. Dieser Kompromiß wurde am 1. Dezember 1986 abgeschlossen, und in weiterer Folge wurde aber auch von seiten der Ländervertreter in den Verhandlungen gefordert, daß nicht nur Grenzwerte für die Auflösung der Bundeskompetenz zu vereinbaren sind, sondern darüber hinaus auch Bund und Länder zu einem mittelfristigen Programm zur Verbesserung der Luftqualität zu ver-

pflichten sind. In diesem Sinn wurde eine Nebenabrede entworfen und gleichzeitig mit der vorliegenden Vereinbarung unterzeichnet, und diese soll mit der heutigen Beschlußfassung in Kraft treten.

Namens des Ausschusses für Umweltschutz stelle ich den Antrag um Annahme dieser Vorlage.

Präsident Klasnic: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 143/1, zum Beschluß Nr. 344 des Steiermärkischen Landtages vom 15. Mai 1984 zur dringlichen Anfrage Nr. 5 sowie zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Kröll, Kollmann und Prof. Dr. Eichinger, Einl.-Zahl 686/1, aus der X. Gesetzgebungsperiode, betreffend die Vorlage eines jährlichen Umweltschutzberichtes.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Hermann Kröll. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröll: Frau Präsident, Hohes Haus!

Der Ausschuß hat sich mit der Vorlage 143/1, wie gerade von der Frau Präsidentin ausgeführt, auf Grund der vorangegangenen Initiativen gründlich beraten. Es liegt zum zweiten Mal ein umfangreicher Umweltschutzbericht vor, nämlich diesmal für das Jahr 1986, mit etwa 360 Seiten Umfang, in dem schwerpunktmäßig die Raumordnung, Raumplanung, der Ortsbildschutz, der Wasserbereich, der Bereich Müll- und Abfallwirtschaft, der Bereich Lärm, der Bereich Boden und Nahrung, der Bereich Luft als absoluter Schwerpunkt, verständlich auf Grund der Entwicklung von und mit Tschernobyl, der Natur- und Landschaftschutz, der Bereich der Strahlung sowie die Umweltforschung vorkommen.

Im Ausschuß wurde ausführlich darüber beraten. Manche haben die Meinung vertreten, daß das eine oder andere trotz des umfangreichen Berichtes zu wenig behandelt wurde. Insgesamt kann und muß aber gesagt werden, daß mit dieser Vorlage nicht nur eine Zusammenschau aller Umweltprobleme auf aktuellem Stand des Landes Steiermark hier in einer Weise vorliegt, wie wir sie bisher noch nie hatten, und daß damit auch für uns Mandatäre, aber auch draußen für die Fachleute, die Bevölkerung, die interessierte Bevölkerung, aber auch als Behelf und Hilfswerk und Nachschlagewerk in den steirischen Gemeinden eine ganz hervorragende Grundlage zur Verfügung steht. Ich bitte daher namens des Ausschusses um Annahme dieser Vorlage.

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hubert Schwab. Ich erteile es ihm.

Abg. Schwab: Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Der Umweltschutzbericht des Landes Steiermark für das Jahr 1985, also des Vorjahres, der erste Bericht, der in dieser Form in Österreich publiziert wurde, ist mit großem Interesse aufgenommen worden. Der Umweltschutzbericht 1986 für das Land Steiermark liegt heute dem Landtag zur Diskussion und Beschlußfassung vor.

Zwei Punkte sind es, die sofort auffallen. Dieses zweite Werk wurde nicht mehr auf Hochglanzpapier, sondern auf Altpapier gedruckt. Es ist mit 360 Seiten wesentlich umfangreicher als das erste, das 221 Seiten hatte. Die Einführung neuer Kapitel, wie „Raumplanung“, „Umweltforschung“ und „Energie“, sowie eines neuen Unterabschnittes „Umwelterziehung“ haben das Informationsangebot deutlich erhöht und die umfangmäßige Erweiterung notwendig und ich glaube auch sinnvoll gemacht. Trotzdem können in so einem Werk nicht alle Details angeführt werden, sonst würde der Umfang wohl noch einige hundert Seiten betragen, die dann niemand mehr liest. Die Auflage beträgt 5000 Stück, und was ich als besonders positiv erachte, der Bericht ist trotz der sehr schwierigen Materie und Problematik verständlich gehalten und ist eine wahre Fundgrube, was die verschiedenen Ausführungen der einzelnen Bereiche betrifft.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich in meinem Beitrag mit den Bereichen Wasser, Bodenschutzgesetz und Chemikaliengesetz besonders befassen, weil hier ein sehr enger Zusammenhang besteht. Pro Einwohner ist mit einem Wasserverbrauch von 200 Liter pro Tag zu rechnen, wenn man die industriellen und gewerblichen Anteile mit einbezieht. Diese Menge Wasser fällt nahezu zur Gänze als Abwasser, das wir entsorgen müssen, wieder an. Der Verbrauch aufgedgliedert heißt, und das ist ganz interessant, wenn man sich auch die eigene Verhaltensweise vor Augen hält: für Trinken und Kochen verbrauchen wir 3 bis 6 Liter, für Geschirrspülen 4 bis 7 Liter, für Wohnungsreinigung 5 bis 10 Liter, für Wäschewaschen 20 bis 40 Liter, Körperpflege ohne Baden 10 bis 15 Liter, Baden und Duschen 20 bis 40 und für das WC ebenfalls 20 bis 40 Liter. Im Anschluß daran geht es um die Entsorgung. Die Abwasserreinigungsanlagen erzielen unterschiedliche Wirkungsgrade, das wissen wir. Mechanische, die bisher üblichen Mehrkammerfaulanlagen, haben einen Wirkungsgrad bis etwa 30 Prozent, während mit Hilfe biologischer Abwasserreinigungsverfahren Abbauleistungen bis über 95 Prozent erzielt werden. Als ganz entscheidender Grundsatz für die Zukunft muß gelten: kleinere Anlagen bauen und die Belastungen sozusagen vertaubar verteilen. Unser Landesrat Dipl.-Ing. Hermann Schaller hat es vor zwei Wochen in seinen Schwerpunkten zur steirischen Umweltpolitik für das Jahr 1987 sehr deutlich formuliert. Es geht um die Erarbeitung eines steiermärkischen Grundwasserschutzprogrammes als umfassendes Gesamtkonzept zur Sicherung der steirischen Grundwasserbestände vor weiterer Beeinträchtigung und zur Festlegung der erforderlichen Maßnahmen. Es wird uns nicht erspart bleiben, daß wir großräumige Wasserschongebiete schaffen. Für besonders wichtig erachte ich auch den Ausbau des Trinkwasserkatasters. Da hat es bisher immer nur eine Reihe von Einzelbefunden gegeben. Hier ist ein enger Zusammenhang mit dem Bodenschutzprogramm zu sehen, und gerade durch diesen Trinkwasserkataster, der in die EDV eingespeichert werden soll, wird dadurch erstmals, meine Damen und Herren, die Darstellung räumlicher und auch zeitlicher Zusammenhänge möglich und sichtbar. Es geht um die Fortsetzung der Aktion Nitratbremse. Notfalls muß man auch an eine Verschärfung der Schongebieteverordnung im Leibnitzfeld und im Grazer Feld denken. Es geht in

weiterer Folge um die Fortsetzung und den Abschluß des Mur- und Raab-Sanierungsprogrammes, und bis Ende 1987 sollen drei Viertel dieser Vorhaben bereits erfüllt sein. Ein großer Brocken wird uns ins Haus stehen. Es geht um das Kanalgesetz, das aus dem Jahre 1955 stammt. Es besteht Übereinstimmung, daß hier eine Novelle gemacht werden muß mit jenem Ziel, daß man auch die Gebiete erfaßt, wo zentrale Kanalisationsanlagen auf Grund der topographischen Verhältnisse und der Siedlungsform nicht möglich oder vor allem auch nicht wirtschaftlich sind. Die Vorarbeiten für diese Materie sollen noch im Jahre 1987 vorangetrieben und nach Möglichkeit abgeschlossen werden. Zur ganzen Frage Bodenschutz, Bodenschutzgesetz ist zu bemerken, daß hier die Verhandlungen sehr zügig und gut laufen. Es geht um die Fortführung der bereits eingeleiteten Bodenschutzprogramme des Landes. Es geht um die Erfassung des Bodenzustandes hinsichtlich der Schadstoffbelastung und den Aufbau eines dichten Kontrollnetzes mit 80 bis 100 Hauptstandorten. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß eine Aktion momentan besonders gut läuft im Land. Diese Aktion steht unter der Patronanz des Modells „Steiermark“ gemeinsam mit dem Land Steiermark, mit der Landwirtschaftskammer, und sie nennt sich „Begegnung mit den Lebensgrundlagen – Der Boden“. Diese Aktion wird federführend von der Familie Peter Kopeinigg in etwa 30 Orten des Landes durchgeführt und erfreut sich eines regen Zuspruches. Ich möchte besonders auch darauf hinweisen, daß wir uns im Rahmen der Landwirtschaftskammer seit Jahren sehr intensiv auch mit dieser Problematik beschäftigen. Ich weise nur hin auf unsere Broschüre „Der Bauer und sein Boden“, das Bodenschutzkonzept der Landwirtschaftskammer vom Juli 1985, weiters auf unser neues Fünfjahresprogramm „Gemeinsam neue Wege gehen im Einklang mit der Natur“. Hier haben wir die großen Brocken auch im Detail stark verankert, das war eine ungemein schwierige Aufgabe. Als wichtigster Punkt ist darinnen eine flächengebundene Land- und Forstwirtschaft enthalten. Wir wollen unter allen Umständen verhindern, daß sich die agrarische Urproduktion sozusagen immer mehr und noch deutlicher in Richtung Agrarfabriken und Verindustrialisierung der Agrarproduktion hin bewegt. Ich glaube, es ist sehr deutlich auch zu diesem Bereich herauszustreichen, das Wort „Ökologie“, das wir immer in den Mund legen, bedeutet nichts anderes als „Haushaltslehre“. Ich habe mir erklären lassen, es kommt aus dem Griechischen: „ökos“ heißt das Haus, und „logos“ ist die Lehre. Kreislaufdenken. Das muß im Vordergrund stehen. Eine Bitte wirklich auch an die Gesellschaft, meine Damen und Herren, die ich als Bauer richte. Der Bauer darf nicht durch, fast komme ich in Versuchung zu sagen unzumutbar niedrige Erzeugerpreise dazu gezwungen werden, unter Einsatz aller technischen und chemischen Möglichkeiten das Letzte aus Grund und Boden herauszuholen. Es geht für uns um einen entsprechenden Außenhandelschutz. Es geht nicht an, daß wir im Inland schärfste Auflagen nach dem Lebensmittelgesetz zu erfüllen haben, während gleichzeitig importiert wird und an den Grenzen nicht oder nur mangelhaft kontrolliert und oftmals gar nicht hingeschaut wird. Ich wollte das sehr deutlich sagen. Nun zum dritten Bereich, Chemikaliengesetz, auch noch einige Ausführungen.

Das Chemikaliengesetz hat vor etwa zwei, drei Wochen den Ministerrat in der Bundesregierung passiert. Es ist derzeit im Unterausschuß des Parlamentes zur Verhandlung. Am 28. April wird weiter verhandelt, und es gibt die massive Bestrebung, dieses Chemikaliengesetz noch vor dem Sommer im Nationalrat zu verabschieden. Meine Damen und Herren, ich habe mir das ein bißchen angeschaut. Es kommt einem das Gruseln. Weltweit existieren zur Zeit mehr als vier Millionen bekannte chemische Verbindungen, von denen mehr als 600.000 auf dem Markt angeboten werden. Die Gesamtproduktion an chemischen Produkten betrug 1985 etwa 250 Millionen Tonnen und hat sich gegenüber dem Jahre 1970 vervierfacht, im Vergleich zum Jahre 1950 sogar vervierunddreißigfacht. Das sind bitte nur die Zahlen der westlichen Welt. Das Gesetz ist zuerst einmal nur für alle neuen Stoffe gedacht, das sind jährlich immerhin bis zu 3000 organische Substanzen, die man in folgende Kategorien einteilt: in explosionsgefährlich, in entzündlich, giftig, ätzend, reizend, umweltgefährlich, krebserzeugend, Erbgut verändernd, chronisch schädigend oder fruchtschädigend, also mit Auswirkungen auf das ungeborene Leben. Als sehr positiv muß man herausstreichen, daß bei uns, im Entwurf zumindest steht es so drinnen, die Meldepflicht viel schärfer gehandhabt wird als in Deutschland etwa. Bei uns besteht die Meldepflicht für Mengen, wenn ein Betrieb mehr als 1000 Kilo erzeugt oder importiert, in Deutschland beginnt diese Meldepflicht bei 1000 Tonnen pro Jahr. Das ist gigantisch. Ich habe mir überlegt, ob das überhaupt stimmen kann. Es betrifft im wesentlichen nur einige wenige Großkonzerne, die davon berührt sind, und alles andere wird weiterhin wie bisher vermutlich laufen. Ich wollte das sehr deutlich aufzeigen auch, weil hier die ganz großen Brocken zu bewältigen sind, und ich möchte abschließend zusammenfassen: Dieser Umweltschutzbericht für das Jahr 1986 ist sicher nicht die Bibel, das wissen wir. Dieser Umweltschutzbericht soll aber Information und Überblick geben, er soll der Kontrolle dienen und soll auch Anstoß sein, bin ich wirklich der Überzeugung, für eine ehrliche und kritische Auseinandersetzung mit den Problemen. Und der Pessimismus, meine Damen und Herren, alles ist schlecht, darf nicht Platz greifen, weil wir keinen Grund dafür haben und weil es auch nicht der richtige Weg ist. Es geht um beides, es geht um das Herausstellen der Erfolge, dort, wo uns wirklich etwas gelungen ist, es geht auch um das Aufzeigen der noch offenen Fragen. Umweltschutz heißt Sicherung und Verbesserung unseres Lebensraumes. Das ist harte Arbeit in vielen Details, wir müssen diese Arbeit gemeinsam machen, dann werden wir es schaffen, dann werden wir etwas zusammenbringen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gundi Kammlander.

Abg. Kammlander: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist zwar mittäglich leer hier drinnen, besonders auf der Seite der Sozialistischen Partei! (Abg. Günther Ofner: „Auch bei den Grünen!“) Ich nehme an, daß der Herr Dipl.-Ing. Dr. Korber im Hintergrund zuhört. Ich

möchte zuerst zum Tagesordnungspunkt 3 reden und dann zu 2, nachdem die Aktualität meiner Meinung nach besser herauskommt, und anschließend dann dem Herrn Abgeordneten Schwab zum Bericht etwas sagen. Für die zukünftige Erstellung von Umweltschutzberichten möchte ich anregen, daß die Berichte klarer aufgebaut werden. Wir schlagen vor, daß eine Gliederung deutlich sichtbar nach

erstens: Bestandsaufnahmen und bestehenden Problemen,

zweitens: nach den Zielen, die sich die Umweltpolitik des Landes setzt, und

drittens: nach Maßnahmen, die in einem bestimmten Zeitraum ergriffen werden sollen,

vorgenommen wird. Diese Gliederung ist vor allem für den politischen Stellenwert der Umweltpolitik in der Steiermark dringend notwendig, und zwar aus folgendem Grund: Das Inhaltsverzeichnis des vorliegenden Umweltschutzberichtes ist, wie man auf den ersten Blick bereits feststellen kann, im Grunde genommen kein Inhaltsverzeichnis, sondern ein Schlagwortregister, ein Nebeneinander von einzelnen Aktivitäten, wobei beim Durchlesen sichtbar wird, daß hier die Aktivitäten bestehender Dienststellen aufgezählt wurden. Eine Fundgrube ist es ganz sicher, Herr Obmann des Umweltausschusses. Nun besitzt aber das Land Steiermark einen Umweltkoordinator, besitzt einen Landesrat für Umweltpolitik und kann mit oder ohne diese Institutionen es sich jedenfalls nicht leisten, auf eine Koordination, das heißt auf eine gezielte Umweltpolitik, zu verzichten. Diese Schwerpunkte müßten allerdings in einem Umweltschutzbericht sichtbar werden. Aber nicht nur die Schwerpunkte, sondern auch jenes konkrete Ziel, das man sich setzt. Konkret heißt das, ausgehend von einer Bestandsaufnahme der Umweltbelastung in der Steiermark muß festgestellt werden, wo besitzt das Land Kompetenzen, einzugreifen, wo sind die größten Probleme zu lösen und wo werden Schwerpunkte gesetzt? Angesichts bestehender Probleme kann mit welchen konkreten Maßnahmen dazu beigetragen werden, das festgestellte Umweltproblem in einem bestimmten Ausmaß abzubauen, und in welchem Zeitraum und mit wieviel Geld kann dies geschehen? Nur auf Grund eines derart aufgebauten Umweltschutzkonzeptes – dies würde im übrigen einem Sachprogramm Umwelt nach dem Landesentwicklungsprogramm entsprechen, ein derartiges Sachprogramm ist unseres Wissens genauso wie andere Sachprogramme bis heute nicht erstellt worden. Ein derartiges Programm wäre also die Grundlage der steirischen Umweltpolitik und natürlich auch dieses Umweltberichtes. Das ist schon deswegen notwendig, um allen Beteiligten, nicht nur den Abgeordneten, sondern der gesamten Öffentlichkeit, zu zeigen, wie liegt die Umweltsituation in der Steiermark, wo sind die größten Belastungen und welche Fortschritte hat man konkret erzielt. Ich möchte dazu nur ein paar Beispiele anführen. Das Thema Wald. Es werden zwar auch beim Thema Luft unter dem Punkt Bioindikatorennetz beziehungsweise Waldzustandsinventur einzelne Meßaktivitäten angeführt, aber es finden sich im ganzen Bericht keine Aussagen über die Frage, wieviel Prozent des steirischen Waldes beziehungsweise einzelner Baumarten in welchem Ausmaß geschädigt sind. So als ob das Waldsterben nicht eines der ganz

zentralen Umweltprobleme der Steiermark wäre. Ausgehend von diesen Feststellungen wäre es jetzt wichtig, in einem Umweltschutzbericht festzustellen, mit welchen Maßnahmen dieses Waldsterben in der Steiermark eingedämmt werden kann, was man sich von Maßnahmen des Bundes erwarten darf und bis wann diese Maßnahmen greifen beziehungsweise konkrete Schritte in Form von Gesetzen, in Form von Zuschüssen zu Investitionen und ähnlichem notwendig sind. Dazu wäre zuerst eine Bilanz der in der Steiermark emittierten Schadstoffe notwendig. In dem Bericht ist nichts davon vorhanden. Es sind zwar Daten über den Eintrag, das heißt den Niedergang von Schadstoffen, nicht aber ist eine Bilanz erstellt worden von wem, das heißt von welchen Verursachergruppen, in etwa die Luftbelastung, das heißt die Luftverschmutzung, stammt. Kaum verständlich, daß eine derartige Bilanz bis heute noch nicht erstellt wurde. Wichtig wäre dann ein Katalog von Maßnahmen, aus dem hervorgeht, welche Maßnahme zur Reduktion der Luftbelastung wirkt und was diese Maßnahmen kosten und in welchem Zeitraum sie wirksam werden. Ausgehend von diesem Katalog könnte dann ein Maßnahmenprogramm vorgestellt werden.

Zum Thema Müll: Ich teile die im Bericht angeführte mangelnde Akzeptanz der Bevölkerung, Müll aus anderen Regionen aufzunehmen. Nachdem laut Abfallgesetz 1974 die landesweiten Müllbeseitigungspläne nicht erstellt wurden, erwarten wir uns vom neuen Abfallbewirtschaftungsgesetz deutliche Ansätze auch durch legislative Maßnahmen und wichtige Anreize zur Müllvermeidung. Deshalb begrüße ich die zitierten Ziele und Ausblicke zukünftiger Müllkonzepte im vorliegenden Umweltschutzbericht, und wir werden jetzt beim Begutachtungsverfahren zum Abfallbewirtschaftungsgesetz die Möglichkeit haben, dazu Stellung zu nehmen. Ich verweise auf meinen Antrag vom Jänner, der Vorschläge für ein zukunftsweisendes Abfallmodell beinhaltet. Wir brauchen dazu sicher Bereitschaft und Mut von allen Beteiligten.

Zum Thema Trinkwasserkataster bin ich gleicher Meinung wie der Herr Abgeordnete Schwab. Es wäre zusätzlich gut, wenn im Zusammenhang mit dem Landesumweltinformationsdienst die Möglichkeit bestehen würde, ein Frühwarnsystem aufzubauen, bei dem die Bevölkerung tatsächlich informiert wird, wenn es zu kritischen Erhöhungen von Nitraten im Trinkwasser kommt. Die Information der Bevölkerung müßte hier an erster Stelle stehen.

Zum Bereich Strahlen – Tschernobyl und die Folgen – beginnt meine Kritik bei der Tabelle auf Seite 243, betreffend die Strahlenbelastung der Milch. Diese Tabelle hört im Oktober 1986 auf, und es ist mir nicht klar, warum die Dokumentation der restlichen Monate im Bericht nicht aufgenommen wurde. Zur Tabelle auf Seite 248: Diese gibt zwar eine genaue Aufschlüsselung von Durchschnittswerten von Cäsium 137 von 1960 bis 1980, danach fehlen die Auswertungen. Der praktische Informationsgehalt des Kapitels „Radioaktivität“ ist äußerst dürftig und dient wohl hauptsächlich der Beschwichtigung.

Zur radioaktiven Belastung der Klärschlämme erfährt der staunende Mensch, wie hoch die radioaktive Belastung des Klärschlammes ist, erfährt aber im Umweltschutzbericht nicht, wo dieser strahlende

Klärschlamm gelagert wurde. Es liegt der Verdacht nahe, daß er trotzdem in der Landwirtschaft verwendet wurde: Die Beschwichtigung erreicht jedoch auf der Seite 255 die Spitze, wo es unter der Überschrift „Mögliche Minderung der Strahlenwirkung“ wörtlich heißt – ich kann Ihnen das leider nicht ersparen, es ist wirklich die Spitze –: „Zum Abschluß seien noch einige optimistische Aspekte aus der Forschung der Strahlenbiologie erwähnt. Es ist schon länger bekannt, daß bei niederen Dosen die bestrahlte Zelle die Fähigkeit besitzt, gewisse Schäden selbst zu reparieren. Einen weiteren günstigen Aspekt hat man zuerst bei Tierversuchen und dann bei epidemiologischen Studien von Menschen festgestellt, nämlich die Möglichkeit, daß sich auch der Mensch in beschränktem Maß an Bestrahlung gewöhnen kann, ohne zusätzlich einen Schaden zu erleiden. Zum Beispiel ist an Orten mit natürlicher Bestrahlung kein erhöhtes Vorkommen von Strahlenerkrankungen nachweisbar. Als Letztes sei noch die Tatsache erwähnt, daß in unzähligen Tier- und Pflanzenversuchen mit Strahlung man zu der Erkenntnis gekommen ist, daß geringe Dosen von ionisierender Strahlung zur Steigerung des Wachstums und der Lebenserwartung führen. Daß weiters daraus eine erhöhte Fruchtbarkeit, eine beschleunigte Wundheilung und eine erhöhte Resistenz gegen Infektionen und Tumorbildung resultieren. Wenn auch diese positiven Wirkungen kleiner Strahlendosen eindeutig unter anderem für Säugetiere und Pflanzen nachgewiesen wurden, so gilt es für den Menschen allerdings noch nicht als bewiesen, obwohl zum Beispiel einige Untersuchungen der Atomüberlebenden in Japan zu ähnlichen Ergebnissen führten. Vorerst bleibt es aber nur eine mögliche Annahme, daß kleine Strahlendosen auch beim Menschen zu einer günstigen Wirkung führen.“ Ich bin erschüttert über diesen Zynismus, da weder natürliche noch künstliche Radioaktivität gesund ist. Es gibt keinen Stellenwert, bei der Belastung zu akzeptieren wäre. Bereits ein Treffer eines radioaktiven Teilchens kann eine genetische Schädigung bewirken, kann durch Veränderung der Zellstruktur Krebs auslösen. In Indien, in Kerala, einem Ort mit erhöhter natürlicher Strahlenbelastung, gibt es eine erhöhte Rate an genetischen Mißbildungen. Rund um Atom- und Wiederaufbereitungsanlagen in Großbritannien trat Blutkrebs bei Kindern doppelt so oft auf wie in anderen Gebieten. So wie Herr Hofrat Dipl.-Ing. Nims im Rahmen des Modells „Steiermark“ seine Beschwichtigungsrunde durch das Land machte und überall Bedenken aus dem Publikum arrogant vom Tisch wischte, so sind auch die Ausführungen in diesem Berichtsteil.

Zum Schluß möchte ich noch sagen: Grundsätzlich würde ich mir wünschen, wenn die einzelnen Beiträge (Abg. Pörtl: „Das ist polemisch!“) von den mit ihnen befaßten Bearbeitern namentlich gezeichnet wären. Die auf der letzten Seite angeführten Mitarbeiter lassen für Außenstehende eine Zuordnung zu den einzelnen Berichten und Artikeln nicht zu. Danke schön. Das war der Tagesordnungspunkt 3, und ich kann Ihnen das leider zu 2 nicht ersparen.

Zum Kompetenztatbestand Maßnahmen zur Abwehr gefährlicher Umweltbelastungen infolge Überschreitung von Emissionsgrenzwerten im allgemeinen:

Im Jahre 1983 wurden mit der Novellierung des Artikels 10 Absatz 1 Ziffer 12 halbherzig Weichen für

eine Umweltschutzgesetzgebung gestellt. Nur bei Überschreiten bestimmter Emissionsgrenzwerte soll eine allgemeine Zuständigkeit des Bundes zur Abwehr der Umweltbelastungen durch gesetzliche Regelungen bestehen. Nach allgemeiner Auslegung können solche Regelungen nur repressiven Charakter haben, das heißt, wenn die Umweltbelastung eingetreten ist, dann können Beschränkungen, wie zum Beispiel die Stilllegung des Individualverkehrs, Verwendungspflicht schadstoffarmer Brennstoffe, greifen. Vorbeugender Umweltschutz ist nach wie vor nach den Altkompetenzen, das heißt als Anhängsel zum Gewerberecht, zum Forstrecht, Kraftfahrzeugwesen, zur Feuerpolizei und so weiter, zu regeln. Das bedeutet, daß zum Beispiel zur Luftreinhaltung keinerlei Anreiz beziehungsweise Grundlage für den Gesetzgeber geschaffen wurde, einheitliche Regelungen zur Vorbeugung für alle Emittenten vorzusehen. Dieses Gesetzesvorhaben wird ja deswegen nicht in Angriff genommen, da offenkundig die einzelnen Altkompetenzen eigentlich schon weit überspannt in Anspruch genommen wurden. Sauber und notwendig wäre neben anderen die Schaffung eines Kompetenztatbestandes Luftreinhaltung gewesen. Die Grün-Alternativen auf Bundesebene haben einen dahingehenden Initiativantrag im Parlament eingebracht. Zum Zeitpunkt der Vorlage wäre zu sagen, die Vereinbarung ist bis dato nur von den Landeshauptmännern unterzeichnet. Die Unterzeichnung eines wesentlichen Vertragspartners, des Bundes, steht noch aus. Ich hätte es für sinnvoll gehalten, die Vereinbarung erst dann dem Landtag zur Genehmigung vorzulegen, wenn auch das Ja von der Bundesregierung sicher ist.

Zu der Höhe der Grenzwerte. Mit dem neuen Kompetenztatbestand soll in erster Linie die verfassungsrechtlich einwandfreie Grundlage für die Erlassung eines effizienten Smogalarmgesetzes des Bundes geschaffen werden. Ausgehend vom Richtwert der Akademie der Wissenschaften von 0,2 Milligramm Kubikmeter SO_2 , bei Staubwerten kleiner als 0,2 Milligramm Kubikmeter Tagesmittelwerte als maximaler längerfristiger Belastungsgrad, erachte ich den Wert von 0,6 Milligramm Kubikmeter SO_2 als Dreistundenmittelwert für den Smogalarmgrenzwert als zu hoch. Der Grenzwert für Kohlenmonoxyd von 30 Milligramm Kubikmeter der Vereinbarung widerspricht selbst schon dem Entwurf für ein Smogalarmgesetz des Bundesministeriums für Umweltschutz aus dem Jahre 1985. Bei 0,30 Milligramm Kohlenmonoxyd läge bereits die Stufe 3 nach dem Entwurf vor, hätten also bereits die schärfsten Beschränkungen zu gelten. Danke schön.

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Grete Meyer.

Abg. Meyer: Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In einem einzigen Punkt sind wir uns einmal einig, nämlich vor Wahlen hat man immer das Gefühl, daß neben den Arbeitsplätzen der Umweltschutz für alle Parteien das wichtigste ist und die Lösung der Probleme. Und hier haben wir doch das Gefühl, daß bei der Diskussion bei Umweltschutzproblemen die Abge-

ordnetenbänke ziemlich leer sind. Hier halten sich allerdings die Großparteien die Waage, während bei den Grünen bereits 50 Prozent der Abgeordneten fehlen und bei den Freiheitlichen früher sogar 100 Prozent nicht anwesend waren.

Ich nehme nur zu einem einzigen Punkt aus dem Umweltschutzbericht Stellung, weil ich nicht in allen Punkten, den dieser Bericht bringt, eine so große Expertin bin wie die Frau Abgeordnete Kammlander. Ich befasse mich nur mit jenen Themen, die mich hautnah als Mensch berühren und mir wirklich am Herzen liegen, und außerdem muß ich meine Debattenbeiträge selbst schreiben und mir diesbezüglich auch selbst Gedanken machen. Aus den acht Kapiteln des Umweltschutzberichtes des Landes Steiermark möchte ich nur, wie ich schon gesagt habe, einen herausgreifen, und das ist das Kapitel Trink- beziehungsweise Grundwasser. Wenn im Umweltschutzbericht 1986 des Landes festgestellt wird, daß jeder Steirer, und das hat Herr Abgeordneter Schwab schon gesagt, rund 200 Liter Wasser verbraucht und häufig einen Teil davon völlig unnötig, so wird mir, wenn ich das lese, klar, welche Probleme auf uns hier in Zukunft noch zukommen, wenn auf diesem Gebiet nicht raschest etwas geschieht. Und unter „etwas geschieht“ meine ich nicht nur die Erlassung von diesbezüglichen Gesetzen, sondern die Erziehung der Bevölkerung zur Bildung eines wirklichen Umweltbewußtseins und auch die Überwachung unserer Umwelt, wenn notwendig, durch geeignete Organe oder deutlicher gesagt durch eine vielleicht zu schaffende Umweltpolizei. Als ich den Bericht der UNO-Umweltorganisation bezüglich sauberes Wasser las, überkam mich als Frau und Mutter das Grauen, denn wenn jährlich mehr als vier Millionen Kinder in der dritten Welt an Durchfallkrankheiten sterben, zwei Millionen Menschen der Malaria zum Opfer fallen und 200 Millionen Menschen in den tropischen Ländern an einer Wurmkrankheit leiden und dies alles Folgen von Umweltproblemen sind, wie Mangel an sauberem Wasser, und auch eingedämmt werden könnten, so wird man schon sehr nachdenklich. Sicher sind diese Länder weit von uns entfernt, und man könnte die Augen davor verschließen. Dies wäre aber sicher nicht die richtige Methode, denn auch bei uns in Österreich gibt es bereits große Probleme mit einem der größten Güter, die wir zum Überleben brauchen, dem Wasser. Denn österreichische Wasserexperten haben ebenfalls vor kurzem erst einen Notschrei ausgestoßen. Sie warnen in einer Resolution vor der zunehmenden Verschmutzung des Grundwassers in unserem Land. Es wurde bei jeder Grundwasseruntersuchung eine Verseuchung durch giftige Chemikalien festgestellt. Der größte Teil der Proben enthält bereits das Pflanzenschutzmittel Atrazin, chlorierte Kohlenwasserstoffe und auch erhöhte Nitratwerte aus Kunstdüngern. Und eine Studie hat ergeben, daß die Nitratverseuchung in der Südsteiermark und in Teilen des Murtales am größten von ganz Österreich ist. Brunnen in der Südsteiermark wiesen 100 Milligramm und mehr Nitratgehalt auf, die Richtlinien liegen bekanntlich bei 50 Milligramm. Kein anderes Bundesland erreicht diese Werte. Wenn man dann noch weiß, daß Nitrate Krebsreger sind und vor allem für Säuglinge sehr gefährlich werden, weil Blausucht und mitunter sogar der Tod dieser Kinder

dadurch verursacht werden, so frage ich mich, wie lange wir noch so sorglos überdüngen oder wie sorglos wir weiter undichte Senkgruben tolerieren, nicht beachten und verwenden. Die sozialistischen Abgeordneten fordern in einem Antrag,

erstens raschest einen landesweiten Grundwasser-gefährdungskataster zu erstellen und

zweitens den Bau von umweltfreundlichen Abwasseranlagen, die auch auf die Erfordernisse kleiner Siedlungsgebiete Rücksicht nehmen, zu forcieren.

Aus einer Vorlage der Landesregierung an den Steiermärkischen Landtag geht zwar hervor, daß Daten, die sich auf eine Gefährdung des Grundwassers beziehen, in einem Landesinformationssystem erfaßt werden, doch wäre für mich interessant zu wissen, wie die Konsequenzen aussehen, die aus diesen Informationen gezogen werden. Denn meines Wissens nach wurden bis jetzt von seiten des Landes keine oder vor allem zu geringe Konsequenzen gezogen, denn die Grundwasserprobleme in der Südsteiermark bestehen ja nach wie vor. Auch Herr Abgeordneter Schwab hat von einem zukünftigen Grundwasserkataster gesprochen, so daß meine Frage von vorher nur zu unterstreichen ist, da in dieser Richtung offenbar bis heute nichts geschehen ist. Und zum zweiten Problem wurde vom Land bis heute nichts unternommen.

Wir alle, und damit meine ich nicht nur uns Abgeordnete, sondern die gesamte Bevölkerung, müssen doch daran interessiert sein, daß unsere Trinkwasserversorgung mit gesundem Trinkwasser auch noch für die Zukunft gesichert wird. Meiner Meinung nach ist es dringendst notwendig, und das habe ich eingangs schon erwähnt, und ich sage das immer und zu allen Gelegenheiten, das Umweltbewußtsein der Menschen so zu stärken, daß jeder, wirklich jeder, alles in seiner Macht Stehende dazu beiträgt, um seine Umwelt zu schützen und die bestehenden Gesetze auch wirklich einzuhalten. Die besten Gesetze nützen nichts, wenn die Bevölkerung sie nicht beachtet. Diese Umwelt-erziehung müßte bereits im Kindergarten beginnen, sich in der Schule fortsetzen, und sie darf meiner Meinung nach überhaupt nie aufhören. Selbstverständlich müssen noch viele Gesetze beschlossen werden, die dazu beitragen sollen, daß unser Trinkwasser, unser Wald, unsere gesamte Umwelt in einen guten Zustand kommen, daß unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder und Enkel gesünder und lebenswerter gemacht werden. Den Menschen in unserem Land aber muß klar werden, und das soll als eindringlicher Appell verstanden werden, daß es endlich an der Zeit ist, daß wir alle die Gesetze einhalten, die es bereits gibt. Es müßte für jeden eine innere Verpflichtung sein, keine Ölwechsel an Flüssen und Bächen vorzunehmen, keine Autobatterien einfach wegzuworfen, bei den Waschmitteln und Weichspülern umweltbewußter zu handeln und so weiter und so weiter. Kurz ausgedrückt, alles zu vermeiden, daß unsere oft auch durch so viel Sorglosigkeit so geschädigte Umwelt nicht noch mehr belastet wird. „No future“ – diesen Ausdruck darf es für junge Menschen im Zusammenhang mit der Umwelt nicht geben. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Harmtodt. Ich erteile es ihm.

Abg. Harmtodt: Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Abgeordnetenkollegen!

Ich möchte heute auch ganz kurz wie immer über die Umweltproblematik reden. Ich weiß, es dauert heute schon sehr lange, und meine Kollegen sind nicht immer bereit zuzuhören. Es wird vom Umweltschutz immer sehr viel geredet, aber das Reden hilft wirklich nichts, sondern wir müssen Taten setzen. Alle Politiker wissen, daß die Umwelt nicht in Ordnung ist und daß wir zupacken müssen, und wir haben uns auch dazu bereit erklärt. Umweltverbesserungen kosten sehr viel Geld. Daher ist es unsere Aufgabe, unseren Mitmenschen die Wahrheit zu sagen, daß Umweltschutz Geld kostet. Besonders das Abwasserproblem kostet sehr viel Geld. Die Gemeinden sehen darin sehr große Schwierigkeiten, und ich habe sie gestern in Lödersdorf miterlebt, wo unsere Herren Hofräte, unser Umweltkoordinator Hofrat Dr. Rupprecht und Hofrat De Grancy, mit dabei waren, ich möchte sogar unseren Hofräten Dank und Anerkennung aussprechen, weil sie hinausgehen und unsere Bevölkerung aufklären. In Lödersdorf gibt es 170 Haushalte, und 150 Menschen waren bei dieser Bürgerversammlung anwesend. Das bedeutet, daß die Leute nach Information hungrig sind, aber auch gleichzeitig haben wir die Wahrnehmung gemacht, daß sich unsere Mitmenschen vor den hohen Belastungen fürchten. Als Obmann des Abwasserverbandes Mittleres Raabtal bin ich ständig mit der Wassergüte der Raab konfrontiert, und ich kann heute mit sehr großer Freude berichten, daß wir Gott sei Dank diese Problematik einigermaßen im Griff haben. Auf Grund der schlechten Wassergüte – Sie wissen ja, die Raab hat zwischen drei und vier an Güte – konnten wir hier Verbesserungen erzielen. Es gab in der gesamten Region, beginnend vom Passailer Becken bis zur Ungarischen Grenze, nur drei vollbiologische Kläranlagen, und diese Situation hat sich wesentlich verbessert. Der Raab-Gipfel hat sich am 7. Mai 1985 in Feldbach damit befaßt, und wir haben die Sanierung angenommen, und es wurde vorgeschlagen, daß wir bis 1990 die Güteklasse zwei erreichen müßten. Die Gemeinden haben sich zu Verbänden zusammengeschlossen, und zwar wegen der besseren Förderung und wegen der besseren Koordinierung, die bei einem so großen Fluß unbedingt notwendig ist, und auch wegen der schnelleren Durchführung sowie wegen der Gemeinschaft, weil eine Gemeinde allein nicht in der Lage ist, solche großen Probleme zu bewältigen. Der Abwasserverband Passailer Becken hat Vorkehrungen getroffen. Es wurde ein Absetzbecken geschaffen, und bald wird mit der Kläranlage begonnen. Hier gab es Raumschwierigkeiten, aber die werden jetzt beseitigt, und es kann dann begonnen werden.

Durch die Kläranlage in Weiz, die ganz in Ordnung ist, gibt es Gott sei Dank weniger Schwierigkeiten. Die Betriebskläranlage bei der Firma Schmidt in Wollsdorf wurde schon im Jahr 1984 eröffnet. Hier gab es zwischendurch kleinere Probleme. Es fanden aber laufend Verbesserungen statt, so daß wir mit den Ablaufergebnissen sehr zufrieden sind. In St. Ruprecht gibt es eine Planung für eine vollbiologische Kläranlage, und man hofft, daß auch dort bald begonnen werden kann. Der zweite große Abwasserverband Gleisdorfer Becken: Hier ging eine vollbiologische Kläranlage in Gleisdorf in Betrieb. Wir haben dort sehr

gute Werte, und auch die Firma Steirerobst, die uns sehr große Sorgen machte, hat einiges getan. Sie hat immerhin 38 Millionen Schilling investiert. Es wird in der Vorkläranlage das Abwasser wesentlich verbessert, und 7000 Einwohnergleichwerte werden zur Verbandskläranlage geliefert und dort endgereinigt.

In St. Margarethen an der Raab wurde mit der Kanalisation begonnen, und auch eine vollbiologische Kläranlage wird dort errichtet. Der Abwasserverband Mittleres Raabtal ist der größte Verband, aber hier gibt es auch Gott sei Dank die größten Fortschritte. Wir haben hier viele Kläranlagen schon errichtet und im Bau, und zwar gibt es die fertige Großkläranlage bei der Firma Schmidt mit etwa 100.000 Einwohnergleichwerten. Diese Firma hatte große Schwierigkeiten, sie sind beseitigt. Sie hat mit eigenen Mitteln diese Großkläranlage gebaut, und sie funktioniert zur Zeit noch einwandfrei. In Paldau ist die Kläranlage ebenfalls fertig, gute Ergebnisse sind erzielt worden, und in Kirchberg an der Raab wird die Kläranlage gebaut, und in Fladnitz wird in Bälde begonnen. Die größte Kläranlage gibt es in Feldbach, besser gesagt in Raabau, eine Verbandskläranlage, die in vier Monaten fertiggestellt sein wird. Auf Grund dieser Bauten konnten wir die Güteklasse zwei bis vier auf 2,5 verbessern, also ein sehr beachtlicher Erfolg. Wie Sie wissen, haben wir in Feldbach beim Raab-Gipfel ausgemacht, daß wir 1990 die Güteklasse zwei erreichen müssen. Ich kann im Hohen Haus verkünden, daß wir auf Grund unseres großen Einsatzes schon im Jahr 1988 die Güteklasse zwei erreichen. Eines möchte ich abschließend noch sagen: Diese Einrichtungen kosten sehr viel Geld. Früher einmal gab es nur in Großstädten diese Einrichtungen, und auf Grund dessen gab es auch dort größere Ertragsanteile. Jetzt kommen die kleinen und Kleinstgemeinden daran, die überhaupt keine Einnahmen haben. Wir haben wirklich große Schwierigkeiten. In den Großstädten sind diese Probleme bereits behoben, in den Kleinstgemeinden muß alles erst geschaffen werden. Daher wäre es sinnvoll, wenn wir diesen Ertragsanteileschlüssel zugunsten der Kleinstgemeinden umdrehen könnten.

Nun noch ganz kurz zum Müllentsorgungsgesetz beziehungsweise zur Bewirtschaftung einige Worte. Wir haben ein Gesetz dank unseres Referenten Dipl.-Ing. Schaller in Ausarbeitung. Die Fraktionen haben sich damit befaßt. Schwerpunkt in diesem neuen Gesetz werden sicherlich die Müllvermeidung, Mülltrennung, Müllverwertung sein und die Restmüllagerung. Für diese Aufgaben werden Gemeindeverbände gegründet, weil eine Gemeinde allein nicht in der Lage ist, so eine große Aufgabe durchzuführen, und diese Verbände werden mit Unterstützung des Landes diese Aufgabe lösen. Danke fürs Zuhören. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gottlieb, dem ich es erteile.

Abg. Gottlieb: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Umweltschutzbericht des Landes Steiermark für das Jahr 1986 befaßt sich unter anderem mit den

Fragen des Mülls, der Abfallwirtschaft und der Abwasserbeseitigung. Vorerst scheint es mir notwendig klarzustellen, daß ich die Bemühungen der zuständigen Beamten, das ungelöste Müllproblem in der Steiermark zu beheben, durchaus bestätigen kann. In meinem unmittelbaren Bereich war mir die Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen des Landes sehr hilfreich. Meine Wortmeldung, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich in drei Teile teilen. Zuerst zur Frage der Mülldeponien. Meine Damen und Herren, in den vergangenen Jahrzehnten wurden überall im Land sogenannte wilde Mülldeponien angelegt oder sind einfach entstanden, oft mehrere in einer Gemeinde. Erst allmählich wurde man sich der Tatsache bewußt, daß auf diese Art gefährliche Zeitbomben geschaffen wurden. Aus diesen ungesicherten Deponien können gefährliche Stoffe ins Grundwasser dringen, wie uns einige Beispiele in den vergangenen Jahren bereits dramatisch vor Augen geführt haben. Meine Damen und Herren, die Experten fürchten, daß in den kommenden Jahren und Jahrzehnten noch so manche derartige Zeitbombe explodieren wird. Die Gefahren aus solchen Deponien für die Trinkwasserversorgung und die Kosten, welche die Sanierung in Zukunft verursachen wird, sind heute noch nicht einmal annähernd abzuschätzen. Weil man sich dieser Gefahr in den letzten Jahren immer mehr bewußt wurde, hat der Gesetzgeber Schritt um Schritt die Zügel angezogen. Viele Deponien wurden von Amts wegen gesperrt, weil dort das Ablagern nach dem heutigen technischen Stand nicht mehr zu verantworten ist. Indessen werden aber weiter riesige Mengen Müll produziert. In der Industrie fallen große Mengen von Abfallstoffen an. Viel zu aufwendige Verpackungen und andere Faktoren haben das Volumen des Hausmülls rasant ansteigen lassen. Und nicht zuletzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir überall im Land das Problem des Klärschlammes. Denn es sind zwar Gott sei Dank viele Kläranlagen errichtet worden, doch das Abfallprodukt Klärschlamm, welches in diesen Anlagen anfällt, bleibt zurück. Die Verbrennung ist zur Zeit noch nicht optimal technisch gelöst. Die Verwendung in der Landwirtschaft scheint wegen der häufig auftretenden Schwermetallbelastung des Klärschlammes zumindest aus der heutigen Sicht problematisch. Wir alle haben uns also dran gewöhnt, große Mengen von Müll zu produzieren, aber nur wenige haben sich Gedanken darüber gemacht, wie man ihn umweltfreundlich entsorgen kann. Natürlich ist es richtig, wenn im Umweltschutz engagierte Menschen meinen, auf Dauer könne man das Problem nur in den Griff bekommen, wenn man Maßnahmen trifft, daß weniger Müll produziert wird, und daß von den anfallenden Altstoffen ein möglichst großer Anteil, meine Damen und Herren, der Wiederverwertung zugeführt werden kann. Doch all diese Überlegungen ändern nichts daran, daß derzeit ein erschreckender Engpaß für den bis auf weiteres nun einmal noch anfallenden Müll besteht. In der Steiermark sind dazu in der letzten Zeit praktisch alle Großdeponieprojekte, die dieses Ziel gehabt haben, mit einer Ausnahme, schon im Anfangsstadium gescheitert. Das hat, meine Damen und Herren, nach meiner Meinung, mehrere Gründe. Zum ersten gibt es eine natürliche Angst in der Bevölkerung, eine Verunsicherung, die durch jene Fälle von schlammigen Deponien genährt wird, die wir

in großer Zahl im Land haben und wo schon so manches leider passiert ist. Zum anderen hat es in einigen Fällen gewiß auch gesteuerte Aktionen gegen Müllprojekte gegeben. Und zum dritten, meine Damen und Herren, herrscht natürlich vielfach immer noch das sogenannte Florianiprinzip. Mülldeponien brauchen wir schon, aber bitte beim Nachbarn und nicht bei mir. Meine Damen und Herren, wir haben uns diese Frage in Frohnleiten sehr genau überlegt und sind dabei zu dem Entschluß gekommen, es müßte doch möglich sein, aus diesem Teufelskreis auszubrechen. Wie es uns unter schwierigen Umständen gelungen ist, in Frohnleiten einen Modellfall für eine beispielhafte Mursanierung zu setzen, wie es uns gelungen ist, ein Kraftwerksprojekt zu verwirklichen, das auch noch so kritischen Umweltschützern keinen Anlaß zur Kritik mehr gibt, so sollte es doch auch möglich sein, in Sachen Müll ein Zeichen zu setzen, wie man die Probleme letztendlich auch bewältigen kann. Denn eines, meine Damen und Herren, ist für mich klar, nicht der ist der wahre Umweltschützer, der die Augen vor den Müllbergen verschließt und sagt, das darf nicht sein, sondern umweltbewußt handelt derjenige, der mit aller Kraft nach einer Lösung sucht und sie auch verwirklicht, selbst dann, wenn die erforderlichen Maßnahmen im Moment politisch gar nicht so opportun erscheinen. So hat in intensiven Gesprächen mit führenden Experten das Projekt unserer Deponie am Dürnberg Gestalt angenommen. Von Anfang an war mir klar, daß für uns nur eine Deponie in Frage kommt, die allen technischen Umweltauflagen gerecht wird, daß heißt, daß Gefahren für das Grundwasser ebenso ausgeschlossen sein müssen, wie Belästigungen etwa durch Geruchsentwicklung. Im Zuge der Gespräche und Verhandlungen zeigte es sich, wie aufwendig diese Maßnahmen sein würden. Meine Damen und Herren, es wurde uns zweierlei klar, daß für eine Deponie, die solche Ansprüche erfüllen kann, Kosten einer ganz anderen Größenordnung entstehen, als wir bisher gewohnt waren. Seinerzeit, als wir die erste Deponie am Dürnberg anlegten, sind wir noch mit rund 10 Millionen Schilling ausgekommen. Rechnet man alle Kosten für die neue Deponie zusammen, nämlich auch jene für die Kanalisierung und die notwendige Erweiterung der Kläranlage, das heißt, meine Damen und Herren, daß die Sickerwässer dieser Deponie in eine vollbiologische Kläranlage eingeleitet werden, so kommt man auf rund 62 Millionen Schilling für den Endausbau dieser Deponie.

Und die Konsequenzen daraus, meine Damen und Herren: Es wurde uns klar, daß sich einen solchen Aufwand nicht jede Gemeinde für sich leisten kann, auch nicht Frohnleiten für sich allein. Schon daraus folgte, daß unsere Deponie auch zur Entsorgung der Umgebungsregion dienen könnte. Und, meine Damen und Herren, die künftigen gesetzlichen Bestimmungen, die wahrscheinlich in den nächsten Wochen und Monaten beschlossen werden, kündigen an, daß auch die gesetzliche Regelung die Frage einer Lösung einer ganzen Region sein wird. Meine Damen und Herren, wir haben alle Behördenverfahren abgeschlossen, die Bescheide sind seit Monaten in Rechtskraft, die Deponie ist in Bau, und das Fassungsvermögen dieser Deponie wird rund 1,4 Millionen Kubikmeter betragen. Nun, meine Damen und Herren, zum zweiten Problem, das ich kurz streifen möchte. Mein Vorredner, der Herr

Kollege Harms, hat bereits die Auswirkungen des sogenannten „Raab-Gipfels“ besprochen. Ich möchte mich beschränken auf den Mur-Gipfel und die Region Graz-Umgebung und vor allem den Teilabschnitt der Mur von Bruck bis zur Landeshauptstadt Graz kurz streifen. Meine Damen und Herren, Sie wissen, daß am 12. März 1985 der Mur-Gipfel im Rittersaal stattgefunden hat. Damals haben sich die großen Gemeinden und Industrien, die die großen Murverschmutzer waren, bereit erklärt, gemeinsam mit dem Bund und dem Land Steiermark dafür zu sorgen, daß die Wasserqualität dieser Mur wieder besser wird. Und, meine Damen und Herren, ich kann Ihnen erfreulicherweise berichten, es geht auch aus dem Bericht bereits hervor, daß wir in der Region Frohnleiten einen Abwasserverband gegründet haben, dessen Ziel es ist, Einwohnergleichwerte von 15.500 derzeit auf einige wenige Hundert zu vermindern. Die beiden großen Industriebetriebe, die Kartonfabrik Mayr-Melnhof und die Firma Bauernfeind mit einem Verschmutzungsgrad von rund 170.000 Einwohnergleichwerten, haben sich ebenfalls bereit erklärt, und der größte Verschmutzer vor den Toren der Landeshauptstadt Graz, die Firma Leykam in Gratkorn mit einer Belastung von über 500.000 Einwohnergleichwerten, hat sich ebenfalls bereit erklärt, hier Maßnahmen zu setzen, um eine Verbesserung zu erreichen. Wenn Sie nun, meine Damen und Herren, diese vier Projekte zusammenzählen, kommen Sie fast auf 700.000 Einwohnergleichwerte, welche als Belastung dieses Flusses angesehen werden.

Zur vollbiologischen Reinigung dieser Industrieabwässer, der Kommunalabwässer, ist ein Betrag von über einer Milliarde Schilling erforderlich, genau 1.087.000.000 Schilling. Ich darf Ihnen von dieser Stelle aus berichten, daß wir bereits am 7. Juli dieses Jahres, also in wenigen Monaten, die große Kläranlage des Abwasserverbandes Frohnleiten in Betrieb nehmen werden, gleichzeitig die Abwasseranlage der Kartonfabrik Mayr-Melnhof. Im Herbst dieses Jahres wird die Großkläranlage der Firma Leykam in Gratkorn den Probetrieb aufnehmen. Nun, soweit, meine Damen und Herren, die Frage der Abwasserbeseitigung im mittleren Murtal. Und mein dritter Beitrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, beschäftigt sich mit dem Abfallbewirtschaftungsgesetz. Ich glaube, meine Damen und Herren, wenn wir sagen können, in der Frage der Kanalisierung, der Klärung der Abwässer, sind wir in den letzten Jahren einen wesentlichen Schritt vorwärts gekommen, so glaube ich auch, daß wir in dieser Frage gemeinsam sicherlich auch einen Schritt setzen werden. Die Angst in der Bevölkerung wird in den nächsten Jahren der Erkenntnis weichen, daß wir auch für die Entsorgung des Mülls Deponien brauchen, daß wir die Frage der Problemstoffe im Hausmüll einer besonderen Lösung zuführen müssen. Und so darf ich doch bitten, meine Damen und Herren, daß wir, so wie in der Frage der Abwasserbeseitigung, auch in dieser Frage der Problemstoffe im Hausmüll eine gemeinsame Lösung im Interesse unserer Bevölkerung suchen. Ein herzliches Dankeschön für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka, dem ich es erteile.

Abg. Dr. Lopatka: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bevor ich zu meinem eigentlichen Thema komme, möchte ich noch einige tatsächliche Berichtigungen zu meiner Vorrednerin, Frau Kammlander, vornehmen. Wenn sie meint, daß es kein konkretes Programm gegen das Waldsterben seitens des Landes gibt, dann irrt sie sich. Bereits am 7. November 1984 wurde das Zwölf-Punkte-Programm der Landesregierung gegen das Waldsterben verabschiedet und wird seit dem damaligen Zeitpunkt konsequent durchgeführt. Wenn sie sagt, sie findet im Umweltschutzbericht keine Aussagen über die Emittenten, dann bitte ich sie, auf Seite 211 nachzulesen. Wenn sie meint, daß die Luftsituation in der Steiermark zu wenig erfaßt wird, dann darf ich ihr nur sagen, daß wir mit 37 Meßstationen das dichteste Netz überhaupt aller Bundesländer in Österreich haben. Und noch eines, wenn sie im Zusammenhang mit dem Smogalarm einen Wert fordert, der so weit hinabgesetzt wird, daß er mit Gesundheitsschutz nur mehr sehr wenig zu tun hat, sehr viel aber mit Panikmache, dann, glaube ich – und ich werte es so –, ist das nicht bewußte Umweltpolitik, sondern bewußte Lizitationspolitik. (Abg. Kammlander: „Das ist nicht von mir erfunden!“) Und es freut mich auch, daß sich ihr Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber bei der Umweltdebatte eingefunden hat. Ich habe immer geglaubt, es ist ihm die Umwelt ein Herzensanliegen, bis vor einer Viertelstunde hat er es nicht der Mühe wert gefunden, hier zu sein. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Ich habe mir das draußen angehört!“) Wenn sich das alle draußen anhören würden, (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Ich habe etwas gegessen. Ich habe mir das draußen angehört!“) Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Korber, wenn sich das alle draußen anhören würden, dann würde dieser Landtag bald sehr lieb aussehen. Mir sind die lieber, die herinnen sind. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Ich habe mir das draußen angehört. Dafür haben wir draußen ein Mikrofon!“) Mir sind trotzdem die Abgeordneten lieber, die herinnen sind. Es freut mich, daß Sie mich so freundlich behandeln. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Sie sollen denken, bevor Sie reden!“) Ich sage noch einmal, mir sind die Abgeordneten lieber – danke für die freundliche Behandlung –, die im Landtag sitzen, denn wir sind ja Abgeordnete des Landtages und nicht des Vorzimmers. Ich glaube – es ist ohnehin schon sehr spät –, daß es besser ist, wenn ich fortsetze. Es freut mich, vielleicht ist das erlaubt, daß die beiden grünalternativen Abgeordneten auch hier sind. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Machen Sie sich um mich keine Sorgen!“ – Abg. Kammlander: „Neuer, junger, bissiger Löwe!“) Frau Kammlander war es, die mit der Kritik begonnen hat, daß die beiden Großparteien bei der Umweltdebatte nicht hier sind. Ich war es nicht, der damit begonnen hat.

Aber jetzt zum Thema: Von Luft allein kann man nicht leben, heißt es in einem alten Sprichwort. Ohne sie erst recht nicht, muß man gerade in letzter Zeit dieser Weisheit in einem Atemzug hinzufügen. Gerade in den siebziger Jahren wurde diese simple Kenntnis aber leider sträflich vernachlässigt. In den letzten Jahren haben aber, Gott sei Dank, intensive Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung auf Landesebene eingesetzt, auf Bundesebene, muß man leider sagen,

fehlen diese bis heute noch weitgehend. Diese Maßnahmen des Landes zeigen in Teilbereichen, insbesondere gerade was den SO_2 -Gehalt der Luft betrifft, bereits Erfolge. Wir sind jedoch bei weitem nicht so weit, ein gutes Gewissen und somit ein sanftes Ruhe-kissen in Sachen Luft haben zu können. Leider wurde es von der alten Bundesregierung trotz eines Umweltministers und trotz eines Umweltstaatssekretärs, Herr Abgeordneter Mag. Rader, verabsäumt, das Dampfkesselemissionsgesetz auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen (Abg. Mag. Rader: „Das machen Sie jetzt alles!“) – das wird geschehen –, eine umfassende Energiesparpolitik einzuleiten, ein wirksames Smogalarmgesetz für Österreich zu verwirklichen. Bis heute müssen wir alle mit der Tatsache leben, daß 100.000 Tonnen an Schwefel, an Stickoxyden und an Kohlenwasserstoff auf uns und unsere Umwelt niederrieseln. Man darf diese Situation wirklich nicht beschönigen. Minister Dipl.-Ing. Riegler hat es ja gestern wieder sehr deutlich gesagt, welch dramatische Situation wir gerade, was das Waldsterben betrifft, haben. Ich bin aber zuversichtlich, daß es auch auf Bundesebene möglich sein wird, die notwendigen Schritte zu setzen, insbesondere auch unsere schwer geschädigten Wälder retten zu können. Bei einzelnen Luftverschmutzern stehen wir ja leider überhaupt erst am Anfang der Zurückdrängung dieser. Ich möchte nur ein Beispiel nennen: Bis heute ist es ja noch nicht einmal ansatzweise gelungen, den Individualverkehr einzudämmen, und zwar zugunsten öffentlicher Verkehrsmittel, was ja gerade in städtischen Ballungszentren auch bei uns in der Steiermark sehr wichtig wäre, obwohl wir alle wissen, daß zwei Drittel der Stickoxyde aus den Auspuffrohren kommen.

Vor dem Hintergrund der Grazer Luft- und Verkehrssituation kann man die von Vizebürgermeister Erich Edegger schon seit Jahren konsequent betriebenen Anstrengungen zugunsten des öffentlichen Verkehrs und auch der Radfahrer als zukunftsweisend nur begrüßen. Ich glaube, sie müßten von allen Fraktionen – auch von dir, Kollege Gennaro – mitgetragen werden.

Ein zweiter Bereich, der mir sehr wichtig erscheint und der auch überhaupt noch nicht erfaßt ist, ist der des Flugverkehrs. Bisher beschränken wir uns in unseren Aussagen hier auf Mutmaßungen. Ein Forschungsprogramm über die Auswirkungen der Luftfahrt ist für mich eine längst notwendige Forderung, die erfüllt werden müßte.

Wie sieht nun aber die gesamtsteirische Luftsituation tatsächlich aus? Um diese Frage klären zu können, hat das Land Steiermark in den beiden letzten Jahren immerhin insgesamt 20 Millionen Schilling investiert. Mit 37 dauerregistrierenden Überwachungsstationen ist die Steiermark das Bundesland in Österreich mit den meisten Meßstationen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das hören wir schon das zweite Mal!“) Sie werden es noch einmal hören. Dazu kommen noch die laufend durchgeführten Bleikerzen- und Staubbiederschlagsmessungen, durch die ein gezieltes Meßkonzept mit drei ortsgebundenen Stationen möglich ist, und die kurz vor der Anschaffung stehende, immerhin 4 Millionen Schilling teure mobile Meßstation für die innere Stadt. Damit kann die Grazer Luftsituation in Zukunft sehr genau erfaßt werden. Um die Luftüberwachung nach dem Steirischen Immissionsschutzplan sicherzu-

stellen und auch die umfassende Auswertung der Meßergebnisse gewährleisten zu können, wird derzeit ein neues System der Meßdatenübertragung von den einzelnen Stationen in eine neu zu errichtende Überwachungs- und Rechenzentrale in Graz aufgebaut. Diese genauen Messungen sind ja die Grundlage, um eine wirksame Politik gegen die Luftverschmutzung machen zu können. Ohne zu wissen, wie die Situation tatsächlich aussieht, kann ich nicht mit den von Ihnen geforderten Maßnahmen beginnen.

Welches Bild ergeben nun diese Messungen für die Steiermark? Um von dieser Schwarzmalerei wegzukommen und Ihnen plastisch ein Bild der tatsächlichen Situation geben zu können, habe ich ein Schaubild mitgenommen, das sehr deutlich die Situation der Steiermark aufzeigt. Wir haben Problemgebiete – das ist nicht zu verschweigen, und dagegen muß auch etwas gemacht werden. Die derzeitige Situation sieht folgendermaßen aus: (Abg. Dr. Hirschmann: „Du bekommst es mit nach Hause. Das hat er extra für dich gemacht!“) Ja, das werde ich Ihnen schenken. Die Stadt Graz, das Gratkorn Becken, der Raum Voitsberg-Köflach, Aichfeld-Murboden, das Gebiet um Trieben und die Mur-Mürz-Furche, beginnend von Leoben bis leider hinauf nach Mürzzuschlag, sind Gebiete, die in der Zone II liegen. Auch hier kommt es in Zukunft zu einer entscheidenden Verbesserung, da mit 1. November 1987 die von der Landesregierung bereits beschlossene strengere Verordnung über die Begrenzung der Emissionsgrenzwerte in Kraft treten wird. Diese Schadstoffkonzentrationen in den von mir vorher genannten Problemgebieten sind zwar noch weit davon entfernt, daß Smogalarm gegeben werden müßte, sie müssen aber nichtsdestotrotz gesenkt werden.

Man darf aber hier eines auch nicht verschweigen, daß beim SO_2 -Gehalt in den letzten Jahren schon Erfolge zu verzeichnen waren. So ist in Graz von 1980 bis 1985 das SO_2 -Jahresmittel immerhin um zwei Drittel zurückgegangen, während die Stickoxyde leider gestiegen oder zumindest gleichgeblieben sind. Aber auch in den steirischen Hauptproblemgebieten wird es in absehbarer Zeit zu einer weiteren Luftverbesserung kommen. Und diese Aussage ist jetzt keine Schönmalerei, man kann sie leicht verifizieren. In Graz fallen noch in diesem Jahr zwei Großemittenten zumindest zum größten Teil weg: Durch den Plabutschunnel wird Graz von einer großen Verkehrsbelastung befreit. Professor Pischinger von der Technischen Universität Graz hat errechnet, daß Autos, die durch den Plabutschunnel fahren, einen fünfmal geringeren Schadstoffausstoß haben als jene, die sich derzeit durch Graz quälen müssen. Und durch das Fernheizkraftwerk Mellach kann das Fernheizkraftwerk Puchstraße so weit abgestellt werden, daß es nur mehr zur Spitzenabdeckung herangezogen werden muß.

Auch im Gratkorn Becken wird es zu einer spürbaren Entlastung kommen, da die neue Kesselanlage der Leykam, übrigens ein steirisches Produkt der Waagner-Biró, in absehbarer Zeit ihren Betrieb aufnehmen kann. Im Voitsberg-Köflacher Raum wird durch die Abstellung von Voitsberg II und die ab 1987 wirksame 90prozentige Entschwefelung und die für 1989 geplante Entstickungsanlage ebenfalls – und Gott sei Dank muß man sagen – eine grundlegende Verbesserung eintreten, was auch für den Raum Aich-

feld-Murboden gilt, wo das Dampfkraftwert Zeltweg als Großemittent zu einer starken Verbesserung der eigenen Anlagen gebracht werden konnte.

In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch das Problem anschnitten, das heute schon von der Frau Abgeordneten Kammlander erwähnt worden ist: daß ja das Land nicht überaktiv werden kann, da ja die Kompetenzverteilung ihm in manchen Bereichen den Zugriff verwehrt. Bekanntlich muß man ja in Österreich bis heute zwischen Bundes- und Landesluft unterscheiden. Während der Bund für gewerbliche und Industrieanlagen, für das Dampfkesselmissionsgesetz und für den Verkehr zuständig ist, bleibt dem Land die Zuständigkeit beim Hausbrand. Aber auch hier haben wir einen entscheidenden Vorstoß zu einer Vereinheitlichung, nämlich die heute unter Tagesordnungspunkt 4 eingebrachte Regierungsvorlage, betreffend eine Vereinbarung über die Festlegung von Immissionsgrenzwerten für Luftschadstoffe und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt, ist ein erster Schritt dorthin. Hier ist das Land Steiermark, österreichweit gesehen, Vorreiter. Wir sind das Bundesland mit den strengsten Werten beim Schwefelgehalt, nämlich mit einem Schwefelgehalt von einem Prozent bei Heizöl schwer haben wir die strengste Regelung Österreichs. Der Bund duldet leider bis heute noch zwei Prozent.

Meine Damen und Herren! Während es durch entsprechende Auflagen bei den Betriebsgenehmigungsbescheiden sehr wohl möglich sein wird, die Großemittenten in den Griff zu bekommen und somit zu einem umweltfreundlicheren Verhalten zu bewegen, wird es nicht leicht sein, das breit gestreute Feld des Hausbrandes in den Griff zu bekommen, dessen Luftverschmutzung ja auch nicht übersehen werden darf. Einerseits wird durch die mangelnde energetische Erneuerung der Häuser – ich brauche nur das Stichwort „mangelnde Wärmedämmung“ zu nehmen – zuviel wertvolle Energie in die Luft geblasen, andererseits werden aber auch unkontrolliert Stoffe verheizt, die hohe Schadstoffkonzentrationen an die Luft abgeben. Hier warten sicherlich große Aufgaben auf das Land Steiermark. Es muß verstärkt gelingen, die Bevölkerung über richtiges Heizen aufzuklären und durch die geplante Qualitätsverordnung für feste Brennstoffe von vornherein gewisse, bis heute verwendete Brennstoffe zu verbieten. Diese Bewußtseinsbildung, die im Bereich des Hausbrandes Platz greifen muß, ist auch, was den Individualverkehr betrifft, unbedingt notwendig. Die Einführung des Katalysators ist sicherlich wichtig, sie ersetzt aber keinesfalls ein notwendiges neues Fahrverhalten, das unabdingbar ist, wollen wir das Waldsterben tatsächlich in den Griff bekommen. Hier müssen mutige Schritte gesetzt werden, die sicherlich nicht immer auf die Zustimmung der Autofahrer stoßen werden und oft auch gar nicht populär sein können.

Lassen Sie mich daher noch, wie es die Frau Abgeordnete Kammlander gefordert hat, die Schwerpunkte des Landes Steiermark an den Bund nennen und die Schwerpunkte der künftigen steirischen Luftpolitik zusammenfassen: Das Land Steiermark fordert von der Bundesregierung die Verabschiedung eines bundesweiten Smogalarmgesetzes. Dieses Gesetz soll als Grundlage die Immissionschutzvereinbarung, die die

Landeshauptmännerkonferenz am 22. Jänner dieses Jahres verabschiedet hat und wo die entsprechende Regierungsvorlage auch heute eingebracht worden ist, haben. Das Land fordert auch vom Bund ein neues Luftreinhaltegesetz für Dampfkesselanlagen samt der längst überfälligen dritten Durchführungsverordnung sowie eine Neukonzeption des gewerblichen Betriebsanlagenrechtes und auch die Herausgabe von Verordnungen über höchstzulässige Immissionen. Auch wird eine weitere Entschwefelung vor allem bei Heizöl schwer gefordert. Das Land fordert aber nicht nur, sondern das Land wird auch selbst in Zukunft weiter deutliche Akzente setzen, um eine bessere Luft in unserem Bundesland zu erreichen. Die bereits aufgebaute Luftüberwachung wird weiter ausgebaut und vor allem durch die neu zu errichtende Überwachungs- und Rechenzentrale in Graz auch dann effizient eingesetzt werden, um entsprechende Maßnahmen einleiten zu können.

Der Smogalarmplan für die Steiermark wird auf Grundlage der strengeren Immissionsgrenzwerte der Verordnung vom 19. Jänner dieses Jahres neu gefaßt werden. Das Zwölf-Punkte-Programm des Landes gegen das Waldsterben, derzeit weisen leider 21 Prozent der untersuchten Bäume Kronenverlichtungen auf, die über das natürliche Ausmaß hinausgehen, wird konsequent fortgesetzt. Das Fernwärmeausbauprogramm wird beschleunigt werden, eine Qualitätsverordnung für feste Brennstoffe wird erlassen werden. Ich glaube, das kann man mit Recht behaupten, daß wir zuversichtlich sein können – und jetzt hört es der Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber zum dritten Mal –, denn mit strengsten Werten hinsichtlich des Schwefelgehaltes bei Heizöl, mit der Vorreiterfunktion von Mellach bei der Entschwefelung und Entstickung ist dem Land Steiermark ja schon viel gelungen, was jedoch nicht heißen soll, daß nicht noch viel auf uns wartet. Aber saubere Luft ist sicher machbar, wenn der politische Wille vorhanden ist. Und der ist beim Landesrat Dipl.-Ing. Schaller sicherlich vorhanden. Durch die gemeinsame Arbeit von uns allen, und nicht durch ständiges unqualifiziertes Totjammern unserer Luft und unserer Umwelt, ohne konstruktive Vorschläge auf den Tisch zu legen, werden wir auch diese Herausforderung bewältigen. Davon bin ich zumindest fest überzeugt. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader, dem ich es erteile.

Abg. Mag. Rader: Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Ich habe insbesondere meinem Vorredner sehr genau zugehört. Und das, was er gesagt hat, und die Art, wie er es gesagt hat, sind eigentlich völlig ident mit Umfang, Aufmachung und Stil jenes Umweltberichtes, über den wir zu diskutieren haben. Er zeigt den ungeheuren Eifer in der Theorie und die totale Hilflosigkeit in der Praxis. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich diese These an Hand einiger konkreter Beispiele herausarbeiten, die zum Teil schon angerissen wurden, die aber – und das zeigt vor allem die Vereinbarung, die wir jetzt abzusegnen haben – aus einem Kompetenzwirrwarr entstehen, das in Wahrheit niemand mehr durchschauen kann. Oder glauben Sie,

Sie können einem einzigen Menschen in der Steiermark heute erklären, warum jetzt der Landtag vermutlich einstimmig eine Vereinbarung absegnen wird, die Werte beinhaltet, die schon längst überholt sind, weil man in der Steiermark durch eigene Verordnungen schon viel weiter gegangen ist und weil im Hause schon wieder neue Anträge mit neuen Grenzwerten liegen, die unter jenen liegen, die heute abgeseget werden sollten. Und im übrigen glaube ich, daß man an Hand dieses Beispiels des Umweltschutzes einmal den Föderalismus in unserem Staat einer ernsthaften Überprüfung unterziehen muß. Ich bin begeisterter Föderalist, nur, ich sehe überhaupt nicht ein, daß es in Wahrheit so ist, daß alle Gebietskörperschaften der verschiedenen Ebenen sich mit denselben Themen beschäftigen, alle zu anderen Schlüssen kommen, alle irgendwelche Werte und Vorgangsweisen festlegen, von denen schlußendlich kein Mensch mehr weiß, wie sie jemals realisiert werden sollen und wem sie eigentlich zu folgen haben. Das ist die Problematik. Und wenn der Kollege Dr. Lopatka hier angerissen hat, daß zwar die Schwefeldioxydwerte in Graz deutlich zurückgegangen sind, die Fragen des NOX, der Stickoxyde aber angestiegen, dann ist das auch eine Frage, daß man die Kompetenzen, die man hat, wahrnimmt. Sie wissen, Herr Kollege Dr. Lopatka, daß es zwar Bescheide gibt im Zusammenhang mit Gratkorn, die Sie ja angeschnitten haben und die Sie in die Ebene der Verbesserungen eingestuft haben, ich nehme aber auch an, daß Sie wissen, daß Sachverständige den Gesamtausstoß pro Tag des neuen Kessels in Gratkorn mit 4 bis 4,5 Tonnen NOX veranschlagen, Werte, die übrigens auch von der Firmenleitung nicht bestritten worden sind. Und Sie wissen auch, daß wir in der Steiermark gerade in diesem Kessel herunter eine Luftströmung haben, die sicherstellt, daß sich diese 4 bis 4,5 Tonnen NOX täglich zum größten Teil in Graz niederschlagen und hier die Grazer Luft belasten. Das ist die Praxis der Anwendung der theoretischen Umweltbereiche.

Und wenn sich der Kollege Dr. Lopatka zu Recht auch mit dem Flugverkehr sehr beschäftigt hat, dann haben Sie das praktische Gegenstück beim nächsten oder übernächsten Tagesordnungspunkt, wo wir gemeinsam wahrscheinlich mit großer Freude darüber befinden werden, daß der Flughafen Thalerhof ausgebaut werden wird. Ich habe hier eine Meldung, wo der Flughafendirektor, Herr Gemeinderat Eder, feststellt, daß es im vergangenen Jahr 35.600 Starts oder Landungen gegeben hat, an manchen Tagen bis zu 120 Flugbewegungen. Das ist leider Gottes das Äußerste – hat er gesagt –, deswegen muß ja ausgebaut werden, und wir tun das auch. Und damit man auch die Werte kennt, die sich nunmehr künftig am Thalerhof abspielen werden, ich habe extra nicht die Lärmwerte herausgenommen, weil das nur ein Bereich ist. Wir haben uns über die Luft unterhalten, und ich habe mir herauschreiben lassen, welche Flugzeuge künftig am Grazer Thalerhof landen werden. Im verstärkten Maße werden manche erst erstmals landen, weil die neuen Ausbaustufen das erst ermöglichen, und habe die gegenübergestellt den Kilopond, die man Schub braucht, um dieses Flugzeug beim Start hochzubringen, weil ja das nicht nur über den Lärm Auskunft gibt, sondern insbesondere vor allem über die Luftbelastung. Sie erlauben – es ist anscheinend ein Hobby

von mir –, daß ich das gegenüberstelle einem Flugzeug, über das pausenlos diskutiert worden ist in den letzten Wochen, nämlich dem Militärflugzeug Draken. Er hat übrigens ein maximales Startgewicht von 15 Tonnen und hat Triebwerke mit Nachbrennerschub von 7830 Kilopond. Und jetzt stelle ich diesen Schub von 7830 Kilopond den Kilopond der Flugzeuge, die künftig starten werden, gegenüber. Das wird sein der Airbus A 300 mit 24.000 Kilopond, das wird die Boeing 707 mit 8650 Kilopond sein, die Boeing 747 mit 24.834 Kilopond, die erste davon, der sogenannte Jumbo, wird im Mai am Grazer Thalerhof landen, die DC 8 Super mit 10.900 Kilopond, die DC 9 Super 80 mit 8391 Kilopond, die DC 1030 mit 23.814 Kilopond, die Iljuschin mit 12.000 Kilopond und die Tupolew mit 10.400 Kilopond. Das, meine Damen und Herren, ist nämlich jetzt der Unterschied zwischen der theoretischen Vertretung dessen, wir müssen endlich etwas gegen den Flugverkehr unternehmen und gegen diese unerhörten Luftbelastungen, die daraus erfolgen, und wahrscheinlich 20 Minuten später werden genau dieselben Abgeordneten, die diese Forderungen erhoben haben, einem Ausbaukonzept zustimmen, das eine ungeheure zusätzliche Luftbelastung am Thalerhof bringen wird.

Meine Damen und Herren, damit bin ich beim nächsten Thema, das die meisten Redner angeschnitten haben, bei der Frage der Müllentsorgung. Wir sind heute vormittag mit zwei Initiativanträgen, je einem der ÖVP und der SPÖ, überrascht worden, und ich habe mich insofern gewundert, weil ich eigentlich davon ausgegangen bin, daß die Verhandlungen, die der zuständige Landesrat Dipl.-Ing. Schaller mit den Fraktionen aufgenommen hat, ernst gemeint sind und daß man über eine gemeinsame Lösung wirklich verhandelt. Ich schließe daraus, daß diese Verhandlungen nicht gewünscht werden, sondern daß Sie die Absicht haben, Ihre Formen der Müllentsorgung auf jeden Fall durchzuboxen. Ich nehme das zur Kenntnis. Aber erlauben Sie mir, daß ich mich trotzdem mit der Frage der Lösung beschäftige, die Sie anstreben. Wir haben im Jahre 1974 – nicht wir, ich war nicht im Hause, aber die damaligen Abgeordneten dieses Hauses – zur Kenntnis genommen, daß die unerhörte Anzahl von wilden Deponien eine gigantische Umweltbelastung in der Steiermark bringt und daß daher die künftige Müllentsorgung einer vernünftigen Ordnung zuzuführen ist. Zielsetzung – und wer die Stenographischen Berichte der damaligen Debatte liest, wird das sehen – war, daß es künftig vor allem auch technische Anlagen gibt. Es wird hier ausdrücklich und schwerpunktmäßig nicht von Deponien, sondern von Müllverbrennungsanlagen gesprochen und daß diese technischen Anlagen auch sicherstellen, daß wir eine ordentliche Müllentsorgung haben. Vor allem wurde ein Problem frühzeitig erkannt, und zwar viel früher als in allen anderen Bundesländern, daß nämlich die Tatsache, ob es funktioniert oder nicht funktioniert, eine Frage der Standortsuche, der Standortauswahl und schlußendlich auch der Standortfestsetzung und -durchsetzung ist. Man ist damals einen weiten Schritt weiter gegangen als die anderen Bundesländer und hat die Standortauswahl einer Verordnung des Landeshauptmannes unterworfen, weil man erkannt hat, daß es undenkbar ist, den Bürgermeistern und den Gemeinden die Verantwortung für die Müllentsorgung in allen Bereichen aufzu-

bürden. Das war vor 13 Jahren, meine Damen und Herren. Die bittere Wahrheit ist, daß man zwar seit 13 Jahren einen Gesetzesauftrag an den Landeshauptmann, diese Standorte festzulegen, hat, in Wahrheit diesem Gesetzesauftrag bis heute nicht nachgekommen ist. Und die Müllentsorgungsanlagen, die in der Zwischenzeit entstanden sind, sind nicht entstanden, weil es die optimalen Standorte sind, die man braucht, sondern sie sind nach dem Zufälligkeitsprinzip entstanden. Und als wir gemeinsam mit dem Herrn Präsidenten Wegart und mit dem Herrn Abgeordneten Fuchs unten in Halbenrain bei dieser Demonstration gestanden sind, da ist das ja auch deutlich geworden: Halbenrain wäre heute nicht der Müllkübel der Steiermark, wenn Graf Stürgkh nicht zufällig in finanzielle Schwierigkeiten gekommen wäre und sich hier Grundstücke angeboten hätten, die überhaupt keine optimale Voraussetzung für Müllentsorgungsanlagen haben, nur hat man dieses Grundstück halt eben gerade erwirbt und dort den ganzen Müll hineingeschüttet. Übrigens mehr Müll und anderen Müll, als die meisten Menschen unter überhaupt wissen und glauben. Ich habe Beweise dafür, meine Damen und Herren – und das wird den Kollegen Harmtodt interessieren, der neben dem Kollegen Fuchs steht, und ich hoffe, daß du ihm da gleich hier die Leviten lesen wirst –, daß derzeit giftiger Chromabfall und Müll aus der Lederfabrik Schmidt in Feldbach nach Halbenrain hinuntergeführt werden und dort nicht nur zwischengelagert werden – wie behauptet wurde –, sondern endgelagert werden. Denn erklären Sie mir, wie eine Zwischenlagerung stattfindet, wenn der Lkw oder der Müllwagen das ableert und dann eine Schubraupe darüberfährt. Das kann keine Zwischenlagerung sein. Übrigens genau dasselbe, wie der berühmte Bram von Graz angeblich draußen in Voitsberg zwischengelagert wird. Der wird dort nie mehr herauskommen! Das ist überhaupt Schilda in der Steiermark, daß hier in einer großen, wunderbar funktionierenden Anlage Brennstoff aus Müll gemacht wird, in schönen Quadern, schön mit Draht verpackt, transportfähig, dann in einen Container hineingebracht wird, nach Voitsberg geführt und dort in den Karlschacht geschmissen und dann mit einer Schubraupe wieder zugewalzt wird. Ich frage mich nur, bitte, wofür man die hohen Kosten aufwendet, um zuerst den Bram aus dem Müll herauszufiltern. Das ist Schilda, meine Damen und Herren. Und so findet das derzeit statt, und nach der Lösung, die Sie anstreben, und zwar bitte beide – da gibt es keine wesentlichen Unterschiede in den Gesetzesentwürfen. (Abg. Dr. Maitz: „Haben Sie einen Gegenvorschlag?“) Ja, habe ich –, werden Sie künftig ordentliche Standorte wieder nicht finden, weil Sie die Verantwortung für die Festlegung der Standorte aus dem Bereich des Landeshauptmannes abgeben und diese Verantwortung den Bürgermeistern wieder umhängen, die schon einmal an dieser Verantwortung gescheitert sind. Das ist die Realität, meine Damen und Herren. Und das ändert überhaupt nichts daran, daß Sie jetzt den Versuch unternehmen, mit der Konstruktion von Gemeindeverbänden hier diese Verantwortung zu mildern. Es gibt keinen Gemeindeverband nach diesen Lösungen, die Sie vorgeschlagen haben, der die politische Kraft und der die finanzielle Kraft hat, auch technische Anlagen sicherzustellen und zu betreiben, sondern Sie geben die Verantwortung

zurück in den Bereich der Gemeinden, bevor die steirische Bevölkerung draufkommt, daß der Landeshauptmann 13 Jahre versagt hat. Das ist die Realität.

Und dieser Gesetzesentwurf, meine Damen und Herren (Abg. Dr. Maitz: „Das ist keine Realität, sondern ein Unsinn!“), wie er ursprünglich von der ÖVP vorgelegt wurde und nunmehr fast gleichlautend auch von der SPÖ vorgelegt wird, ist eine der größten Abseilerpartien eines verantwortlichen Funktionärs aus seiner persönlichen Verantwortung für die Lösung eines gigantischen Problems, von dem, Gott sei Dank für Sie, die Menschen in der Steiermark noch nicht endgültig erkannt haben, wie schwerwiegend es sein wird. Und wenn man in etwa fünf bis zehn Jahren draufkommt, daß die Steiermark in Wahrheit im Dreck erstickt, dann werden Sie sagen können, daß Sie schon vor zehn Jahren die Verantwortung in einen anderen Bereich legiert haben und daß andere schuld sind. Sie betreiben keine Problemlösung, sondern die Suche nach einer anderen Ebene, die verantwortlich ist. Ich verstehe das, Herr Kollege Dr. Maitz, aus Ihrer Sicht. Es waren Ihre Landeshauptmänner, die 13 Jahre die Verantwortung dafür getragen haben. Ich verstehe das politisch aus Ihrer Sicht, obwohl ich eine andere Auffassung von verantwortlicher politischer Tätigkeit habe.

Was ich aber nicht verstehe, ist, daß die Sozialistische Partei in diesem Hause diesem Versuch (Abg. Dr. Maitz: „Ist auch so vernünftig, diese Frage zu lösen und nicht so zu reden!“), sich aus der Verantwortung abzuseilen, Schützenhilfe leistet. Obwohl es gerade diese Fraktion war, die in den letzten Jahren in Budgetdebatten immer wieder darauf hingewiesen hat, daß in Wahrheit der Landeshauptmann hier seiner Kompetenz nicht nachgekommen ist, gibt man ihm jetzt die Möglichkeit, sich aus dieser Kompetenz herauszustehlen und schlußendlich dann nicht verantwortlich zu sein. Das begreife ich nicht, meine Damen und Herren! Das begreife ich überhaupt nicht.

Ich habe mir diese Bestimmung, über die wir früher geredet haben, gerade angeschaut. Jene Pläne, die per Verordnung nach eurem Gesetzesentwurf erlassen werden sollen, muß wieder der Gemeinderat erlassen, und das wird nicht funktionieren. Sie wissen auch ganz genau, daß diese Gemeindeverbände, die Sie gleichlautend in Ihren Gesetzesentwürfen vorgeschlagen haben, in Wahrheit mit optimalen Versorgungsgebieten nicht ident sein können. Vielleicht noch für den Bereich Graz und sein Umland, aber auch da nicht so ganz sicher. Sie wollen, daß anschließend diese Verbände untereinander verhandeln, welche optimalen, auch verbandsübergreifenden Entsorgungsmöglichkeiten es gibt. Was tun Sie denn damit? Eine Heerschar von 500 Funktionären hetzen Sie in jahrelangen Verhandlungen aufeinander, und die werden schlußendlich zu keinem Ergebnis kommen können. (Abg. Harmtodt: „Wir haben das zusammengebracht. Wir haben schon eine Gemeinschaft!“) Das ist die Realität, lieber Kollege Harmtodt. Und wenn das denn so weit ist, daß die Hälfte bis zwei Drittel der steirischen Gemeinden in derselben grauenhaften Situation sind wie heute die Stadt Graz, dann werden Sie aufwachen und möglicherweise wieder eine neue Lösung vorschlagen. Nur dann, meine Damen und Herren, wird es zu spät sein. Denn du weißt auch ganz genau, lieber Kollege Harm-

totd, daß der Vertrag, den die Stadt Graz im Moment hat, in Wahrheit ein Scheinvertrag ist und daß die Entsorgung der Landeshauptstadt mit dem Vertrag mit der VOEST wirklich nicht funktioniert hat – derzeit nicht funktioniert und auch künftig nicht funktionieren wird. Außer, es geschieht genau das Gegenteil von dem, was der Kollege Dr. Lopatka vor zehn Minuten als so wunderbare Lösung hingestellt hat, daß nämlich die Puchstraße nicht zurückgenommen wird, sondern daß in der Puchstraße die Verbrennung des Grazer Mülls stattfindet. Aber da wird sich keiner finden, der sich getraut, einen derartigen Vorschlag zu unterbreiten.

Meine Damen und Herren, es ist tragisch! Und das, was derzeit an Verfahren für neue Mülldeponien läuft (Abg. Schützenhöfer: „Es ist tragisch, daß wir einen solchen Fachmann, wie Sie einer sind, nicht in der Regierung haben!“), wie etwa unten im Kaiserwald, wird von Ihnen, lieber Kollege Schützenhöfer, halt auch unterschiedlich betrachtet, je nachdem, in welcher Situation man ist. Ich erinnere mich gut, wie der frühere Umweltlandesrat Dipl.-Ing. Riegler hier von dieser Stelle aus im Zusammenhang mit diesen Verfahren deutlich gemacht hat, daß man nicht so ganz einfach vorgehen kann und daß der Umweltbereich als viel wichtiger zu erachten ist und daß die Menschen alle ihre Probleme und Sorgen, die sie vor allem im Zusammenhang mit dem Grundwasser und Naherholungsgebiet haben, vom Land unterstützt bekommen sollen. Ich habe das noch gut im Ohr. Er ist im Februar Bundesminister für Landwirtschaft geworden und hat das Riesenpech gehabt, daß genau zu diesem Zeitpunkt wieder ein Verfahren im Zusammenhang mit dem Kaiserwald gelaufen ist und daß sein Ministerium um eine Stellungnahme gebeten worden ist, wie er sich dazu stellt, daß es eine aufschiebende Wirkung für ein außerordentliches Rechtsmittel beim Verwaltungsgerichtshof im Zusammenhang mit dem Kaiserwald gibt. Am 27. Februar 1987, also in einer Zeit, wo der Herr Bundesminister nicht nur schon verantwortlich, sondern auch bereits eingearbeitet war – er ist ja sehr kompetent schon nach Wien gekommen –, hat sein Ministerium zur großen Empörung der Bürger zu Halbenrain festgestellt: „Darüber hinaus vermag die belangte Behörde“ – das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft – „nicht zu erkennen, inwiefern mit der Ausübung der mit dem in Beschwerde gezogenen Bescheid“ – also im Kaiserwald – „erteilten Bewilligung für die Beschwerdeführer ein unverhältnismäßiger Nachteil verbunden wäre.“ Meine Damen und Herren, 14 Tage in Wien und wir sehen die Probleme in der Steiermark schon ganz anders. Das ist die Realität, wie sie sich Ihnen jetzt darstellt, seit Sie in diese Bundesregierung eingetreten sind. Und wenn Sie seinerzeit möglicherweise mit etwas Berechtigung – das gebe ich Ihnen durchaus zu – unseren Freunden vorgeworfen haben, manche Dinge etwas anders zu sehen nach ein paar Monaten Einlaufzeit, wenn man in einer Bundesregierung und nicht Oppositionspolitiker ist, dann darf ich Ihnen ein Kompliment machen. Sie haben nur zwei Wochen gebraucht, um die Dinge ganz anders zu sehen als vorher als Oppositionspartei. Das ist die Realität, meine Damen und Herren. Das ist immer dann dieser Widerspruch zwischen der Theorie und der Praxis. Und wenn wir in diesem vorliegenden Bericht, Herr Kollege Dr. Maitz, auch eine Passage

haben (Abg. Dr. Maitz: „Das ist billigste Effekthascherei!“) über den Umweltfonds, einen Umweltfonds, den Sie sich ja jahrelang einzuführen gewehrt haben. Sie erinnern sich, wir haben jahrelang Initiativanträge eingebracht auf Einrichtung eines steirischen Umweltfonds. Sie haben sich dann schlußendlich doch breitgeschlagen lassen und haben mitgeteilt, mit großem Pomp übrigens mitgeteilt – so viel Effekthascherei bringe ich gar nicht zusammen, da kann ich noch jahrzehntelang üben (Abg. Dr. Maitz: „Sie sind darin sehr gut!“) –, daß Sie Ihre Anteile bei der ÖDK verkaufen werden, um hier Geld für den Umweltfonds zu bekommen. Geschehen ist absolut Null, Null Komma Null. Gar nichts haben Sie verkauft, es gibt auch keinen, der sie Ihnen abkauft. Da haben Sie in der Zwischenzeit auf Bundesebene bereits mit dem Abschluß des Koalitionsübereinkommens vom 16. Jänner einen neuen zukunftsweisenden Schritt getan. Sie haben nicht nur das Ministerium abgeschafft, bitte, Namen sind Schall und Rauch. Es ist die Frage, was man tut. Aber was Sie auch getan haben, Sie haben auf Bundesebene bereits den Umweltfonds wieder eingestampft. Es gibt ihn nicht mehr. Ich warte nur auf den Zeitpunkt, wo Sie den in der Zwischenzeit mit gar nicht viel Freude geschaffenen Landesumweltfonds ebenfalls wieder einstampfen werden und er sich als wirkliche Seifenblase, lieber Kollege Dr. Maitz, herausgestellt haben wird. Im übrigen hielt ich es für vernünftig, wenn im Rahmen dieser Debatte heute dem Landtag berichtet wird,

erstens: wieviel aus dem steirischen Umweltfonds gefördert wurde, mit welchen Summen;

zweitens: welche Betriebe das waren, zumindest branchenweise.

Und was mich besonders interessiert, wer über diese Förderungen in welcher Art und Weise entschieden hat. Und was mich auch noch interessiert, warum Sie eigentlich nach Einführung des Umweltfonds eineinhalb Jahre gebraucht haben, um die ersten Überlegungen über Förderungen überhaupt anzustellen. Man berichtet mir – es wird bestimmt falsch sein, Sie werden mir das Gegenteil beweisen können –, daß es im wesentlichen daran gescheitert ist, daß Sie sich nicht einigen konnten, wie Sie politisch den Zugriff zum Umweltfonds verteilen. Und da haben die Betriebe eineinhalb Jahre warten müssen, weil Sie sich politisch nicht einigen konnten, wer da alles mitredet. Es ist eine Schande für die steirische Umweltpolitik, meine Damen und Herren, daß auch diese Frage derartig verpolitisiert ist und daß man auch mit dieser Frage eher daran denkt, wie sehr man da mitnaschen und mitarbeiten und mitreden kann, als daß man an die Betriebe denkt. Meine Damen und Herren, wir werden diesen Umweltbericht zur Kenntnis nehmen, zur Kenntnis nehmen unter dem, was er ist. Ein Versuch, in der Theorie den großen Eifer darzustellen, den ich persönlich auch dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller zubillige, und gleichzeitig den Beweis, daß Sie in der Praxis hilflos sind. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Klasnic: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Josef Korber.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: Ich habe mir einleitend erlaubt, diese Karte des Herrn Dr. Lopatka, eines der jungen Löwen des Herrn Landeshauptmannes, noch

einmal zu präsentieren. Ich möchte darauf hinweisen, das die Breitenau nicht einmal als Krisengebiet ausgewiesen ist. Das ist das Gebiet, wo die Steiermark zu verkarsten beginnt. Ich glaube, wer das einmal gesehen hat, weiß, wie traurig (Abg. Dr. Pfohl: „Ich wohne in der Breitenau. Übertreiben wir nicht!“) das ist. Und wenn Sie glauben, daß das nicht drinnen sein muß, dann muß ich Ihnen sagen, dann ist die Karte falsch. Als Zweites das Gebiet Gleinstätten: In Gleinstätten gibt es bereits Bauernvereinigungen und Schutzverbände, die sich gegen dieses ganze Ziegelwerk mit der Flurbelastung wehren, weil dort ein ganz starkes Waldsterben stattfindet. Das ist nicht einmal eingetragen. Ich weiß nicht, aus welchen Gründen. Vielleicht ist Gleinstätten ein heiliger Ort. Ich weiß es nicht. Das Gebiet um die Perlmoser, Mureck, ist auch nicht drinnen. Das heißt, diese Karte ist in wesentlichen Punkten nicht nur falsch, sondern unvollständig. Ich möchte aber jetzt zum Umweltbericht des Landes Steiermark ebenfalls hinweisen, daß im Umweltlandesfonds praktisch im heurigen Budget kein Schilling dazugekommen ist mit dem Argument, es wäre ohnedies noch so viel darauf. Man hätte nicht gewußt, was man mit dem Geld macht. Ich möchte aber eines sagen, für die Sanierung einer Deponie, zum Beispiel Köglerweg, wäre das Geld sofort weg. Ich möchte mir nicht wegnehmen lassen, daß ich hier versuche, 360 Seiten stichwortartig durchzugehen, und zwar konkret auf die verschiedenen Themen einzugehen. Und zwar deswegen, weil ich glaube, daß so eine eminent wichtige Arbeit, die sicher gewissenhaft von der Beamtenschaft geführt wurde, auch einer politischen Betrachtung bedarf. Ich bedaure es zutiefst, daß nicht einmal die FPÖ, geschweige wir, dieses Konzept jemals vorher – vor Drucklegung – in die Hand bekommen haben. Das ist für mich eine Verschwendung von Steuergeldern, denn man hätte gewisse Dinge sicher noch gemeinsam besprechen sollen, müssen und können. Ich schreite hier an die Trinkwassersituation für 80.000 Menschen im Leibnitzer Feld. (Abg. Dr. Lopatka: „Sie sind der Gescheiteste in diesem Haus!“) Du brauchst mich jetzt gar nicht zu unterbrechen, ich rede von der Wasserversorgung für 80.000 Menschen im Leibnitzer Feld. Mir fehlt hier zum Beispiel das Wort „Atrazin“, von Nitrat gar nicht zu reden, denn das ist eine Beschönigung. Es sind bereits nachweislich Werte von 130 Milligramm gemessen worden. Und was hier angegeben wird, praktisch bis zu 100, das ist immerhin noch 30 Prozent unter dem, was tatsächlich bereits ist. Das Wort „Atrazin“ ist bereits heute ein Reizwort, nicht nur für uns im Landtag, sondern auch für jene, die das Wasser konsumieren müssen. Atrazin wird man auch sehr schwer aus dem Wasser herausbekommen. Das sind ganz wesentliche Dinge. Man muß sagen, wenn man hier so einen Bericht macht, was macht man mit Atrazin. Es gibt sicher nur eine Möglichkeit, einfach das Atrazin nicht mehr in der Landwirtschaft zu verwenden. Ein wesentlicher Punkt ist natürlich die Frage „Alternative“. Herr Kollmann, Sie sind Druckereibesitzer, Sie kennen sich vielleicht bei Druckereien aus, aber – ich glaube – mit dem Wasser in Leibnitz haben Sie sich noch nicht viel beschäftigt.

Alternative Bewirtschaftungsform: Wir erwarten, daß in diesen Grundwasserschutz- und -schongebieten für 80.000 Menschen Bewirtschaftungsformen auch vorgeschrieben werden. Es geht nicht an, daß unten

Schweinemäster die Schweine-KZs betreiben, nicht mehr wissen, wohin mit ihrer Gülle, und keine wasserrechtliche Bewilligung da ist. Da möchte ich einmal an die Wasserrechtsbehörde appellieren, denn die Betriebe haben nicht einmal die Fläche, daß man sie landwirtschaftlich aufbringt. Das bedarf einer wasserrechtlichen Bewilligung, hier gehen natürlich die Stickstoffe direkt ins Grundwasser, von Antibiotika und den anderen Dingen gar nicht zu reden. (Abg. Kollmann: „Ich mache Ihnen einen Vorschlag. Machen Sie einen schriftlichen Gegenbericht!“) Ich nehme mir das heraus, das einmal durchzugehen. Wir werden das jetzt nachholen, was wir sozusagen wirklich im kollektiven Rahmen – da möchte ich vor allem an Landesrat Dipl.-Ing. Schaller appellieren – als positiv herausstellen, beim Bodenschutzgesetz geht es ja auch. Warum geht es nicht bei solchen wesentlichen, eminenten Dingen? Beim Bodenschutzgesetz ist es möglich, daß wir in Gesprächen versuchen, das Konzept nicht nur auszuweiten, sondern auf die wesentlichsten Dinge zu kommen. 360 Seiten sind viel, aber es sind gewisse Dinge drinnen, auf die wir lebhaft verzichten können. Dafür fehlen aber manche, über die wir heute und hier reden müssen.

Altlasten: Wir haben im Bereich von Graz bis Leibnitz 50 Altdeponien. Und wenn man schreibt, daß das noch keine aktuellen akuten Probleme sind, dann muß ich einfach sagen, weil man hier nicht bereit ist, das zu machen, was man beim Köglerweg machen mußte, nämlich die Grundwasserströme unter diesen Deponien zu messen. Beim Köglerweg ist es so weit gekommen, daß Gärtnereibesitzer, die ich auch der ÖVP zurechne, Wirtschaftsbund, nicht einmal dieses Wasser mehr zum Gießen ihrer Gartenpflanzen verwenden konnten, ohne nicht Schäden in einem Betrag von Hunderttausenden Schilling zu erleiden. Ich möchte den Namen jetzt nicht nennen, aber Sie wissen sicher, wen ich meine. (Abg. Ing. Stoisser: „Das ist ein Freiheitlicher!“) Nein, der ist Ihrer Partei zuzurechnen. Er hat mir auf jeden Fall zugestanden, daß er beim Wirtschaftsbund ist und daß man für ihn eigentlich reichlich wenig gemacht hat. Außerdem hat er dann den Wasserzins für Monate zahlen müssen, das sind auch Beträge in fast 100.000-Schilling-Höhe. Also zuerst geschädigt und dann noch zahlen. Ich nenne den Namen dann nachher. Es ist für uns sozusagen eine ökologische Schizophrenie, wenn man diese 50 Altlasten hier nicht als wesentliche Sanierungsdinge, gerade die den Umweltschutzfonds betreffen, sieht. Für die Sanierung haben Sie ja niemanden mehr, bitte! Die Gemeinde will davon nichts mehr hören und sehen, Sie haben keinen Privaten, den Sie haftbar machen können, und den Grundbesitzer, dem die Schottergrube einmal gehört hat, zur Verantwortung zu ziehen, das wäre Konkurs und wirtschaftlich gar nicht drinnen. Sie werden keinen finden, der von sich aus diese Depomien saniert. Das heißt, der Umweltlandesfonds wäre in diese Richtung zielführend einzusetzen, und daher ist es bedauerlich, daß man beim heurigen Budget nicht einmal einen Schilling dazulegen hat – nicht einmal als Symbol einen Schilling.

Hier geht es um die Abwasserbeseitigung: Das ist sicher ein ganz wesentlicher Punkt. Hier wird sehr viel getan – muß ich sagen – auf dem Gebiet der technischen Kläranlagen, und man ist auch heute so weit,

daß man diese ganzen Großkläranlagen, sprich „Abwassersaurier“, versucht zu dezentralisieren, um auch das Klärschlammproblem in den Griff zu bekommen, denn eines ist klar: Ich kann die schönste Planung machen, aber wenn mir der Planer nicht garantiert, was mit dem Klärschlamm nachher passiert, wie er sozusagen zu entsorgen ist, dann ist dieses Projekt für mich sinnlos. Man kommt heute darauf, daß man häusliche Fäkalwässer eben nicht mit Gewerbe- und Industrierwässern vermischen soll, weil dann das Klärschlammproblem praktisch fast unlösbar ist. Wir wissen, daß heute Industriebetriebe in der Steiermark sicher eminent wirtschaftlich arbeiten – ich denke vor allem an Schmidt und wie sie alle heißen –, daß sie auch meiner Meinung nach schlecht beraten sind, das Chrom läßt sich wiederverwerten und in die Produktion wieder eingliedern. Daß man das dann nach Halbenrain bringt, das ist irgendwie eine Ironie am Rande. Der Herr Abgeordnete Fuchs und der Herr Bürgermeister „Fischtod“, entschuldige Harmtodt – „Fischtod“, das war damals wegen der Raabverschmutzung und dem Fischsterben in der Raab –, sitzen nebeneinander. Der Herr Abgeordnete Fuchs protestiert gegen Sondermüllagerungen, und aus der Gemeinde des Herrn Abgeordneten Harmtodt kommt praktisch der ganze Sondermüll, sprich Chromschlamm, nach Halbenrain. Es ist sicher gut, daß Sie zusammensitzen, vielleicht können Sie das einmal unter sich besprechen.

Ich habe mir da noch etwas vorgemerkt: Abwasserverbände. Für mich sind Abwasserverbände praktisch jene Verbände, die von ein und derselben Kläranlage, von ein und demselben Abwassersystem abhängig sind, und ich sehe nicht ein, daß zum Beispiel in ein und demselben Verband zum Beispiel die Gemeindekanalabgabenordnung ganz verschieden – bitte schon, das ist ein Landesgesetz – gehandhabt wird, so daß zum Beispiel Anschlusskosten pro Quadratmeter von 110 Schilling in Feldkirchen herauskommen und in Seiersberg 200 Schilling. Es wird keiner verstehen, daß, nur durch eine Straße getrennt, der eine praktisch die doppelte Gebühr zahlt wie der andere. Daher sind diese Verbände sicher auch zu koordinieren, und es ist wesentliche Aufgabe des Landes, daß man hier vor allem die Anschlusskosten koordiniert, denn das bringt nichts als böses Blut. Die Großverbände sind ökologisch sowieso nicht das, was wir uns vorstellen, vor allem nicht im ländlichen Raum. Der urbane Raum ist sicher ein eigenes Kapitel und muß sicher technisch nach besten Erkenntnissen und auch mit hohem Aufwand von Abwässern entsorgt werden, und zwar bis zur dritten Reinigungsstufe, sprich Phosphatelimination.

Wir haben hier das Kapitel „Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum“: Ich habe schon in der Umweltausschußsitzung gesagt: Es ist mir einfach zuwenig drinnen, man muß grundsätzlich einmal klären, daß man im ländlichen Raum – immerhin leben 50 Prozent der Steirer im ländlichen Raum – das Abwasserproblem einfach anders anpackt, und zwar eben von der Wurzel, dort, wo das Abwasser entsteht. Es gibt heute schon Tendenzen in Richtung dezentraler Anlagen, und ich glaube, das muß einfach klar herausgestellt werden, daß das eine Strategie für die Zukunft ist, und zwar auch von der raumplanerischen Sicht her. Wir

wollen nicht Kanaldörfer, daß das ganze Raabtal praktisch ein Kanaldorf ist, wo alle 50 Meter ein Anschlußschacht ist, wir wollen von der Raumplanung her natürlich auch die Siedlungsgebiete abrunden und die Entsorgung sichern, aber nicht, daß in der ländlichen Gemeinde unter dem Druck, es ist ja alle 50 Meter ein Kanalschacht, das Bauland und das Freiland eines nach dem anderen aufgerissen wird. Daher ist für uns diese Entsorgungsstrategie „dezentral entsorgen“ im ländlichen Raum auch ein ganz wesentliches raumplanerisches Argument.

Wir haben da „Kläranlagenüberprüfung“, und da steht dann groß drinnen: „Klärwärter als Spitze.“ Na gut, wenn man dann einen Klärwärter, der praktisch in einer 14tägigen Ausbildung geschult wird, an die Spitze der Funktionsfähigkeit der Kläranlage stellt, dann ist das für mich sicher ein Fauxpas, denn eine Kläranlage hat fachtechnisch so geplant zu werden, daß sie funktioniert, und der Klärwärter ist sicher nicht der, der garantiert, daß die Kläranlage funktioniert. Außerdem sind hier bei 233 Kläranlagen nur 143 geschult, das heißt, 61 Prozent haben eine Klärwärtergrundausbildung. Und wenn man dann schreibt: „Damit ist sichergestellt, daß praktisch jede kommunale Kläranlage zumindest von einem ausgebildeten Klärwärter betreut wird“, dann ist das eine falsche Darstellung, weil vorher ja steht, daß nur 61 Prozent überhaupt eine Grundausbildung genossen haben. Das heißt, man muß wirklich auch versuchen, die restlichen Klärwärter weiterzubilden, denn der Klärwärter kann die Anlage nur betreuen, funktionieren muß sie von sich aus.

Hier schreibt man, daß die Kläranlagen sozusagen stichprobenartig untersucht werden, und auf Grund des Stichprobencharakters der Untersuchung sind vereinzelte Überschreitungen – bitte schön, die Messungen monatlich gemacht – nicht als Anzeichen einer grundsätzlich schlechten Funktion anzusehen. Also bitte schön, wenn ich da nicht sofort einschreite, wenn die Werte überschritten sind, sondern sage, das ist noch kein Anzeichen einer grundsätzlich schlechten Funktion, dann verliere ich das Verständnis in dieser Frage.

Wir kommen dann zu den Badegewässern: Wir haben immer wieder die Probleme bei den steirischen Badeseen, daß sie von der Qualität her nicht in Ordnung sind, zum Beispiel der Stubenbergsee. Man muß natürlich auch versuchen, daß die Zuleitungen zu diesen Badeseen auch eine Qualität haben. Und ich kann mir vorstellen, daß man dem Stubenbergsee ein Feuchtbiotop vorschaltet, um eben die Zuleitungen in den Stubenbergsee schon zu entlasten, vor allem von den gelösten Nährstoffen, Stickstoffphosphat und auch von der Keimzahl her. Das ist ein Projekt, das wir uns vorstellen, daß man das einmal untersucht und auch angeht.

Fischsterben in der Steiermark: Da steht zum Beispiel: „Raab: Sauerstoffschwund in den Nachtstunden durch Zusammenwirken mehrerer Faktoren, namentlich der generell schlechten Wasserqualität der Raab mit der Stauhaltung bei sommerlichen Temperaturen, ist die Ursache für das Fischsterben.“ Ja, das ist ja eh klar. Ich meine, man will praktisch jetzt die schlechte Wasserqualität für das Fischsterben verantwortlich

machen. Wir wollen, daß die Verursacher geortet werden und daß die Verursacher einfach hier einmal ihre unsinnigen Dinge abstellen. Ich nenne vor allem diese Kläranlage in Feldbach. Der Herr Bürgermeister „Fischtod“ – so ist er im Volksmund schon genannt worden – ist momentan nicht hier, vielleicht sitzt er draußen und hört zu: Wir wollen wirklich, daß diese Kläranlagen permanent überprüft werden, denn wenn dort Beamte aus der Baubezirksleitung, praktisch jene Menschen, die die Wasserqualität behördlich feststellen sollen, nicht einmal mehr auf Betriebsgelände kommen, sondern eines Gendarmerieschutzes bedürfen, dann stimmt etwas nicht in der Gesetzgebung, in den Bescheiden, und man kann einem kleinen Beamten dann auch nicht zumuten, daß er sich dort mit Gewalt Eintritt verschafft, nur damit das Fischsterben in der Raab endlich einmal aufhört. Das heißt, es sind hier die Bescheide zu überprüfen und auf den letzten Stand zu bringen.

Das nächste Zetterl ist zum Beispiel die Mur: Wir reden hier von der Kläranlage Leykam, kostet eine Milliarde Schilling, schafft Arbeitsplätze. Diese Kläranlage ist nicht in der Lage, die chemische Belastung so weit zu reduzieren, daß wir zufrieden sind. Eine zehnpromtente Reduzierung der chemischen Belastung, sprich Lignosulfonsäure und andere chemische Verunreinigungen, ist uns einfach zu wenig. Diese ganzen Schlagworte „vollbiologische Kläranlage bei der Leykam“ sind ein fachlicher Unsinn. Das Problem der Lignosulfonsäure kommt sowieso auf das Grazer Grundwasser zu. Wir wissen, daß bei den Brunnen Feldkirchen, Kalsdorf bereits teilweise überhöhte Grenzwerte festgestellt wurden, und auch in Leibnitz wurde im Grundwasser bereits vom Bundesumweltamt Lignosulfonsäure, eine hochkarzinogene chemische Verbindung, im Grundwasser nachgewiesen. Wir haben hier ein Bestandsbild der Mur von der Pölsmündung bis Bad Radkersburg und sehen im Jahre 1986, daß nach der Pölsmündung praktisch Gewässergüte 2 war. Ich glaube, da muß wohl bei dieser Messung ein Betriebsstillstand gewesen sein, sonst ist das nicht möglich. Bei der Leykam wird das mit 4 ausgewiesen, das entspricht den Tatsachen. Man müßte schon öfters messen und nicht einmal, einmal im Oktober 1986, und dann, vielleicht bekommen die oben Wind und stellen den Betrieb ab. So geht das bitte nicht.

Wir gehen weiter zu dieser ganzen Kläranlagenproblematik. Das Wort „vollbiologische Kläranlage“ ist eine Waschmittelwerbung, ein Schlagwort. Die technischen Kläranlagen können nur bis zu 30 Prozent die Abwässer reinigen, und daher sehen wir vor allem in der Änderung der Produktionsweise bei der Papierfabrik eine Möglichkeit. Man hätte natürlich auch das Geld dort einsetzen sollen in der Umstellung der Produktionsweise, und wir wollen einfach, daß endlich einmal diese Sauerstoffbleiche, wie es in der BRD gang und gäbe ist, auch bei uns zum Tragen kommt. Die Sauerstoffbleiche braucht nicht diese riesigen Kläranlagen und diese riesigen Betriebskosten der Kläranlage, und wir erkennen, daß hier eine grundsätzlich falsche Planung gemacht wurde. Die Entlastung bei der chemischen Verunreinigung wird unserer Meinung nach maximal 10 Prozent bringen. Das heißt, die Mur wird immerhin noch 90 Prozent chemisch verunreinigt sein.

Wir haben das Kapitel Schutzwasserbau und reden von den Grazer Bächen. Wir wissen, daß wir nach Jahrzehnten der Regulierungen und der Abflußbeschleunigung nun Jahrzehnte des Rückhaltes und der Vergleichmäßigung des Wassers brauchen. Wir kennen Studien von den Grazer Bächen. Wir erkennen, daß immer nur studiert wird. Wir fordern und verlangen, daß endlich einmal Rückhaltmaßnahmen in Oberläufen der Grazer Bäche gemacht werden sollen, denn sonst werden wir bei Hochwässern – im Jahre 1975 ist die Elisabethstraße viermal unter Wasser gestanden – auch einmal sagen, hier sind wesentliche Dinge nur am Papier gestanden und wurden in der Praxis nicht realisiert. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Sicher versucht man im Sinne des naturnahen Wasserbaues – das ist sehr positiv – in Richtung Rückhalt zu gehen, aber vor allem durch Rückhalt sollten primär jetzt auch die Siedlungsgebiete geschützt werden. Ich denke hier vor allem an das Mariatroster Tal, wo es statt dieser Monstersiedlung bei Mariatrost ohne weiteres möglich wäre, für den ganzen Grazer Bereich durch einen Rückhalt auch einen Hochwasserschutz zu garantieren.

Müll- und Abfallwirtschaft: Halbenrain. Wir wissen, daß Halbenrain eine Planung ist, die unserer Meinung nach nicht in Ordnung ist. Es gibt nicht einmal eine Foliendichtung in Halbenrain. Man setzt und sagt, Lehm ist dicht und daher kann das Grundwasser nicht verunreinigt werden. Ich möchte darauf aufmerksam machen, wäre Lehm dicht, gäbe es in der ganzen Oststeiermark kein Trinkwasser. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis diese chemischen Verunreinigungen, diese hochaggressiven chemischen Verunreinigungen den Durchlässigkeitsbeiwert des Lehms derart verändern, daß in relativ kurzer Zeit die Sickerwässer im Grundwasser sind. Wir haben Beispiele aus der BRD, wo man bei einem 17 Meter hohen Lehmstock in 15 Jahren die Chloride im Grundwasser hatte. Chrom, das brauche ich gar nicht weiter zu erörtern, es ist absolut unzulässig. Es ist auch unzulässig, daß Spitalsondermüll in Halbenrain deponiert wird. Es ist ungeheuerlich, daß nicht einmal die Amtsärzte mehr auf dieses Deponiegelände raufkommen, ohne hier einen Wirbel machen zu müssen und mit Bürgerinitiativen zu riskieren, wieder einmal eine Grundbesitzstörungsklage vom Büro Dr. Eisenberger zu bekommen. Wir wollen wiederverwerten statt den Müll einfach sinnlos zu vergraben. Gerade beim Chrom wäre es sinnvoll, man könnte dem Schmidt ohne weiteres eine Subvention geben, damit er eine Chromwiederverwertungsanlage macht, um den Chrom im eigenen Betrieb wieder zu verwenden. Das, finde ich, ist sinnvoller, als es nach Halbenrain kostspielig hinzubringen und dort zu deponieren.

Was die Deponie Kaiserwald betrifft, dazu möchte ich etwas noch sagen. Es ist ja heute wieder eine große Bürgerversammlung, die Bürgerinitiative Kaiserwald. Ich habe bis heute noch keine Kenntnis, beziehungsweise ich bin sicher, daß bis heute kein Bodenaufschluß im Kaiserwald gemacht wurde. Der Lehm ist nicht dicht, es gibt Lehmgruben, die praktisch bis zum Sand abgebaut wurden, vor allem was Wundschuh betrifft. Ich möchte heute der Frau Präsidentin schon alles Gute wünschen, wenn sie bei dieser Bürgerversammlung, Bürgerinitiative Kaiserwald, für den

Herrn Landeshauptmann die Stirn hinhalten muß, denn die Menschen sind deprimiert. Ich kann mich an die Worte der Frau Präsident erinnern, die sie sicher in bester Absicht gesagt hat, weil damals noch dieses VOEST-Projekt gelaufen ist, was auch leider nur eine Seifenblase war, daß im Kaiserwald keine Großmülldeponie kommt. Ich kann mich an diese Aussage erinnern, aber ich bin nicht der einzige, es waren – glaube ich – etwa 300 Menschen, die das auch gehört haben. Wie Sie heute argumentieren, auf das bin ich jetzt schon gespannt, und ich wünsche Ihnen alles Gute dazu. Es gibt bereits Schreiben, Gedichte gegen den Herrn Landeshauptmann: „Hätte man Prominente hier wohnen lassen, wäre das Problem Müll schon längst abgeblasen. Empört sind wir von unserem Herrn Landeshauptmann fürwahr, unsere Sorgen bescheren ihm kein graues Haar.“ Das ist eine Aussendung der Bürgerinitiative.

Ich möchte klipp und klar sagen, der heutige städtische sogenannte Hausmüll ist kein Hausmüll, der als ungefährlich eingestuft werden kann. Das ganze Mülltrennungsprojekt Eggenberg ist gescheitert, weil sich angeblich kein Abnehmer für den getrennten Müll gefunden hat. Das ist wirtschaftlich sehr traurig, und ich glaube, daß vor allem hier die Kommune mitzahlen müßte, daß das, was getrennt wurde, auch einem Recycling, einer Wiederverwertung, zugute kommt. Wir sehen im Umweltschutzbericht, daß aus der BRD Altpapier in Millionenhöhe eingeführt wird, und unser eigenes landet dann wieder irgendwo in Halbenrain und wird praktisch nicht wiederverwertet. Wir sehen vor allem in der ganzen Müllproblematik ein ökonomisches Problem und nicht ein rein wirtschaftliches. Es ist einfach Sache und Aufgabe der Kommune, hier unter Umständen auch mit Subventionen, damit dieses Altpapier wieder an den Mann kommt oder wiederverwertet wird, einzuschreiten. Wir können nicht zuschauen, nur weil der Preis momentan nicht stimmt, weil uns die BRD mit Altpapier überflutet, sozusagen sagen, das Projekt hat fehlgeschlagen. So weit dürfen wir nicht kommen.

Die ganze Problemstoffsammlung ist für uns ein Organisationsproblem von den Gemeinden angefangen. Es müßte möglich sein, daß von der Gemeinde monatlich Glas, Papier und Sondermüll gesammelt wird und die Stoffe schon getrennt von den Transportunternehmen Roth und wie sie alle heißen übernommen werden. Ich bin ja diesen das Geschäft nicht neidig, die sollen ja wirtschaftlich arbeiten und auch ihre Aufgaben in der Gesellschaft erfüllen. Aber ich sehe nicht ein, daß man es ihnen allein überläßt, was mit den getrennten Stoffen passiert. Man muß auch versuchen, von der Kopfgeldjägerquote des Mülls wegzukommen, und versuchen, bei weniger Müllaufkommen auch den Preis wieder zu reduzieren. Es entspricht alles einem Leistungsprinzip, auch in der Umwelt.

Was wir heute mit dem Krankenhausmüll aufführen, ist sowieso kolossal. Nach Ungarn und überall wird der Dreck hingeführt. Wir wissen, daß es technische Verfahren gibt, Pyrolyse. Und es ist interessant, daß in Rottenmann, in Deutschlandsberg, bei den Barmherzigen Brüdern die Pyrolyse, praktisch die Vergasung und nachher eine Rauchgaswäsche, funktioniert. Wir

haben dann wesentlich weniger an Schlacke, die sicher dann auch als Sondermüll zu werten ist, aber das Deponierungsproblem wird wesentlich geringer, und ich schlage auch vor, daß endlich einmal für das Landeskrankenhaus Graz hier in diese Richtung etwas getan wird. Hier wird erwähnt, daß es praktisch Selbstschutzgruppen gibt, die Aktivitäten für Arbeitslose und Obdachlose setzen, die BAN-Beratungsstelle für Arbeitslose und Nichtseßhafte in Graz. Ich glaube, gerade solche Gruppen, die von sich aus aktiv werden, hier das Müllvolumen um 70 Prozent zu reduzieren, durch Entrümpelung, durch Wiederverwertung, durch Zuführung der Stoffe, daß man die endlich einmal ordentlich subventioniert. Das ist für mich eine Förderung privater, sozialer Einrichtungen. Damit bekommt man auch über den Umweltschutz, über die Subvention hier sinnvolle Arbeitsplätze für Menschen, die in unserer sozialen Gesellschaft keinen Arbeitsplatz mehr haben. Wir müssen gerade hier versuchen, Umweltschutz und Arbeitsplatzförderung von der Eigenaktivität her von privaten, sozialen Einrichtungen zu unterstützen. Hier geschieht wesentlich zu wenig. Ich kann mir vorstellen, daß man dieser BAN aus dem Umweltschutzfonds eine Million Schilling zur Verfügung stellt. Sicher gegen Abrechnung und nicht als Subvention, daß man sagt: „Da habt Ihr das Geld und macht damit, was Ihr wollt“, sondern einen Voranschlag, eine Abrechnung, und daß man dann in den verschiedensten Stadtgebieten diese BAN und diese Menschen, die wirklich aktiv ihr Geld verdienen und wirklich interessiert sind, daß auch etwas Ordentliches geschieht, endlich einmal unterstützt. Wir sind auch bereit, hier weitere Gespräche zu führen, was die Förderung betrifft.

Was die Sondermüllanlagen betrifft: Diese brauchen heute Sicherheitsvorrichtungen. Es kann nicht anstehen, daß man den Dreck einfach vergräbt, eine Folie einbaut, wo in Wundschuh zum Beispiel nur eine Garantie von 20 Jahren von den Erzeugern dieser Folie gewährt wird. Das ist ein Wahnsinn, denn wenn man den Sondermüll in Wundschuh vergräbt und nur 20 Jahre Garantie für die einzige Sicherheitsvorkehrung, eine Plastikfolie, zum sandig-lehmigen Untergrund hat, dann ist das eine fahrlässige Genehmigung, und das ist genau das, was ich auch dem Umweltkoordinator Hofrat Dr. Rupprecht anlaste. Es sind in Wundschuh seit 1980 eine Reihe von Bescheiden herausgegangen. Man hat damals erkannt, daß diese technischen Vorkehrungen bei weitem nicht greifen. Keine Sicherheitsvorrichtung! In jedem technischen Bauwerk brauchen wir eine dreifache Sicherheit, nur bei diesen Mülldeponien ist es eine lächerliche einfache Sicherheit für lächerliche 20 Jahre. Und das ist für mich Verdacht in Richtung fahrlässiger Gefährdung von Wasser und – was ich vor allem ganz bedenklich finde – daß eine Reihe von Bescheiden den Anrainern, die Parteistellung haben, nicht einmal zur Kenntnis gebracht wurden und sie daher von ihrem Recht, sich bei einer Wasserrechtsverhandlung eines fachkundigen Beistandes zu bedienen, nicht Gebrauch machen konnten. Hier versucht man wirklich, mit einer Huschhusch-Nebenaktion in Wundschuh die Steiermark zum Sondermüllkübel Österreichs zu machen. Und da sind wir dagegen, und ich glaube, daß das vielen Abgeordneten auch ein großes Unbehagen bereiten muß, wenn man weiß, was heute geschieht.

Sonderabfallentsorgung: Wir waren erstaunt, daß die ÖDK auf einmal zu der Sonderabfallentsorgung der Steiermark gerechnet wird, denn die Verheizung, Verbrennung des phenolhaltigen Schlammes, der ja Sondermüll ist, ist für uns eine Sondermüllverbrennung, und es ist nichts anderes als die Politik der hohen Schornsteine, die Verteilungspolitik, das heißt, es haben zwar Private mit diesem phenolhaltigen Schlamm Geschäfte gemacht, die Firma Roth ist nach Kärnten und wieder zurück gefahren, weil die Kärntner ja auch nicht von gestern sind, und bei uns ist es verbrannt worden – sozusagen die Politik der hohen Schornsteine: aus den Augen, aus dem Sinn. Das ist für uns nicht das Richtige, stellen wir uns nicht vor, daß das in Zukunft wieder geschieht.

Lärm: Es gibt hier ein Fluglärmüberwachungsgerät und eine Anlage. Wir sind überzeugt, daß die 115 Dezibel der Draken hier auf diesem Lärmgerät nicht zu messen sind, und daß dieses ganze Problem der Draken-Stationierung in der Steiermark nicht einmal angeschnitten wird, obwohl es seit Jahren bekannt ist, ist sicher ein Mangel im steirischen Umweltschutzbericht.

Wir kommen zum Kapitel „Schwermetalle im Klärschlamm“: Daß Schwermetalle im Klärschlamm sind, und zwar in manchen Klärschlämmen in einer Art, daß dieser Klärschlamm schon als Sondermüll zu betrachten ist, ist ein Ergebnis dieser Vermischungspolitik. Man muß heute einfach Betriebe in Gewerbe und Industrie – sicher auch mit Subventionen, wo auch nachgewiesen wird, was damit gemacht wird – so weit bringen, daß sich diese Betriebe selbst entsorgen, und zwar bis zur Klärschlamm Entsorgung. Häusliche Abwässer mit Gewerbe- und Industrieabwässern zu vermischen ist ökologisch ein Wahnsinn, weil wir das Klärschlammproblem damit nicht in den Griff bekommen werden. Es ist bis heute grundsätzlich nicht gelöst. Wir haben vor allem etwas: Bei diesen Großkläranlagen, wenn die Abwässer 30 Kilometer durch Kanäle zu dieser Kläranlage geleitet werden, müssen sie ja den Klärschlamm wieder diese 30 Kilometer führen, und es gibt immense Kosten und eine zusätzliche Belastung der Umwelt.

Die Fernwärmeförderung: Wir sind absolut positiv für die Fernwärmeförderung, obwohl die Planung Melach für uns als Gigantomanie sicher nicht das gebracht hat, was Sie sich versprochen haben. Trotzdem ist es jetzt notwendig, mit dieser Fernwärme sozusagen fertig zu werden, obwohl es bis nach Graz herein wieder sehr viele Verluste sind. Was uns stört, sind diese enormen Anschlußkosten. Es wäre wesentlich günstiger, hier auf Anschlußkosten Nulltarif zu geben und sich diese Anschlußkosten im Laufe der nächsten Benützungsjahre indirekt zu holen. Aber hier schrecken Sie mit 70.000 bis 80.000 Schilling Anschlußkosten jeden ab.

Wir haben das Kapitel „Naturschutzgebiete“: Ich möchte darauf hinweisen, mir fehlt zum Beispiel, daß in den geschützten Landschaftsteilen der Sölkäler weiterhin Betonsperren der Wildbachverbauung gemacht werden. Diese Wildbachsperren sind meiner Meinung nach unsinnig, haben überhaupt keine Schutzfunktion mehr und sind nur mehr als Arbeitsplatz für Beton und Mischmaschinen anzusehen. Wenn

man da hineinkommt, ist es einfach eine Katastrophe, was hier mit öffentlichen Geldern gemacht wird.

Zu der Strahlenbelastung: Mir fehlt zum Beispiel eines: die Vorzugsmilch für Babys. Wer geglaubt hat, die Babymilch ist geringer strahlenbelastet, das ist leider nicht so. Trotz dieses Katastrophenzustandes hat man damals die Kinder einer gleichen Milch ausgesetzt wie uns Erwachsene. Ich glaube, nur in den Schulen hat man versucht, die Schulmilch mit Milch aus Gebieten, die weniger strahlenbelastet waren, zu vermischen. Es ist nicht gelungen, für die Kinder eine sogenannte Babymilch zu produzieren, die wirklich nur aus Gebieten stammt, wo die Strahlenbelastung minimal war. Die hat es nämlich in der Steiermark gegeben und daher ein ganz großes Fehlverhalten in der Politik der Milchgenossenschaften. Auch wenn man diese Milch vielleicht nur mit Milchkarten bekommen hätte. Diese Sache „Tschernobyl“ war für die Kinder eine Krisensituation, weil Katastrophenzustand, und es ist sehr, sehr bedauerlich, daß hier nichts gemacht wurde.

Grundsätzlich zum ganzen Umweltschutzbericht: Wir ersuchen vor allem den Herrn Umweltlandesrat Dipl.-Ing. Schaller, uns beim nächsten wenigstens das Konzept zu zeigen, uns wenigstens die Möglichkeit zu geben – und wenn es auch nur 14 Tage sind –, Stellungnahme zu beziehen, vielleicht ein verbindendes Gespräch zu führen. Es sind sicher gewisse Dinge, die wir heute nicht so anführen müßten, wenn man gesprochen hätte. Ich sage nicht, daß das Papier geduldig ist, aber wir haben eben auch unsere Vorstellungen. Man hätte gewisse Dinge weglassen können, denn 360 Seiten Papier allein sind nicht das, was wir uns vorstellen. Wir wollen nicht durch Seiten erschlagen werden, sondern wir wollen hier eine Qualitätsarbeit, obwohl sich hier jeder Beamte sicher bemüht hat und auch versucht hat, von seiner Warte aus das Beste hineinzubekommen. Trotzdem erkennen wir in gewissen Punkten, daß hier Beschönigung betrieben wurde. Es fehlt eine Reihe wesentlicher Punkte im steirischen Umweltschutz. Ich möchte vor allem auch den Herrn Dr. Lopatka darauf hinweisen, daß wir uns durch das Erwähnen von dreimaligen Dingen mit einer sogenannten Holzhammermethode eines jungen Löwen nicht aus der Fassung bringen lassen. Trotzdem – der Wald stirbt rapid weiter! Das ist das, was der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, als er noch als Abgeordneter dort gesessen ist, gesagt hat. Es ist dramatisch, was hier geschieht, und gerade weil es dramatisch ist, müssen wir versuchen, daß wir alle in die Richtung arbeiten, und zwar einmal vom Verursacher aus, und nicht weiterhin zu Tode messen. Auch wenn wir 37 Stellen haben, wird sich das kaum ändern. Wir kennen die Hauptemittenten in der Steiermark. Der steirische Umweltfonds hat aufgebessert zu werden, denn die Altlasten südlich von Graz für das Grundwasser bis nach Leibnitz sind einfach zu sanieren. Hier kann man nicht warten, bis eine Bürgerinitiative nach der anderen dem Landeshauptmann die Tür einrennt – sicher oft berechtigt. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, daß es heute im sogenannten Klärschlamm, auch im homogenisierten Klärschlamm, Probleme gibt. Es gibt zum Beispiel in Liezen Gutachten, Herr Bürgermeister „Fischtod“ aus Feldbach, daß das für Nahrungsmittel bedenkenlos zu verwenden ist. Ich

sage Ihnen eines: Nicht einmal in Gärtnereien kann man das verwenden. Ich kenne einen Gärtner im Ennstal, der einen großen Schaden gehabt hat, weil er sich auf das Gutachten verlassen hat. Er mußte den ganzen homogenisierten Müll aus den Beeten herausräumen, weil nichts gewachsen ist. So ist es leider! Auch der homogenisierte Müll, wenn der Müll vorher nicht getrennt wird, ist Sondermüll, ist nicht verwertbar! Nein, ich bin nicht der Gescheiteste. Ich habe dich, lieber Freund Bürgermeister Harmtodt, in Feldbach ganz schön auf Trab gebracht, und du weißt, daß du sogar in der Nacht unterwegs warst, als die Fische in der Raab verkehrt aufgestanden sind – bitte schön, einer der letzten Welsbestände in der Steiermark mit bis zu 30 Kilogramm schweren Welsen. Wenn Sie das nicht gesehen haben, Herr Bürgermeister „Fischtod“! (Abg. Harmtodt: „Du bist der Gescheiteste, aber tun tust du nichts!“) Aber es sind gewisse Fischsterben überhaupt oft negiert worden. Und wir werden Sie weiterhin auf Trab bringen. Und diese ganze Schmidt-Geschichte werden wir kontrollieren. Es wird eben keine Schieber mehr geben, die in der Nacht aufgemacht werden. (Abg. Harmtodt: „Es ist alles zu!“) Gott sei Dank. Darum führt ihr es jetzt nach Halbenrain. Das ist dann eure Lösung. Sie sind Bürgermeister von Feldbach. Sie haben auch zu sorgen, daß aus Feldbach der Dreck nicht rauskommt. Setzen Sie sich ein, daß die Firma Schmidt die neuesten technischen Möglichkeiten verwendet.

Ich lasse mich vom Bürgermeister „Fischtod“ nicht aus der Ruhe bringen. Wir wollen die Fischbestände in der Raab erhalten. Wir wollen die letzten Welsbestände erhalten, und wir werden gemeinsam alles tun, wir werden mit Videokameras unterwegs sein und du wirst das Rote Telefon – oder war es das Grüne Telefon – am Nachtkastel haben.

Der Herr Kollege meint schon, ich habe die Zeit überzogen. Ich gebe zu, daß ich lange gesprochen habe. Es gäbe über die 360 Seiten noch sehr, sehr viel zu sagen, ohne Konzept, sondern einfach von der ganzen Problematik her. Ich will Sie nicht überbelasten. Ich will auch Sie nicht überbelasten. Wir erwarten uns, daß nächstes Mal dieses Konzept wenigstens 14 Tage vorher zu einer Stellungnahme uns übermittelt wird.

Wir erwarten uns, daß wir als Kollegen betrachtet werden und nicht als Abstauber, die dann irgendwelche 360 Seiten sanktionieren sollen. Daher werden wir diesmal nicht mitstimmen. Danke!

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prieschl. Ich erteile es ihm.

Abg. Prieschl: Frau Präsident!

Auf Grund des regen Disinteresses verzichte ich auf meine Wortmeldung.

Präsident Zdarsky: Als vorläufig letztem Debattenredner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Fuchs das Wort.

Abg. Fuchs: Sehr verehrte Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es fällt mir auch schwer, noch etwas bei diesen leeren Räumen zu sagen, aber immerhin, ich bin einige

Male angesprochen worden, und so möchte ich doch etwas dazu sagen, vor allem zum Kollegen Dipl.-Ing. Dr. Korber. Ich glaube, er ist ja auch mitverantwortlich im Land. Er hat gar nicht gesagt, was er Positives als Beamter getan hat. Aber immerhin, nach seinen Aussagen hier haben wir nur mehr ein Pulverfaß, nicht nur in der Steiermark, sondern in ganz Österreich. Ich möchte eines dazu sagen, ich weiß, die Umwelt ist ein heikles Thema, aber mich betrifft besonders die Müllentsorgung in der Region, in unserem Bezirk Radkersburg, in Halbenrain. Und die MDH ist ja heute des öfteren angesprochen worden. Alles ist auch nicht so. Wir haben unsere Probleme, wir haben auch protestiert. Wir haben uns immer irgendwie negativ zur Großdeponie ausgesprochen. Aber man muß eines sagen, die Deponie ist von Anfang an von den Betreibern gut geführt worden, und sie haben auch versucht, ein Geschäft zu machen. Es ist ihnen gelungen, weil nach dem Abfallbeseitigungsgesetz vom 1. Oktober 1974 regional nicht abgestimmt war und ihnen so die Möglichkeit gegeben war, den Müll von – weiß ich wo – überall herzuführen. Wir sind heute so weit, daß wir sechs Bezirke und einen Großteil der Stadt Graz entsorgen, und das macht uns die große Sorge. Es bereitet uns große Schwierigkeiten, weil damals unsere Region, die Bürgermeister und die Gemeinderäte der Meinung waren, die Deponie für Radkersburg und, um die Müllentsorgung für die Müllbetreiber mit Rentabilität durchführen zu können, auch Teile des Bezirkes Leibnitz dazuzunehmen. Wir haben gerechnet, und es wurde von Experten damals gesagt, daß wir bis zum Jahr 2000 die Entsorgung hier bei den drei Hektar im Stürgkh-Wald in Halbenrain durchführen können. Wir sind heuer so weit, daß die drei Hektar voll sind und der Berg 25 Meter hoch ist. Das bereitet uns große Sorgen, und daher haben wir am Montag, dem 23. März, eine Protestkundgebung gemacht und haben folgendes gefordert: ein schnellstmögliches Inkrafttreten des Abfallbeseitigungsgesetzes, wonach der Müll regional entsorgt werden muß. Das heißt, jede Region ihre eigene Deponie. Es hat sich heute mit beiden Anträgen der Großparteien gezeigt, daß hier dieser Sinn verfolgt wird. Die Erweiterung der Mülldeponie Halbenrain soll so lange verhindert werden, bis regional entsorgt wird, und wir haben uns auch weitere schärfere Maßnahmen vorbehalten, falls dies nicht geschieht. Dies waren unsere Maßnahmen, die wir damals bei diesem Protest gemacht haben.

Kollege Mag. Rader, ich möchte nur eines dazu sagen, das war sicher ein Grund, daß Stürgkh das freigegeben hat, aber maßgeblich war, daß 1974 große Unwetter waren und drei Hektar guter, gesunder Hochwald hier vernichtet wurden und daß hier der freie Raum gewesen ist und daher dort die Möglichkeit gegeben wurde. Ich möchte unserem damaligen Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, dem heutigen Minister, Dank sagen, daß er versucht hat, hier ein neues Müllentsorgungsgesetz zu schaffen und daß vor allem unser jetziger Landesrat Dipl.-Ing. Hermann Schaller es als Nummer eins aufgegriffen hat, weil er die Sorgen und die Nöte gesehen hat, die vor allem in so einer Großdeponie, wie der MDH in Halbenrain, zustande gekommen sind. Ich hoffe und bin fest davon überzeugt, daß wir hier Gelegenheit haben und die Chance bekommen werden, daß es zu einer Funktion regionaler Art kommen wird. Wir haben eines gesehen, ob

es Kaiserwald, Fohnsdorf, Feldbach-Schlagbaum oder sonst wo sein wird oder soll, daß die Bevölkerung, wenn es heißt, es wird regional entsorgt, nicht mehr viel dagegen hat. Die Angst kommt immer von den Großdeponien. Es war heute zweimal in Wortmeldungen zu hören, daß Sondermüll nach Halbenrain kommt. Ich muß eines sagen, die Bezirkshauptmannschaft in Radkersburg kontrolliert sehr oft, oft jeden Tag (Abg. Mag. Rader: „Mit verbundenen Augen!“), und es konnte kein Sondermüll festgestellt werden. Es ist nur eines, wir haben von der Bevölkerung des öfteren gehört, vor allem von der Bürgerinitiative, daß hierher Sondermüll kommt. Aber es steht keiner dazu, der sagt, ich habe ihn gesehen und er ist da. Auch nicht der Amtsarzt, der des öfteren in der Woche drinnen ist. Man kann solche Gerüchte nicht gleich verbreiten und die Bevölkerung einschüchtern. Vom Dipl.-Ing. Dr. Korber habe ich dasselbe auch wahrgenommen. Er sagt: „In Halbenrain paßt es nicht, Kaiserwald paßt nicht.“ Wir verängstigen nur die Bevölkerung, wenn auch auf eine Lehmschicht kein Müll kommen darf. Dann kommt es wirklich so, daß niemand mehr in Österreich oder in der Steiermark einen Müll haben will. Wir sind – das sage ich noch einmal – betroffen, aber wir sind für eine Entsorgung des Mülls im Bezirk und sind auch bereit, die 80.000 bis 100.000 Einwohner zu entsorgen, so wie wir das im Jahr 1978 aufgebaut haben. Ich möchte auch noch einen Satz abschließend sagen, den ich heute des öfteren immer wieder höre: „Der Landeshauptmann braucht nur zu unterschreiben und die Mülldeponie ist dort oder da offen.“

Meine sehr Verehrten! Wir haben das ja versucht. Das ist ja verschiedentlich getan worden. Es entstehen Bürgerinitiativen, und ich denke nur an den heutigen Nationalrat Andreas Wabl vor der Nationalratswahl bei einer Podiumsdiskussion in Straden, wo wir ihn gefragt haben, wo soll der Müll hinkommen? Wo darf man eine Deponie machen? Da hat er mir als Antwort gegeben: „Wenn drei Personen aufstehen und sagen, hier darf keine sein, so sind wir da.“ Ja, wo soll dann eine Deponie entstehen und wo soll man eine Deponie machen? Ich glaube und ich möchte abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren, sagen: Nicht von der Führung von oben muß diktiert werden, auch nicht in diesem neuen Gesetz, sondern wir, so wie wir es in einigen Bezirken – ich denke an den Müllverband Mürztal, Ennstal, Murau, heute habe ich von Kollegen gehört, Frohnleiten – machen, von uns aus, von der Basis, mit den Bürgern, mit der Gemeinde müssen uns zusammenreden, um regional zu entsorgen, dann wird es auch möglich sein, dieses Gesetz, das wir verabschieden werden – und ich bitte darum, weil es vor allem unsere Region betrifft –, durchzuführen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL.)

Präsident Zdarsky: Das Wort erteile ich nun dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: Meine Damen und Herren!

Es ist jetzt gar nicht ganz einfach, nach dieser mehrstündigen, doch sehr ausführlichen Diskussion zu allen Fragen Stellung zu nehmen. Ich werde versuchen, wenigstens zu den großen Gruppen einige Aussagen zu treffen, wobei ich vielleicht an die Spitze,

ich möchte fast sagen, so etwas wie ein persönliches Bekenntnis stellen möchte.

Ich glaube, wir sollten einander allen zugestehen, daß jede Partei wirklich interessiert ist, die Umweltprobleme zu lösen. Ich halte nichts davon – und ich sage das ganz klar und deutlich –, wenn man dem anderen den guten Willen abspricht oder in einer Schimpforgie alles mögliche in den Raum stellt. Das hilft uns nicht weiter. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Wir wissen, wie schwierig es ist, meine Damen und Herren (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das ist ein Zeichen der Schwäche. Die Fische können nicht reden!“), und Sie können mir glauben, ich denke heute nicht anders als Landesrat, als ich seinerzeit als Abgeordneter gedacht habe. Und ich werde – Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber, wenn Sie ein bißchen zuhören – daher alles das, was ich selbst früher geredet habe, und auch alles das, was an ernststen Sorgen und Anliegen heute in den Raum gestellt worden ist, sehr ernst nehmen, meine Damen und Herren, weil wir es uns überhaupt nicht leisten können, über das eine oder das andere hinwegzufahren. Und ich möchte ein Zweites sagen: Ich gehe davon aus, daß wir Umweltpolitik langfristig machen müssen. Das heißt natürlich nicht, daß wir kurzfristig nicht auch gezielt Maßnahmen setzen müssen, aber wir können sicher nicht alle Probleme auf einmal und in einem lösen – ist nicht möglich, bitte, meine Damen und Herren.

Und ich sage ein Drittes: Ich werde mich sehr bemühen, in meiner Verantwortung als Umweltlandesrat die Dinge offensiv anzugehen. Bei mir wird sicher nichts vertuscht werden. Ich bin vielmehr dafür, daß wir über die Fragen ganz offen reden, auch wenn es unangenehm ist, weil wir nur dann mit ihnen fertig werden können, wenn alle Probleme am Tisch liegen und wenn es uns gelingt, meine Damen und Herren, auch dann so etwas wie ein Verständnis bei den Bürgern für die Lösungen zu finden. Ich glaube, der Kollege Fuchs hat am Schluß in einer sehr eindrucksvollen Weise die Frage aufgeworfen: Können wir überhaupt noch irgendwo eine Deponie errichten? Meine Damen und Herren, wir werden das nur dann können, wenn wir erstens mit sehr viel Behutsamkeit, zweitens mit sehr viel Gespräch mit den Bürgern, drittens mit wirklich gut fundierten Lösungen an die Probleme herangehen. Nur so können wir sie lösen.

Und ich möchte gleich auf einige dieser Fragenkomplexe eingehen. Es sind heute mit Recht eine Reihe von Problemen in den Raum gestellt worden. Ich werde versuchen, anhand der Beiträge dann darauf zurückzukommen, zum Beispiel auf die gesamte Frage Wasser – Abwasser. Die Wasserfrage und die Abwasserfrage sind eines dieser vielen großen Probleme. Und ich sage auch etwas ganz klar und deutlich: Wir haben hier Probleme zu lösen, die weder einfach noch billig sind, sondern die von einer Dramatik sind – ich verwende das Wort „Dramatik“, weil heute mehrmals das Nitratproblem angeschnitten worden ist. Das ist ein dramatisches Problem, da gibt es nichts zu vertuschen, meine Damen und Herren. Wir haben Gebiete, wo der Nitratgehalt 50, 70, 100 und mehr Milligramm ausmacht. Und zwar sind das Bereiche, die zum Teil auch der Wasserversorgung großer Gebiete in der Steiermark dienen: Leibnitzer Feld. Davon wird sehr viel gesprochen, aber bitte, wir haben ein zweites Gebiet,

das nicht weniger beeinträchtigt ist: Das ist der gesamte südsteirische Raum, worüber überhaupt noch nicht geredet wird.

Und ich sage das auch ganz offen: Ich bin ja auch Agrarreferent, und das macht es ja nicht sehr leicht, diese Frage auch mit den Bauern gemeinsam zu lösen. Ich halte Zwangsmaßnahmen – es kann sein, daß sie mir nicht erspart bleiben – eigentlich erst als letzten Schritt für richtig. Ich halte mehr davon – und ich sage das auch in voller Verantwortung –, den Weg, wie er in den letzten zwei, drei Jahren versucht worden ist, einzuhalten, nämlich daß die Landwirtschaftskammer selbst dieses Problem angeht und mit den Bauern versucht, Lösungen auszuarbeiten, zum Beispiel meinewegen Gülleverbot, Zurückdrängen des Maisanbaues, Reduzierung der Düngung, Verzicht auf Ackerbewirtschaftung von ehemaligen Schotterrekultivierungsflächen. Also ein Paket von Maßnahmen. Ich sage aber auch noch etwas dazu: Ich hoffe, daß unsere Bauern diese Maßnahmen annehmen. Wir haben beispielsweise im Rahmen der neuen Agrarpolitik durchaus Möglichkeiten geschaffen – etwa mit den Ökoflächen –, wo wir sehr wohl gute Alternativen anbieten können, die uns helfen, das Nitratproblem zu lösen. Wir haben ein sehr interessantes Projekt in der Südsteiermark mit den sogenannten Energiegrasflächen laufen, wo wir nicht nur Ökoflächen anlegen, sondern das Gras dann auch energetisch nutzen, beispielsweise in der Biowärmezentrale in Wildon: 100 Hektar, wird uns etwas helfen. Ich hoffe, daß unsere Bauern mitmachen. Aber es ist natürlich – und das ist bitte auch nicht zu übersehen – ein wirtschaftliches Problem. Wenn Sie heute in diesen kleinstrukturierten Gebieten, wo nur sehr kleine Flächen zur Verfügung stehen, als Vollerwerbslandwirt leben müssen – und das sind viele dieser Bauern –, dann ist man natürlich versucht, zu Lösungen zu kommen, um von dieser kleinen Fläche möglichst hohe Roherträge beziehungsweise Deckungsbeiträge zu erreichen. Da ist der Mais in der Kombination mit der Schweinehaltung unüberbietbar. Das heißt, wir müssen uns natürlich Gedanken machen, meine Damen und Herren, wie wir diesen Bauern helfen können umzustellen, damit sie wirtschaftlich dann auch noch überleben können. Das sind also Dinge, die man mit bedenken muß. Hier möchte ich schon etwas sagen: Wir werden natürlich angesichts dieser kritischen Entwicklung Sofortmaßnahmen setzen, und zwar heuer noch. Ich habe mit dem Herrn Umweltkoordinator und den Herren der Fachabteilung I a bereits Gespräche geführt, daß wir heuer noch die Schongebietsverordnungen verschärfen müssen. Wir werden sie auch verschärfen. Wir werden doch beträchtliche Maßnahmen auch in Richtung Landwirtschaft setzen müssen, aber ich sage auch eines dazu: Wir werden versuchen, daß wir diese einvernehmlich zustande bringen. Wenn nicht, dann bleibt mir nichts anderes übrig, dann eben manches auch verordnen zu müssen.

Aber, und jetzt komme ich schon zum Punkt: Einer der ersten Punkte, die ich nicht nur angekündigt habe – ich werde sicher keine Ankündigungspolitik machen, Sie können mich überprüfen –, sondern die ich auch bei einer Pressekonferenz vorgestellt habe, ist für mich in der Wasserfrage die Erstellung eines Grundwasserschutzprogrammes. Wir können hier

nicht nur von der Hand im Mund leben, sondern wir müssen längerfristig konzeptiv Maßnahmen setzen, die da sind, meine Damen und Herren. Großräumige Ausweisung von Schongebieten! Wir werden also einfach alle jene Bereiche, wo Grundwasser gefährdet ist, unter Schutz stellen müssen. Das bedeutet nicht nur, daß wir das Grazer Feld mit diesen großräumigen Schongebieten ausstatten müssen, sondern auch das Leibnitzer Feld und die Südsteiermark mit Folgemaßnahmen. Wir werden uns diesbezüglich noch vor dem Sommer zusammensetzen, und ich hoffe, daß ich dieses Grundwasserschutzprogramm auf jeden Fall noch heuer nicht nur vorstellen kann, sondern daß wir Schritt für Schritt an die Realisierung dieses Grundwasserschutzprogrammes gehen. Ein solcher ganzer Bereich.

Atrazin, ich möchte nur versuchen, die Stichworte aufzugreifen. Auch das Atrazin ist natürlich ein Problem, ich sage ganz offen, mit dem wir uns auch auseinandersetzen müssen. Atrazin, für die, die es nicht wissen, ist ein chemisches Mittel, das in der Schädlingsbekämpfung verwendet wird, vor allem im Maisbau das berühmte Gesaprim, ein Unkrautbekämpfungsmittel. Wir haben – ich weiß nicht, ob wir die höchsten Werte haben – aber ohne Zweifel auch Gesaprim festgestellt in der Südsteiermark in der Größenordnung zwischen 0,0 bis 5,25 ppb, das heißt Pars per Billion. Das sind Werte, die nicht alarmierend sind. Auch das sage ich dazu. Die Grenzwerte, die jetzt in Österreich festgelegt worden sind, liegen bei 40 ppb. In der Südsteiermark, im Leibnitzer Feld, sind einmal als Spitzenwert 5,25 ppb gemessen worden. Im Durchschnitt liegen wir von 0 bis 1 ppb. Aber auch hier sage ich eines dazu: Ich gehe davon aus, daß wir dieses Problem kontrollieren müssen, und mein Vorgänger hat noch im vergangenen Jahr Maßnahmen insoweit getroffen, als er die Anschaffung eines Gaschromatographen veranlaßt hat, er kostet immerhin rund eine Million Schilling. Dieser Gaschromatograph ist derzeit im Einsatz für die Messungen von Perchlor- und Trichloräthylen, weil wir auch das Grazer Feld weiterhin kontrollieren müssen. Die Werte gehen leider sehr langsam zurück, sehr, sehr langsam. Wir werden dieses Gerät gezielt einsetzen im Mai, wenn Atrazin wieder kritisch werden könnte, um genau zu kontrollieren und festzustellen, wie die Situation aussieht, Sie sehen schon, die Dinge werden nicht von uns weggeschoben, sondern wir versuchen schon, an diese Probleme heranzugehen.

Nun zur Luftproblematik. Schauen Sie, ich halte es für nicht sehr intelligent, wenn man dem Land vorwirft, daß es nur mißt. Wir haben das bestausgebaute Meßnetz. Wir haben 37 Meßstationen, wir können heute mit gutem Grund sagen, daß mit diesem Meßnetz einfach ein Ist-Bestand festgestellt werden kann, wie es in kaum einem anderen Land möglich ist. Die Schweiz hat ein Bundesmeßnetz mit sieben Stationen. Nur damit Sie den Vergleich haben. Aber ich bin natürlich auch der Meinung, daß das Messen der erste Schritt ist, selbstverständlich, meine Damen und Herren! Aber ich bin schon froh, wenn ich mir ein halbwegs gutes Bild machen kann. Und das können wir. Und zwar nicht nur im nachhinein, daß wir feststellen können, im Feber heurigen Jahres haben wir einmal sehr hohe Werte gehabt. Das hilft mir nichts mehr.

Eines der ersten Probleme, mit denen ich konfrontiert worden bin – ich war gerade zwei Tage im Amt –, war das Meßergebnis von den Luftmessungen in Graz, das ich zufällig im Radio gehört habe. Da ich mich ein bißchen auskenne, hat bei mir die Alarmpolizei geläutet. Ich habe mir gedacht, um Gottes Willen, das sind ja Werte, die relativ hoch sind. Wir haben sofort einen Luftgipfel einberufen, ohne daß wir ein großes Trara gemacht haben. Wir haben uns mit Graz zusammengesetzt, mit den Herren der Stadtgemeinde, und haben einmal geprüft, wie sieht es aus, haben wir eine Situation, die kritisch ist? Gibt es eine solche Situation? Wir hatten Überschreitungen der neuen Grenzwerteverordnung, die damals allerdings noch nicht gegolten hat. Aber wir hatten noch nicht eine so kritische Situation, daß wir die erste Stufe, die Vorwarnstufe, auslösen hätten müssen. Den Punkt hat es tatsächlich dann später einmal gegeben. Es ist dann nicht dazu gekommen, weil genau zu diesem Zeitpunkt – Gott sei Dank – das Wetter umgeschlagen hat. Nun, schauen Sie, die Frau Abgeordnete Kammlander, damit ich das ja nicht falsch sage, hat Maßnahmen reklamiert. Selbstverständlich, meine Damen und Herren, es wäre völlig sinnlos, wenn ich nur messen würde. Wir bekommen die Ergebnisse jede halbe Stunde ab Herbst von allen wichtigen Gebieten in der Steiermark in die Zentrale. Wir haben permanent einen Überblick über die Situation. Selbstverständlich geht es darum, daß wir Maßnahmen setzen. Ich habe auch die Herren der Abteilungen beauftragt, konkret beispielsweise am Problem Graz, aber auch bei den übrigen Belastungsregionen einmal die Emittenten, die Hauptemittenten, zu erfassen und mit den Hauptemittenten gezielte Gespräche zu führen. Die haben in Graz zum Beispiel zum Teil schon stattgefunden. Wir kennen die Hauptemittenten, ein Teil davon ist relativ inzwischen in Ordnung gekommen, einige nicht. Was werden wir tun? Wir werden selbstverständlich uns mit ihnen zusammensetzen und Überlegungen anstellen, wie wir die Emissionen reduzieren können. Ein Beispiel: Wir haben hohe Nitratwerte. Das Nitratproblem, das Stickoxydproblem sind eigentlich in Graz noch schwieriger als die SO_2 -Sache. Wir haben beispielsweise in Graz-Süd dauernd Grenzwerte gemessen, die schon darüber oder knapp an den Grenzwerten gelegen sind. Dort hat sich herausgestellt, daß zum Beispiel ein Betrieb, das war noch dazu die Stadt Graz, die Gärtnereibetriebe durch die Verheizung – ich glaube – von Schweröl, jedenfalls von Heizöl, diese hohen Werte verursacht haben. Wir haben mit ihnen Gespräche geführt, die Dinge werden abgestellt. Ich möchte nur andeuten und folgendes sagen: Wir werden in diesem Jahr gezielt Maßnahmen setzen, draußen in den Regionen mit den Emittenten uns zusammensetzen und prüfen, wo wir Emissionen reduzieren können.

Jetzt komme ich schon zu einem weiteren Punkt. Alle Gesetze, meine Damen und Herren, und Verordnungen sind ein Stück Papier, wenn sie nicht kontrolliert werden. Ich meine, daß die Kontrolle ein ganz massiver Schwerpunkt der Umweltpolitik sein muß. Auch da sage ich etwas. Ich habe inzwischen eine Arbeitsgruppe einsetzen lassen, die sich mit dem Problem der Emittentenkontrolle befaßt. Wir werden einen zusätzlichen Meßwagen heuer noch anschaffen, eine mobile Meßstation, und wir werden draußen

messend, dort, wo es kritisch ist. Wir werden vor allem versuchen, auch die Emittenten zu erfassen. Die Immissionsmessungen sagen uns ja eigentlich nur, wie die Situation meiner Meinung nach in Graz oder in Köflach ist, aber für uns interessant sind ja die Emittenten, diejenigen, die die Emissionen verursachen. Hier kann ich schon eines sagen, Frau Abgeordnete Kammlander, wir haben vor einigen Jahren bereits begonnen, es dauert leider seine Zeit, es war viel schwieriger, als wir es uns gedacht haben, einen Emissionskataster aufzustellen. Wir haben praktisch jetzt alle Werte von allen Bezirken in der EDV, ausgenommen Graz. Graz hat uns etwas im Stich gelassen, aber wir haben die Zusage, daß sie heuer noch kommen, so daß wir dann auch die Emissionen genau überprüfen können. Ich glaube daher, daß mit einem gezielten Paket von Maßnahmen schon einiges verändert werden kann. Auf einiges ist ja schon in den Beiträgen Bezug genommen worden.

Die Grazer Luft ist natürlich stark belastet auch durch den Hausbrand. Es ist zur Zeit eine Verordnung in Vorbereitung, die ohnedies auf einem Landtagsantrag beruht, und zwar auf Festlegung von Grenzwerten für Schadstoffe in den festen Brennstoffen, daß wir einfach gewisse Brennstoffe ausscheiden müssen. Das ist nicht ganz einfach, weil das auch mit der Kohlenproblematik in der Weststeiermark zusammenhängt. Das heißt also, wir haben zum Teil in der Weststeiermark relativ schlechte Kohle. Wir müssen dazu kommen, daß die schlechte Kohle dann einfach dort verheizt wird, wo wir entsprechende Filteranlagen haben – das ist die ÖDK. Daher glaube ich, daß es richtig ist, daß diese Kohle, die für den Hausbrand nicht geeignet ist, in diese Großfeuerungsanlagen geht, wo wir dann wirklich auch die Schadstoffe herausfiltern können, und daß wir den Hausbrand verbessern. Wir wissen, daß sich sicher einiges verändern wird, auch mit dem Ausbau des Fernwärmenetzes in Graz. Heuer geht Mellach im Herbst in Betrieb, dann wird die Puchstraße nur mehr auf Spitzenlast gehen und auch nur mehr mit Gas. Das wird die Situation sicher entlasten, aber natürlich wird es noch einige Zeit dauern, bis die Luft so ist, daß wir damit einigermaßen zufrieden sein können.

Nun vielleicht noch zu einigen anderen Fragen – es ist gar nicht denkbar, auf alle einzugehen, aber ich möchte immerhin zur Frage der Finanzierung des Umweltschutzes etwas sagen, weil es kritisiert worden ist, daß wir einen Umweltfonds haben – der Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber hat das sehr kritisiert –, und nicht ein Schilling ist im heurigen Budget drinnen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Reingekommen, bitte.“) Aha, reingekommen. Ich sage Ihnen gleich und berichte auch gern dazu, weil ich glaube, daß das richtig ist: Wir haben insgesamt für den Landesumweltfonds und den Naturschutzumweltfonds, der mit 20 Prozent der Gesamtmittel dotiert ist, 100 Millionen Schilling zur Verfügung. Das heißt, auf den Umweltfonds selbst bezogen: 20 Millionen Schilling sind in den Naturschutzfonds gegangen, 80 Millionen Schilling stehen für den Umweltfonds zur Verfügung. Es ist schon richtig, daß es eine Zeit gedauert hat, bis er zum Arbeiten gekommen ist, aber er arbeitet. Wir haben zur Zeit 70 Ansuchen laufen. Vom Fachbeirat – es gibt einen eigenen Fachbeirat, der die Ansuchen auf die

Förderungswürdigkeit begutachtet – sind bisher 16 Anträge positiv begutachtet worden mit einer Darlehenssumme von 29 Millionen Schilling. Vom Fachbeirat gehen dann die Anträge in die Landesregierung. Bisher sind von diesen 16 Anträgen 11 mit einem Betrag von 13 Millionen Schilling beschlossen worden. Was wird damit gefördert? Das ist ein breites Spektrum. Gestern zum Beispiel haben wir in der Sitzung die Förderung von alternativen Abwasserbeseitigungsanlagen für zwei steirische Gemeinden beschlossen, und zwar Wurzelraumentorgungsanlagen in Kombination mit technischen Anlagen. Wir haben bisher den Ausbau von Hackschnitzelheizungen gefördert, also Nahwärmenetze in einer Reihe von Gemeinden. Wir fördern mit diesem Umweltfonds beispielsweise ein Projekt, das der Frage des Grundwasserschutzes in Leibnitz dient, nämlich dieses früher von mir genannte Energiegrasprojekt mit der Biowärmeanlage in Wildon. Es sind Pilotprojekte für den Komposteinsatz gefördert worden und Rekultivierungsmaßnahmen.

Nun einige Fragen noch. Ich möchte versuchen, jetzt noch ganz kurz auf einige Punkte, die von den Abgeordneten angeschnitten worden sind, einzugehen: Auch zum Umweltschutzbericht möchte ich etwas sagen. Der Umweltschutzbericht ist vielleicht ein bißchen mißverstanden worden. Ich glaube, es ist nicht denkbar, daß in einem solchen Bericht alle Probleme, die die Umwelt betreffen, in einer umfassenden Form behandelt werden. Das ist einfach undenkbar. Dann würde er nicht 350, sondern 3000 Seiten haben müssen – ist auch nicht der Sinn! Gedacht war und ist er, daß er so etwas wie eine Statusbilanz wiedergibt, und zwar schwerpunktmäßig. Wir behandeln nicht jedes Jahr alle Probleme, sondern wenn Sie den heurigen mit dem vorjährigen vergleichen, haben Sie heuer andere Schwerpunkte. Wir haben heuer einige Schwerpunkte ausführlicher behandelt, die sich zum Beispiel mit der Frage der Abwasserbeseitigung befaßt haben, mit dem Problem „Müll“, nämlich Altpapier, Altglas, Problemstoffe, Sonderabfälle, also Themen, die uns jetzt momentan sehr beschäftigen, mit dem Strahlenschutzproblem. Da gebe ich wirklich der Frau Kollegin Kammlander recht, ich bin wirklich entsetzt über diese Zitierung, die Sie dort gebracht haben, aber die stammt, bitte, nicht vom Herrn Hofrat Nims, sondern vom Strahlenschutzmediziner, der hier diesen Beitrag geliefert hat. Ich glaube auch, daß es gut wäre, wenn die Beiträge namentlich gezeichnet wären. Ich würde diese Anregung durchaus aufgreifen, Herr Hofrat, weil damit auch wiedergegeben wird, wer für die einzelnen Teile verantwortlich zeichnet.

Zur Frage der Erstellung: Ich glaube, man soll auch hier gerecht sein. Wir haben diesen Umweltschutzbericht durch einen Antrag erreicht, und ich glaube, beide Berichte sind sehr informativ. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß im Rahmen des neuen Umweltschutzgesetzes die Erstellung des Umweltschutzberichtes integriert wird und daß man durchaus in einem Vorverfahren auch eine Gruppe damit befaßt. Selbstverständlich, bitte, warum nicht? Wir haben nichts zu verbergen. Ich glaube auch, daß wir gut beraten sind, wenn wir ihn in Zukunft problemorientiert aufbauen und nicht jedes Jahr alle Themen und alle Kapitel wiederholen, sondern so etwas wie ein Kompendium zustandebringen, daß man die eine oder die andere Frage dann auch da herausgreifen kann.

Ich möchte jedenfalls für mich sagen: Ich bin sehr froh, daß es den Bericht in dieser Form gibt, und ich möchte auch dem Herrn Hofrat Rupprecht und seinen Mitarbeitern dafür herzlich danken. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Was die Frage „Sachprogramm Umwelt“ betrifft: Es gibt kein „Sachprogramm Umwelt“, sondern es gibt eine Reihe von Sachprogrammen, die sich mit der Umwelt beschäftigen, Frau Abgeordnete, zum Beispiel das Energie- und Rohstoffprogramm, das schon erlassen ist, das Wasser- und Abwasserprogramm, das in der Fertigstellung ist – es geht demnächst in die Begutachtung –, das Müllbewirtschaftungsprogramm, das ein Begleitprogramm zum neuen Müllbewirtschaftungsgesetz sein wird, und einige andere mehr. Ein Luftprogramm wird ebenfalls ausgearbeitet.

Nun vielleicht zur Frage „Vereinbarung“ auch noch ein Wort, die wir im Tagesordnungspunkt 4 zu beschließen haben:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, man muß hier zwei Dinge unterscheiden: In einem Teil werden die Grenzwerte festgelegt, wo bei der Überschreitung die Zuständigkeit bei Luftverunreinigung auf den Bund übergeht. Das sind die sogenannten 0,6 Milligramm pro Kubikmeter, wie sie also hier drinnen stehen. Das andere regelt eine Vereinbarung der Bundesländer: Die Bundesländer verpflichten sich, Grenzwerte in ihren Landesgesetzen festzulegen, die zumindest so niedrig sind, wenn nicht noch niedriger als 0,6 Milligramm pro Kubikmeter. Und hier ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Rader völlig richtig gesagt worden: „Wir haben die Grenzwerte längst erreicht!“ Das sagt ja nicht, daß wir nicht bessere, niedrigere Grenzwerte festlegen dürfen. Ich möchte noch eines dazusagen: Ich glaube, die Vereinbarung bringt nichts weltbewegend Neues, aber sie verpflichtet immerhin auch den Bund zu einigen gesetzlichen Maßnahmen, die wichtig sind, zum Beispiel: Daß er Maßnahmen gesetzlicher Natur setzt, denzufolge die Altanlagen in ihren Emissionsgrenzwerten an die Neuanlagen angepaßt werden müssen. Das ist ein ganz wichtiger Schritt in der Umweltpolitik, weil heute die vielen alten Dreckschleudern maßgeblich an der Umweltverschmutzung beteiligt sind.

Ja, zum Kollegen Gottlieb kann ich nur sagen – er hat ja, glaube ich, in einer sehr sachlichen Weise die Problematik der Deponiegeschichte geschildert –: Das stimmt natürlich, das sind unsere Probleme. Ich kann nur sagen, Herr Abgeordneter, daß der Entwurf des Müllbewirtschaftungsgesetzes, wie Sie und wir ihn heute eingebracht haben – er ist das Ergebnis, mit Ausnahme eines Punktes, von Parteienverhandlungen –, ja versucht, das Problem der Müllbewirtschaftung Graz und Grazer Umraum als Einheit zu sehen. Das ist nicht ganz einfach. Die Frau Präsident wird heute am Abend in einer Diskussion dabei sein und der eine oder andere auch. Und es wäre sehr einfach, das sage ich Ihnen auch, die Bürgermeister von Graz-Umgebung dazu zu bringen, daß sie sagen, der Grazer Müll interessiert uns nicht. Meine Damen und Herren! Wir haben Gespräche geführt, und ich nehme an, daß auch Ihre Fraktion solche Gespräche geführt hat, wir haben den Bürgermeistern von Graz-Umgebung gut zugeredet und argumentiert, daß diese Frage eben wirklich nur gemeinsam gelöst werden kann, mit aller

Sensibilität. Und nur so werden wir überhaupt mit diesem Problem zurecht kommen. Aber Sie haben auch das Klärschlammproblem genannt. Bitte, das ist immer der Jammer, daß man ein Problem löst, und ein neues entsteht. Wir haben heute einen sehr hohen Stand der Abwasserreinigung erreicht, aber wir haben ein Endprodukt vor uns, den Klärschlamm, der leider Gottes zum Teil mit Schwermetallen sehr belastet ist, den wir nicht so ohne weiteres auf die Felder aufbringen können. Das ist auch der Sinn des Bodenschutzgesetzes. Wir werden uns daher auch Gedanken machen müssen, wie kommen wir mit dem Klärschlammproblem zurecht. Ich wollte Ihnen nur berichten, weil es immer so aussieht, als ob nichts geschieht, denn es heißt immer, das Land tut nichts. Natürlich ist dieses Problem sehr wohl studiert worden. Die Fachabteilung III c hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die vor wenigen Tagen ein Klärschlamm Entsorgungskonzept vorgestellt hat. Das ist der erste Entwurf, wo wir die Frage des Klärschlammes auch angehen müssen. Ich sage Ihnen auch hier ein paar Zahlen, die die ganze Dramatik aufzeigen. Wir haben derzeit Klärschlamm von etwa 1,2 Millionen Einwohnergleichwerten, die wir über vollbiologische Kläranlagen entsorgen. Das sind rund 490.000 Kubikmeter Klärschlamm. Künftig müssen wir mit 2,5 Millionen Einwohnergleichwerten rechnen, das sind 1,4 Millionen Kubikmeter Klärschlamm. Das heißt also das Sechsfache, Kosten – meine Damen und Herren – geschätzt rund eineinhalb Milliarden Schilling. Sie sehen schon, wir haben noch genug zu lösen vor uns.

Noch ein Thema, das vom Kollegen Gottlieb angeschnitten wurde. Er hat auf das Abwasserproblem hingewiesen. Ich glaube, man muß auch hier die Dinge sehen wie sie sind. Der Mur-Gipfel hat uns sehr viel weitergebracht, auch trotz gegenteiliger Behauptungen. Auch hier werden wir sehr genau zu prüfen haben, daß die Bedingungen auch eingehalten werden. Ich habe die Firma Leykam besucht, ich kann nur sagen, Hut ab, die haben gewaltige Investitionen für die vollbiologische Abwasserreinigung getätigt. Aber ich weiß schon, meine Damen und Herren, daß das auch noch nicht das Ende ist. Wir können mit der Vollbiologie eine drastische Reduzierung des biologischen Sauerstoffbedarfes zustande bringen, immerhin von 553.000 Einwohnergleichwerten, das sind minus 94 Prozent. Aber ich weiß auch, daß die Frage endgültig nur lösbar ist, wenn wir zu einer Sauerstoffbleiche kommen. Wir werden den chemischen Sauerstoffbedarf zwar auch mit der neuen Anlage um 587.000 Einwohnergleichwerte oder 40 Prozent reduzieren. Aber das genügt nicht. Daher muß man konzedieren und anerkennen, daß sich die Papierindustrie zumindest bemüht, hier Verfahren zu entwickeln – das wird in einer Gemeinschaftsarbeit mit der Grazer Universität gemacht –, daß man auch diese Umstellung auf die Sauerstoffbleiche zustande bringt. Auch hier sage ich eines klar: der Herr Professor Stark, der wirklich ein Fachmann ist, hat mir vor wenigen Tagen gesagt, bitte sagen Sie den Leuten, daß niemand glauben soll, daß wir dann eine grüne Mur haben. Die gibt es nicht. Die gibt es dort nicht, wo es eine Zellstoffindustrie gibt, aber wir werden eine saubere Mur haben. Ich glaube, man sollte daher auch die Dinge so realistisch sehen wie sie sind. Meine Damen und Herren, ich habe aber nicht nur die Firma Leykam besucht, ich habe auch die

anderen Papierfabriken, wo es nicht so klappt, vorgehen und zu Gesprächen eingeladen. Mit den Pölsern geht es nicht so glatt wie mit der Leykam. Ich habe auch keinen Zweifel gelassen, daß wir nicht bereit sind, hier Verzögerungen in Kauf zu nehmen. Das heißt, ich werde sehr darauf drängen, auch bei Niklasdorf, daß die Verzögerungen, die jetzt schon da sind, wieder eingeholt werden, so daß wir mit dem Mur-Sanierungsprogramm unser gestecktes Ziel 1990 wirklich erreichen. Aber es ist nicht ganz einfach. Das sage ich auch dazu, weil wir es mit einem Industriezweig zu tun haben, der zum Teil auch wirtschaftlich große Probleme hat.

Nun zum Kollegen Mag. Rader. NOX, sicher, Sie haben natürlich recht, auch der neue Kessel, der Kessel II, produziert NOX. Allerdings muß man dazu sagen, er ersetzt den alten. Der alte hat 400 Milligramm pro Kubikmeter Luft produziert, und der neue produziert 250 Milligramm pro Kubikmeter. Das Problem ist, daß Sie immer, wo es Industrie gibt, gewisse Umweltbelastungen haben werden. Das ist einfach nicht weg-zudiskutieren. Aber Sie erreichen die Grenzwerte zumindest. Wir haben eine Verbesserung erreicht. Erkennen wir das auch einmal ehrlicherweise an.

Was die Lärmgeschichte in Graz-Thalerhof betrifft, kann ich konkret heute insoweit keine Antwort geben, weil ich die Werte nicht verfügbar habe. Aber wir haben in Graz-Thalerhof eine Überwachungsstation installiert – es ist der einzige Flughafen in Österreich – hinsichtlich der Lärmgeschichte, und wir werden sehr genau prüfen, ob das, was Sie befürchten, eintritt. Ich glaube es nicht, und zwar deshalb nicht, weil mir die Fachleute sagen, daß ein sehr großer Unterschied ist zwischen den Triebwerken der Zivilflugzeuge, die heute auf minimale Lärmabgabe konstruiert sind, und den Triebwerken von Militärjets. (Abg. Mag. Rader: „Ich habe die Luftbelastung gemeint.“) Ich dachte, Sie meinen Lärmbelastung. Natürlich ist auch ein Flughafen eine Beeinträchtigung, gar keine Frage.

Nun zur Frage „Müllentsorgung“, Herr Kollege Mag. Rader. Ich sage Ihnen ein ganz offenes Wort. Sie wissen es, und auch die Grün-Alternativen wissen es, ich habe mir vorgenommen, sehr kooperativ mit allen Parteien zu arbeiten. Wir haben auch eine erste Verhandlungsrunde in beiden Gesetzen gehabt, sowohl beim Abfallbeseitigungsgesetz wie auch beim Bodenschutzgesetz. Ich habe Ihnen auch zugesagt, daß wir weiter verhandeln werden, und wir werden weiter verhandeln. Aber wir sind bei den Verhandlungen mit der SPÖ, wir wollen zuerst einmal zwischen den großen Parteien einen Grundkonsens versuchen. Das halte ich für wichtig, dann werden wir selbstverständlich mit Ihnen weiterreden. Sie werden Gelegenheit erhalten, und dazu stehe ich. Während der Zeit, wo dieses allgemeine Anhörungsverfahren durchgeführt wird, werden wir auch mit Ihnen und mit den Grün-Alternativen über diese Frage weiterreden. Wir sollten versuchen, diese schwierigen Fragen, wenn es geht, im Konsens zu lösen. Es wird ja nicht überall gehen.

Was die Frage „Chromabfall“ betrifft, das werde ich natürlich überprüfen lassen, selbstverständlich! Ich nehme allerdings an, daß es sich um Chrom-3-Salze handelt, die nicht giftig sind. Es gibt Chrom-6-Salze, die hochgiftig sind. Die Chrom-3-Salze sind wasser-

unlöslich und nicht giftig, soviel kann ich mich noch an die ganze Diskussion erinnern bei Schmidt in Wollsdorf, weil ich mich damals aktiv eingesetzt habe, aber Sie werden von mir dazu einen Bericht bekommen.

Ganz verstehe ich Sie eigentlich nicht in der Müllfrage, und damit komme ich schon zu einem neuen Thema. Sie haben gesagt, die Verbände werden diese Großdeponien nicht finanzieren können. Wir wollen keine Großdeponien, meine Damen und Herren. Ich verstehe wirklich nicht, daß gerade Sie damit kommen. Wenn die Sozialisten mit einer solchen Ideologie kommen würden und sagen, die ganze Steiermark ein Müllverband, dann würde ich sagen, „bißchen eine Anleihe noch vom Vater Marx“, aber die kommen nicht. Wir sind uns eigentlich einig, daß das Müllproblem, meine Damen und Herren, nur regional lösbar ist. Und darum habe ich es nie verstanden, daß Sie mit einem Volksbegehren kommen, wo Sie das ganze Land Steiermark, mit allen Gemeinden, zu einem Verband zusammenschließen wollen. Das ist doch im Prinzip ganz widersinnig. Ich denke hier anders, und damit bin ich schon beim Thema „Abfallbewirtschaftungsgesetz“. Ich glaube umgekehrt, daß diese Frage überhaupt nur von der Regierung her lösbar ist. Warum? Weil das Mißtrauen des Bürgers unendlich groß ist.

Und auch zu den jetzigen beiden Initiativanträgen, die wir heute eingebracht haben, ein klares Wort, meine Damen und Herren: Ich habe als erste Maßnahme als neuer Landesrat sofort die Verhandlungen weitergeführt, die Dipl.-Ing. Riegler ja schon begonnen hat, und zwar zu einer Novelle des Abfallbeseitigungsgesetzes. Wir haben mit allen Parteien Verhandlungen eingeleitet. Wir sind sehr bald zur Überzeugung gekommen, daß es vernünftiger ist, ein neues Gesetz zu machen, weil sich seit 1974 eben sehr viel verändert hat und wir heute nicht mehr von der Beseitigung reden können, sondern weil wir Müll als etwas anderes sehen – auch als einen Rohstoff. Wir sind eigentlich sehr schnell übereingekommen – und ich glaube, da herrscht durchaus Einvernehmen zwischen allen Parteien im Landtag –, daß wir den Müll im Sinne einer umweltgerechten und raumordnungsgerechten Entsorgung bewirtschaften müssen. Das heißt, erster Grundsatz: Verringerung des Müllanfalles. Das können wir leider nur zum Teil auf Landesebene lösen, aber ich hoffe, daß die Frau Bundesminister das angekündigte Mülleinsparungsgesetz durchsetzt. Dort müssen Regelungen hinsichtlich der Verpackung und dergleichen kommen. Was da an Müll produziert wird, ist unvorstellbar.

Zweitens, meine Damen und Herren, müssen wir versuchen, den Anfall des Mülls auch schon vom Verursacher her, also vom Haushalt her und so weiter, zu verringern, das heißt, daß möglichst wenig in die Mülltonne hineinkommt und das, was hineinkommt, dann auch fraktioniert und getrennt wird. Das heißt, daß man die Altstoffe, die sogenannten wiederverwertbaren Stoffe, wie Glas oder Papier, gar nicht deponiert, sondern versucht, sie in einer Art von Kreislaufdenken wiederum in die Wirtschaft zurückzuführen. Und erst das, was übrigbleibt, meine Damen und Herren, wird dann deponierbar sein. Und wenn es noch gelingt, daß man – ein Konzept für Graz, vielleicht durchzubrin-

gen – den brennbaren Teil auch noch verwertet, dürfte nicht sehr viel übrigbleiben. Sie sehen also, daß wir eine sehr moderne Konzeption haben.

Nun, warum haben wir heute den Initiativantrag eingebracht? Das möchte ich damit begründen, weil wir in den Verhandlungen mit der SPÖ zwar nicht gescheitert, allerdings bei einem Punkt angekommen sind, wo wir doch unterschiedliche Auffassungen haben. Das ist die Frage der Durchführung der Müllbewirtschaftung nach regionalen Gesichtspunkten. Nachdem aber das Thema so brisant ist, müssen wir auf jeden Fall heuer noch zu einem Gesetz kommen. Und zwar möchte ich bis zum Sommer dem Landtag einen Gesetzesentwurf vorlegen, den wir dann, wenn es geht, einstimmig verabschieden können. Auch sind wir in einen Zugzwang gekommen, weil dieses Gesetz – und das ist, glaube ich, ja ganz wichtig – das erste ist, das nach dem neuen Volksrechtgesetz möglichst breit angehört und begutachtet werden soll. Ich glaube, daß es gerade in dieser Materie ganz wichtig ist, daß jeder Bürger im Land mitreden kann und seine Vorstellungen einbringen kann. Der Weg, daß wir beide heute Initiativanträge eingebracht haben, macht es uns möglich, daß erstens ein hohes Maß an Beteiligung stattfinden kann, ein hohes Maß an Mitsprache, und daß wir trotzdem dann noch vor dem Sommer – so hoffe ich – zu einer Lösung kommen, die von allen Parteien im Land dann mitgetragen und verabschiedet werden kann.

Meine Damen und Herren, verzeihen Sie, wenn ich auf die einzelnen Fragen nicht mehr eingehe, ich glaube, es ist einfach zu lang. Wir werden noch oft genug über die verschiedenen Probleme und Schwierigkeiten zu reden haben.

Ich möchte allen recht herzlich danken, die heute mitdiskutiert haben, auch wenn es manchmal ein bißchen polemisch zugegangen ist. Ich nehme das nicht allzu ernst, ich werde mich nicht provozieren lassen, ich werde mich bemühen, trotzdem ein Stück weiterzubringen. Ich danke Ihnen herzlich! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL.)

Präsident Wegart: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich gehe daher zur Abstimmung über.

Die Damen und Herren, die dem Bericht des Ausschusses für Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 141/1, betreffend eine Vereinbarung über die Festlegung von Immissionsgrenzwerten für Luftschadstoffe und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt, ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ebenso bitte ich die Damen und Herren, die dem Bericht des Ausschusses für Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 143/1, zum Beschluß Nr. 344 des Steiermärkischen Landtages vom 15. Mai 1984 zur dringlichen Anfrage Nr. 5 sowie zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Kröll, Kollmann und Prof. Dr. Eichtinger, Einl.-Zahl 686/1, aus der X. Gesetzgebungsperiode, betreffend die Vorlage eines jährlichen Umweltschutzberichtes, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 139/1, betreffend Flughafen Graz, Betriebsgesellschaft m. b. H., Ausbauprogramm für die Jahre 1987 bis 1993 mit Investitionskosten von 182 Millionen Schilling.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Rainer: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich werde mich bemühen, die Vorlage zu kürzen und Zeit aufzuholen.

Nach einem Investitionsprogramm der Flughafen Betriebsgesellschaft m. b. H. für die Jahre 1981 bis 1986 liegt nunmehr der Regierung ein neuerliches Programm vor, welches Investitionen im Ausmaß von 182 Millionen Schilling vorsieht. Diese Investitionen dienen im wesentlichen der Sicherheit, zum Teil verbunden mit notwendigen Reparaturen, der Wirtschaftlichkeit und der Kapazitätsanpassung. So

erstens die Errichtung des Rollweges Nord, wofür 63,330.000 Schilling aufgewendet werden sollen.

Zweitens: Die Vergrößerung der Abstellflächen. Hier sollten 23,100.000 Schilling aufgewendet werden.

Drittens: Reparaturarbeiten auf der Betonpiste: 3 Millionen Schilling. Primär dienen diese Investitionen der Sicherheit; vor allem also auch deswegen erforderlich, nachdem die Tonnage der Flugzeuge um das Achtfache gegenüber 1955 angestiegen ist.

Viertens: Die Erweiterung des Abfertigungsgebäudes: Gesamtinvestitionen von 25 Millionen Schilling, allerdings gebunden an eine Kautele, das heißt, daß erst dann die Erweiterung vorgenommen werden soll, wenn die Kapazitätssteigerung dies erfordert.

Fünftens: Eine weitere Investition für Befeuerungsanlagen im Ausmaß von 4,6 Millionen Schilling.

Sechstens: Geländefreimachung im Süden: Kosten hier in der Höhe von 55,720.000 Schilling, und

siebtens: Die Errichtung einer Geräte- und Werkstättenhalle im Ausmaß von 7,250.000 Schilling.

Sohin Gesamtinvestitionen von 182 Millionen Schilling. Der Anteil des Landes beträgt für den Zeitraum von 1987 bis 1993 insgesamt 35 Millionen Schilling, also jährlich 5 Millionen Schilling. Der Anteil der Stadt Graz ebenfalls 35 Millionen Schilling, der Anteil des Bundes 70 Millionen Schilling. Sohin bleibt ein Rest von 42 Millionen Schilling, der von der Ges. m. b. H. aufzubringen wäre.

Diese Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß einstimmig angenommen. Ich beantrage auch hier die Annahme der Vorlage und die Zahlung von jährlich 5 Millionen Schilling, aus Treuhandmitteln des Landes bereitzustellen.

Präsident Wegart: Zu einer kurzen Wortmeldung Herr Präsident Ing. Stoisser.

Abg. Ing. Stoisser: Sehr geehrter Herr Präsident, danke für den Wink mit dem Zaunpfahl! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, diese Vorlage ist es schon wert, daß man einige kurze Worte verliert. Wir beklagen ja immer von der Wirtschaft aus, daß wir verkehrsmäßig schlechte

Verbindungen mit der Welt haben, und das stimmt ja auch. Auf der Straße, mit der Bahn nach Salzburg zu fahren, dauert heute fünf bis sechs Stunden. Und so böte uns das Fliegen eine große Chance. Und Ronald Lauder, der Botschafter der USA, hat bei seinem Besuch im Jänner hier in Graz bei uns in der Handlungskammer als erstes folgendes gesagt:

„Schauen Sie, daß Sie eine direkte Flugverbindung von Amerika, von USA nach Österreich bekommen – nicht in die Steiermark –, dann werden die Amerikaner hierher fliegen. Denn jeder, der umsteigen muß, glaubt dann, zu einem minderen Land zu kommen.“ Und dasselbe gilt auch, europäisch gesehen, für Graz und für Europa. Nun einige interessante Zahlen: Im vergangenen Jahr 1986 sind rund 200.000 Passagiere über Graz-Thalerhof an- und abgeflogen. Im Linienverkehr waren es 127.000. Die AUA nach Frankfurt hat 31.000 Passagiere befördert, über Wien-Zürich sind es 29.000. Die Lufthansa hat nach Frankfurt ebenfalls mehr als 33.000 Personen befördert. Und mit diesem kleinen Flieger, der AAS, des Austrian Airservice Dienstes, sind auch immerhin 20.000 von und nach Wien geflogen. Die Tyrolian Airways hat auch 5500 Passagiere nach Tirol gebracht. Und selbst die neue Linie nach Innsbruck hat in dem ersten Jahr schon nahezu 2500 Passagiere befördert und hat derzeit eine Auslastung von 72 Prozent, und sie peilt 7000 Passagiere für dieses Jahr an. Ein Zeichen dafür, daß – wenn man etwas wagt – es auch funktionieren kann. Und das sollte uns auch dazu bringen, weitere Linien zu installieren. Ich weiß schon, daß hier die AUA immer wieder dagegen ist, aber die Münchner Linie hat es bewiesen, daß das nicht auf Kosten der Luftlinien der Austrian Airlines gegangen ist.

Es hat auch eine Umfrage ergeben, daß der Wunsch besteht, eine direkte Verbindung neben München auch nach Düsseldorf, nach Mailand und nach Zürich zu haben. Es wäre wirklich sehr vordringlich. Daß es weitere Wünsche gibt mit Amsterdam, Stockholm und London, dies möchte ich nur am Rande erwähnen. Und auch die Tagesrandverbindungen nach Wien sollten in irgend einer Form verstärkt werden, so daß man von dort in der Früh und am Abend noch Flugzeuge in die weitere Welt hin bekommt. Das wäre für Weltfirmen, die bei uns in der Steiermark ansässig sind und es werden sollten, überaus wichtig. Das Beispiel München – ich möchte es noch einmal sagen – hat gezeigt, daß es wirklich auch erfolgversprechend sein kann. Es ist auch interessant, daß die Luftfracht in Graz um 11 Prozent zugenommen hat, österreichweit um 3 Prozent. Es ist vielleicht am Rande ein Zeichen dafür, daß die Exporte von Graz weg doch auch auf höherwertige Güter mehr Ausbreitung finden, denn nur teure Güter sind für die Luftfracht rentabel.

Eines noch zum Abschluß über diesen Ausbau: Die Airst – das ist eine Tochter von AUA und SWISSAIR, die die Flugzeuge mit dem Flugmenü versorgt – und die AUA haben bei den Ausbauplänen darauf bestanden, daß die dort bestehende private Firma gekündigt wird und sie das Flughafenrestaurant und das Catterring am Flughafen übernimmt. Ich bedaure es sehr, daß eine so große Firma wie die AUA beziehungsweise ihre Tochterfirma auf diese Art und Weise wieder eine kleingewerbliche Existenz damit beendet hat – ich hätte bald „vernichtet“ gesagt. Es ist ein Wermutstropfen.

fen dabei. Sonst begrüßen wir natürlich diesen Umbau und weiteren Ausbau in der Hoffnung, daß es den Steirern und der steirischen Wirtschaft dient. Danke! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 140/1, betreffend die Bedekung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1986 (2. Bericht für das Rechnungsjahr 1986).

Berichterstatler ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Rainer: Hohes Haus!

Der zweite Bericht für das Rechnungsjahr 1986 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedekung der in der beiliegenden Übersicht angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben – ich gehe davon aus, daß die Damen und Herren Abgeordneten diesen Bericht genauestens studiert haben – gegenüber dem ordentlichen und außerordentlichen Landesvoranschlag 1986 entstandenen Mehrausgaben im Gesamtbetrag von 482,650.983,96 Schilling wurde gemäß Paragraph 32 Absatz 2 Landesverfassungsgesetz 1960 im Finanz-Ausschuß mit Mehrheit genehmigt. Ich beantrage auch hier im Hohen Haus die Annahme dieser Vorlage und die Genehmigung dieser Beträge.

Präsident: Auch hier liegt eine Wortmeldung zu einem kurzen Bericht vor, die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander: Ich warte, bis der Herr Landesrat Dr. Klauser seinen offiziellen Platz einnimmt. Er weiß schon, was auf ihn zukommt. Ich habe eine Anfrage an ihn gerichtet. Herr Landesrat Dr. Klauser, bezüglich der obligaten Berichtspflicht an den Landtag, ich erwarte mir von Ihnen die schriftliche Beantwortung und damit eine erschöpfende Klärung, und ich möchte darauf hinweisen, daß es nicht mehr darum geht, die Bedeckungsfrage zu klären. Es wird sich dann aus Ihrer Antwort zeigen, welcher Standpunkt von uns beiden der richtige ist. Danke!

Präsident: Dazu der Herr Landesrat Dr. Klauser.

Landesrat Dr. Klauser: Ich verzichte darauf, heute dazu Stellung zu nehmen. Ich werde die Antwort schriftlich erstatten.

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

10. Bericht des Kontroll-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 12/1, betreffend den zusammengefaßten Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis der Überprüfung von Teilgebieten der

Gebarung des Jahres 1984 des Landes Steiermark sowie der Stadt Graz und der Stadtgemeinden Kapfenberg und Leoben mit den angeschlossenen Äußerungen der Gebietskörperschaften beziehungsweise Gegenäußerungen des Rechnungshofes.

Berichterstatler ist der Herr Abgeordnete Günther Ofner, dem ich das Wort erteile.

Abg. Günther Ofner: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren!

Der Rechnungshof hat gemäß Artikel 127 und 127 a des Bundes-Verfassungsgesetzes 1929 im Juni und Juli 1985 Teilgebiete der Gebarung des Jahres 1984 des Landes Steiermark sowie der Stadt Graz und der Stadtgemeinden Kapfenberg und Leoben überprüft. Am 23. Jänner 1986 hat der Rechnungshof dem Land Steiermark den Bericht übermittelt. Am 23. Juni 1986 wurde diese Äußerung beziehungsweise die zu treffenden Maßnahmen von der Steiermärkischen Landesregierung beschlossen und mit Schreiben vom 4. Juli 1986 an den Rechnungshof entfertigt. Der Bericht wurde in Teil A, allgemeiner Teil, Teil B, Land Steiermark, und C Städte sowie I Graz, II Kapfenberg und III Leoben unterteilt. Nachdem der Bericht äußerst umfangreich ist, er beinhaltet 270 Seiten, und jeder Abgeordnete solch einen Bericht vorliegen hat, möchte ich mich nur auf die wichtigsten Dinge beschränken. Der Teil A, allgemeiner Teil, ist das Ergebnis der Überprüfung von Repräsentationsausgaben allgemeiner Feststellung. Beim Begriff „Repräsentation“ gibt es bei den einzelnen Gebietskörperschaften unterschiedliche Auffassungen, vor allem, was die Zuordnung der Repräsentation betrifft. Grund dafür ist, weil es keine richtigen Rechtsvorschriften gibt. Eine Gesamtfeststellung über sparsame, wirtschaftliche und zweckmäßige Gestaltung kann im gesamten nicht getroffen werden. Es kann dies nur im Einzelfall festgestellt werden. Der Rechnungshof ist der Meinung, daß Richtlinien für Repräsentationsausgaben vor allem bei Veranstaltungen mit einer Festlegung einer Kopfquote beschlossen werden sollten. Bezüglich der Verfügungsmittel empfahl der Rechnungshof, einen bestimmten Teil des Voranschlagsbetrages als Pauschale und damit als nicht belegbar zu gestalten. Das Land Steiermark sowie die Gemeinden sind jedoch der Meinung, daß Richtlinien für Repräsentationsausgaben sowie eine Pauschale bei den Verfügungsmitteln nicht immer als zweckmäßig erachtet werden. Die Ausgaben sind gebiets- und gemeindemäßig oft sehr verschieden, auch was die Wichtigkeit der Veranstaltung betrifft. Daher – glaube ich – ist es von Vorteil, wenn eine gewisse Flexibilität vorhanden ist.

Teil B beinhaltet die Überprüfung des Landes und unterteilt wieder die Repräsentationsausgaben, Personalanlagenheiten, Parteien- und Presseförderung und sonstige Feststellungen.

Zu den Ausgaben für Repräsentationen: Auffallend war, daß die starke Steigerung der Ausgaben von 1983 auf 1984 von rund 91 Prozent von 5,358.000 Schilling auf 10,225.000 Schilling angestiegen ist. Das hat sich zum Teil auch daraus ergeben, weil noch offene Rechnungen aus dem Jahr 1983 vorhanden waren. Im Jahr 1984 wurden zusätzlich zu den Repräsentationsausgaben auch noch 1,584.000 Schilling Verfügungsmittel benötigt und im Voranschlag ausgewie-

sen. Zusätzlich zu dieser Summe werden noch 2,228.000 Schilling benötigt, so daß die Verfügungsmittel für 1984 3,8 Millionen Schilling betragen haben.

Personalangelegenheiten: Hier wurde wiederholt festgestellt, daß leitende Bedienstete mehrere Zulagen, wie Verwaltungsdienstzulage, Mehrleistungszulage, Funktionszulage, zum Teil auch Repräsentationszulage, bekommen. Bedienstete im Büro der Regierungsmitglieder bekommen zusätzlich eine Bereitschaftsschädigung. Auch werden Bedienstete des Landes für Kontrolltätigkeiten im Aufsichtsrat und Gesellschaften beschäftigt, und auch diese bekommen eine Entschädigung. Der Rechnungshof ist der Meinung, daß dies rechtlich bedenklich ist. Auch sind Landesbedienstete, die in Pension sind, in solchen Kontrolltätigkeiten beschäftigt. Vor allem müßte eine Rückvergütung beziehungsweise eine Zuordnung für die Tätigkeit erfolgen. Nach Ansicht des Landes ist eine einheitliche Verrechnung dieser Ausgaben von Rechts- und Beratungskosten deshalb nicht möglich, da für die in Rede stehenden Aufwendungen keine Honorarnoten zu legen sind. Außerdem wurden die Vertreter des Landes als Aufsichtsorgane in die Gesellschaften, an denen das Land beteiligt ist, entsendet und nicht als Berater.

Die steirische Delegation in Wien wurde auch überprüft. Auf Grund des Sondervertrages vom 31. Jänner 1983 erhält der steirische Botschafter gegen Vorlage von Rechnungen 8000 Schilling und für Repräsentationsverpflichtungen in der Wohnung weitere 8000 Schilling, welche wertgesichert sind und somit insgesamt monatlich 16.912 Schilling für das Jahr 1984 betragen haben. Für das Jahr 1984 wurden für die Repräsentationsverpflichtungen der steirischen Delegation 202.032 Schilling aufgewendet, an Reisegebühren 78.952 Schilling vergütet.

Was die Parteienförderung betrifft, ist der Rechnungshof der Meinung, daß über Zahlungen gesetzliche Regelungen geschaffen werden müßten. Vereinbarungen zwischen den Parteien scheinen dem Rechnungshof als nicht geeignet. Das Land sieht jedoch wieder solche Parteienvereinbarungen als bindende Vereinbarungen an.

Der Umfang der Presseförderung ist im Rechnungsabschluß nicht ersichtlich. Die Vorbereitung für die Ausgliederung der Beteiligungen und Krankenanstalten bis 1984 betrug 2,100.000 Schilling. Eine gesonderte Darstellung wäre nach Meinung des Rechnungshofes für eine spätere Beurteilung von Vorteil gewesen.

Was die Kraftfahrzeuge betrifft, wurde vom Rechnungshof eine öffentliche Ausschreibung beim Verkauf ausgeschiedener Dienstwagen gefordert. Vom Land Steiermark wird dies bis jetzt auch schon so gehandhabt.

Teil C, I, Landeshauptstadt Graz: Die Repräsentationen wurden bei der Landeshauptstadt Graz laut Rechnungshof sparsamst verwendet.

Personalangelegenheiten: Die Stadtverwaltung hat seit vielen Jahren dienst- und besoldungsrechtliche Regelungen ohne gesetzliche Grundlagen vollzogen. Das Dienstrecht der Stadt Graz weicht im erheblichen Maße von Gesetzen und Verordnungen des Bundes ab.

Für Bedienstete in politischen Sekretariaten bei Verwendungsänderungen werden Dienstzulagen weiterhin bezogen. Auch sollte für die Bediensteten bei fremden Rechtsträgern Ersatz des Personalaufwandes verlangt werden. Genauso wurden Sonderwerkverträge abgeschlossen, die über das Gehaltsschema weit hinausgingen.

Fahrzeuge und Dienstwagen: Hier empfahl der Rechnungshof, eine Garagen- und Dienstordnung zu erlassen. Fahrtenbücher müßten genauer geführt werden. Die Kosten für die Präsidialfahrzeuge betragen für 1984 pro Kilometer 26,68 Schilling. Taxis wären wesentlich billiger, die würden etwa 8 Schilling kosten. Der Rechnungshof ist daher der Meinung, daß die Dienstaufwendungen wesentlich verringert werden sollten. Auch dies ist in Graz in ganz beträchtlichem Umfang schon geschehen.

Die Stadtgemeinde Kapfenberg: Die Repräsentationsausgaben wurden laut Rechnungshof in mehreren Bereichen überschritten. Auch hier wurden überhöhte Zulagen für leitende Bedienstete gegeben. Der Rechnungshof erkennt dauernde Zulagen in Form von Belohnung nicht an. Bei Reisekostenverrechnungen und Studienreisen war kein Bericht beziehungsweise keine Aufzeichnung vorhanden.

Auch in Kapfenberg wurde Personal an das Rote Kreuz und die Freiwillige Feuerwehr abgestellt und keine Rückvergütung durchgeführt. Freiwillige Sozialleistungen wurden den Gemeindebediensteten in Form einer Stromzulage sowie einer Zusatzversicherung gewährt. Auch Jubiläumswendungen wurden um fünf Jahre zu früh zuerkannt. Kinder von Gemeindebediensteten, die die Mittel-, Hoch- oder Fachschule besuchen und außer Haus leben, bekommen monatlich 500 Schilling als Zuwendung. Auch bei der Benützung von Dienstkraftwagen wurde keine ordnungsgemäße Führung der Fahrtenbücher festgestellt.

Stadtgemeinde Leoben: Auch hier wurden die Repräsentationsausgaben gegenüber mehreren Vorschlagsstellen wesentlich überschritten. Die Gewährung von mehreren gleichartigen Zulagen beziehungsweise Nebengebühren erachtet der Rechnungshof für nicht zulässig. Er ist der Meinung und der Ansicht, daß die Abordnung von Personal zu fremden Rechtsträgern sowie freiwilligen Feuerwehren einzustellen wäre. Mitgliedschaften an Vereinen sollten von Einzelpersonen und nicht von der Gemeinde geleistet werden. Der Rechnungshof beanstandet auch abfertigungsähnliche Zahlungen, wie Treuegeld, an Beamte anlässlich ihres Übertrittes in den dauernden Ruhestand.

Auch in der Gemeinde Leoben sollte der Pkw-Bestand verringert werden. Auch hier hat das schon stattgefunden.

Ich stelle daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der zusammengefaßte Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis der Überprüfung von Teilgebieten der Gebarung des Jahres 1984 des Landes Steiermark sowie der Stadt Graz und der Stadtgemeinden Kapfenberg und Leoben mit den angeschlossenen Äußerungen der Gebietskörperschaften beziehungsweise Gegenäußerungen des Rechnungshofes wird zur Kenntnis genommen. Den mit der Gebarungsüberprüfung betrauten Bediensteten des Rechnungshofes wird für die geleistete Arbeit der Dank ausgesprochen.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander, der ich es erteile.

Abg. Kammlander: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist leider die Frau Abgeordnete Meyer im Moment nicht da. Ich hätte ihr gerne zu diesen mir schon etwas lästigen Bemerkungen zu meinen Wortmeldungen etwas gesagt. Ich möchte damit klarstellen, daß ich nicht hier im Landtag bin, um meine persönliche Meinung kundzutun und allein meine Lieblingsthemen hier zur Sprache zu bringen, die da sind: Frauen, Schule, Verkehr, Gesundheit, Müll und so weiter, sondern es gibt sehr viele andere Themen, die ich hier auch vertreten muß. Ich muß für Leute die Anliegen hier einbringen, und daß das alles nicht ich allein machen kann, das müssen Sie auch verstehen. Sie sind 22, und hier sind sie 30, und ich glaube, Sie haben keine Vorstellung, was eine kleine Fraktion eigentlich an Arbeitsaufwand leistet. (Abg. Trampusch: „Kurz gesagt, jede Rede ist von Dauer, schreibt sie der liebe Hagenauer!“) Das ist wieder sehr originell; es spricht für Sie als Parteisekretär, Herr Trampusch. Ich glaube, Sie würden sich solche Bemerkungen bei einem Mann vielleicht auch überlegen. Also, ich halte das für ausgesprochen geschmacklos, was Sie immer wieder zu melden haben.

Aber jetzt geht es ja in ein Gebiet, das Sie sicher sehr interessieren wird: zum Bundesrechnungshofbericht. In erster Linie geht es jetzt einmal um die Presseförderung. Wie schon anlässlich der letzten Budgetüberschreitungen beim Ansatz „Presseförderung“ von uns kritisiert, wurden die in den Voranschlägen vorgesehenen Mittel immer wieder zu niedrig angesetzt.

Auf Bundesebene gibt es eine gesetzliche Grundlage für die Parteien- und die Presseförderung. Vom Bundesrechnungshof wurde eine solche auch für die Steiermark empfohlen. Diesem Vorschlag kann sich Herr Landesrat Dr. Klausner nicht anschließen. Auch beanstandet der Bundesrechnungshof, daß die gegenständlichen Förderungsausgaben im Haushalt als Pflichtausgaben aufscheinen, daß aber Parteienvereinbarungen keine ausreichende Grundlage darstellen, den Ausgaben die Eigenschaft von Pflichtausgaben zu verleihen. Die darauf beruhenden Beschlüsse der Landesregierung können diesen Mangel nicht beseitigen. Außerdem sind Überschreitungen nicht allein deshalb gerechtfertigt, weil es einen Beschluß der Landesregierung gibt, der die Dringlichkeit der Ausgabe und das offensichtliche Interesse des Landes festlegt, wenn nicht der zugrundeliegende Sachverhalt auch erhellt wird. Das ist dasselbe wie mit den Budgetüberschreitungen, die ich heute gemeint habe. Das Argument der notwendigen Vertraulichkeit im Zusammenhang mit Förderungen aus öffentlichen Mitteln anerkennen wir, ebenso wie der Bundesrechnungshof, nicht. Für die Zukunft wird sich das Problem der Presseförderung wohl anders stellen, weil sich gezeigt hat, daß auch hier ohne Finanzierungskonzept das Ende mit Schrecken für die Arbeitnehmer folgt.

Zur Überprüfung von Teilgebieten der Gebarung der Landeshauptstadt Graz 1984 muß ich hier in diesem Plenum die Kritik des Bundesrechnungshofes wiederholen und unterstützen. Es ist beachtlich, wie sich das Land Steiermark als Aufsichtsbehörde der Stadt Graz

über das in der Verfassung festgelegte Legalitätsprinzip hinwegsetzt, welches im Artikel 18 heißt: „Die gesamte staatliche Verwaltung darf nur auf Grund der Gesetze ausgeübt werden.“ Das Land Steiermark und damit der Landtag haben zugeschaut, wie sich unzuständige Organe der Verwaltung – das ist die Stadt Graz – Befugnisse über die Dienst- und Gehaltsregelungen erteilt haben, für die die gesetzliche Grundlage seit zehn Jahren fehlt. Nicht nur, daß bundesgesetzliche Regelungen überschritten worden sind oder vorzeitig übernommen wurden, sondern sie gehen wirklich darüber hinaus, und das ist eigentlich der Skandal, diese Mängel sind seit 1979 wiederholt Gegenstand der Berichte des Bundesrechnungshofes und wurden ohne Begründung von der zuständigen Gemeindeaufsicht beziehungsweise vom Landtag nicht saniert. Dasselbe gilt auch für die Zulagen der Landesbeamten, die ohne einwandfreie rechtliche Bestimmungen des Landesgesetzgebers ausbezahlt werden. Ob sie nun – ich zähle sie auf – Repräsentationszulage, Funktionszulage, Verwendungszulage, Personalzulage, Vorrückungsbeträge heißen, für alle getroffenen Regelungen muß generell gelten, daß der Landtag gemäß Artikel 21 Bundesverfassungsgesetz seine Befugnis wahrnimmt und sie nicht der Landesregierung überläßt. Für die Grün-Alternativen gilt, daß wir unsere Kontrollaufgabe ernst nehmen. Als Abgeordnete in der Steiermark und für die alternativen Gemeinderäte in der Stadt Graz kann ich hier versichern, daß ich mich mit bloßen Absichtserklärungen im Kontroll-Ausschuß, wie „da muß etwas geschehen“, nicht zufriedengeben werde. Wenn man der Meinung ist, daß die Auszahlungen auf Grund der derzeitigen sogenannten Novellierungsentwürfe überzogen sind und daher nicht Gegenstand einer gesetzlichen Regelung sein können, dann muß das Land alle Mittel als Aufsichtsbehörde in die Hand nehmen, um diesem ungesetzlichen Zustand ein Ende zu bereiten. Es gibt keine Ausrede für die Säumnis der zuständigen Landespolitiker. Dies gilt auch für das Thema „Zulagenwesen im Bereich der Landesbeamten“. Wir werden in diesem Bereich hartnäckig sein, Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross und Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba. Danke schön!

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader, dem ich es erteile.

Abg. Mag. Rader: Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Ich habe schon den Eindruck, und ich kann das auch verstehen, daß diese Debatte, die von der Öffentlichkeit möglicherweise heute erwartet wurde und wird, nicht stattfindet und daß der Wunsch, zu verschiedenen Themen, die diskutiert wurden, vor allem im Zusammenhang mit der Presseförderung, sich zu Wort zu melden, ein endenwollender ist. Ich meine, man sollte auch dieser Diskussion nicht aus dem Wege gehen, und als derjenige, der am wenigsten oder überhaupt nicht der öffentlichen Diskussion unterzogen war, meine ich, daß man auch in diesem Haus in dieser Situation sich dazu bekennen sollte, daß es selbstverständlich auch Förderungsmittel für den Medienbereich der politischen Parteien geben kann und muß. Aus einem ganz einfachen Grund, gerade das tragische Schicksal der „Südost-Tagespost“ hat

gezeigt, daß in Wahrheit eine wirkliche Parteizeitung mit parteipolitischen Informationen nicht als Wirtschaftsbetrieb führbar ist und nicht führbar sein kann, weil eine politische Informationszeitschrift jene Inhalte vermittelt, die ihr Herausgeber vermittelt haben möchte, und logischerweise nicht jene Inhalte vermittelt, von denen man annehmen kann, daß ein möglichst großer Kreis von Lesern sie unbedingt hören will. Daher ist es nicht als Wirtschaftsbetrieb zu führen, und auch die wirklich erstrebenswerten und wirklich von mir zu verschiedenen Zeitpunkten sehr bewunderten Versuche der neuen Redaktion der „Südost-Tagespost“, aus diesem Teufelskreis auszubrechen, haben – wie sich herausgestellt hat – keinen Erfolg gezeitigt. Ich schätze den Herrn Dr. Sperl persönlich außerordentlich, wenngleich ich nicht die Meinung teile, die in einer Wochenzeitung in den letzten Tagen zu lesen war, daß er der einzige Liberale der Steiermark ist. Es wird schon ein paar andere auch noch geben, glaube ich. Ich glaube, es war in der „Wochenpresse“. (Abg. Ing. Stoisser: „Wo ist denn die?“) Wenn du es nicht weißt, Herr Präsident, dann gehörst du jedenfalls nicht dazu. Aber ich nehme an, es wird schon noch einige andere geben. Ich glaube, man sollte auch den Mut haben, sich natürlich auch öffentlich zu diesen Dingen zu bekennen, weil es eine Frage der Informationsmöglichkeit der politischen Bewegungen ist. Es gibt natürlich noch verschiedene Fragen, die offenbleiben können. So das Faktum, wie man diese Informationsförderung möglichst gerecht macht, weil in Wahrheit jede einzelne politische Bewegung, unabhängig von der Größenordnung, die sie derzeit hat, demselben Markt an zu Informierenden gegenübersteht, nämlich allen steirischen Wählern. Ich weiß schon, daß dies eine Problematik ist, die seinerzeit weder bei der Parteienförderung noch bei der Presseförderung auf allen Ebenen, wo das gemacht wird, wirklich ernsthaft und ehrlich gelöst werden konnte. Aber dies sind die Fragen, mit denen man sich dabei auseinandersetzen mußte.

Womit ich mich aber hauptsächlich beschäftigen möchte, ist ein Thema, mit dem ich mich in diesem Haus schon vor einem dreiviertel Jahr beschäftigt habe, nämlich die Frage der Situation der Grazer Gemeindebediensteten. Ich habe mir erlaubt, am 9. Juli 1986 in diesem Haus dem nunmehr zuständigen Referenten für die Landeshauptstadt Graz, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross, die Frage zu stellen, ob es einen Rückhang oder eine Differenz zwischen jenen Dingen gibt, die im Grazer Magistrat angewendet werden, und jenen Dingen, die durch den Landtag legalisiert wurden. Ich habe damals auf die konkrete Frage: „Können Sie ausschließen, daß im Grazer Magistrat Regelungen angewendet werden, die möglicherweise zwar beim Landtag oder der zuständigen Abteilung beantragt wurden, aber im Landtag jedenfalls noch nicht beschlossen wurden?“, die Antwort bekommen, ich zitiere wörtlich: „Auf Grund der mir zur Verfügung stehenden Informationen kann ich das zu diesem Zeitpunkt ausschließen.“ Herr Landeshauptmann, ich kann Ihnen leider die neuerliche Feststellung nicht ersparen, daß Sie dieses Haus falsch informiert haben. Und ich kann mir nicht vorstellen, daß ein verantwortlicher Referent, dem es nur einen Telefonanruf beim zuständigen Beamten kostet, dem Haus ernsthaft und in voller Überzeugung die Mittei-

lung machen kann, daß es keine Regelungen gibt, die im Magistrat angewendet werden, die der Landtag aber noch nicht beschlossen hat.

Sie wissen noch besser als ich, daß insgesamt 14 Punkte nicht erledigt sind und daß der älteste dieser 14 Punkte, der ebenfalls eines Beschlusses des Landtages bedarf, am 7. Dezember 1978 im Grazer Gemeinderat verabschiedet worden ist und dann zur Beschlußfassung dem Landtag vorgelegt wurde. Die weiteren Beschlüsse der Gemeinderäte stammen vom 6. Dezember 1979, vom 7. Februar 1980, vom 16. September 1980, vom 11. Dezember 1980, ein weiterer vom 11. Dezember 1980, vom 19. November 1981, Beschlüsse vom 14. Dezember 1981, 4. Februar 1982, 19. Mai 1983, Beschlüsse vom 7. April 1983, vom 13. Dezember 1983, vom 6. Dezember 1984, vom 5. Dezember 1985, vom 13. März 1986 und vom 9. Oktober 1986. Zumindest den letzten Beschluß – das gebe ich zu, Herr Landeshauptmann –, haben Sie nicht wissen können, weil er erst später gefaßt worden ist.

Meine Damen und Herren, ich will mich inhaltlich zu den Dingen überhaupt nicht äußern, weil ich mich dazu bekenne, daß wir gemeinsam versuchen werden, eine Regelung zu finden, um diese Dinge im Landtag dann schlußendlich zu sanieren. Aber es ist absolut undenkbar und es ist unverantwortlich, nicht nur dem Grazer Magistrat gegenüber, sondern auch den Grazer Gemeindebediensteten gegenüber, daß man die Dinge so lange liegen läßt und keiner gesetzlichen Regelung zuführt, weil wir wissen, daß es eben Realität ist, daß formal kein einziger Schilling drüben hätte ausbezahlt werden dürfen, der nicht auf einem Landtagsbeschluß basiert. Das ist die Rechtslage. Ich weiß, daß man sich immer wieder über einige Monate oder Jahre hinweg beholfen hat, aber es ist ganz einfach ein eklatantes Fehlverhalten der zuständigen politischen Referenten, daß seit dem Jahr 1978 Regelungen durch den Landtag offen sind, die bis heute diesem Haus noch nicht zugegangen sind. Das kann niemand dulden, der es wirklich ernst nimmt mit der Pflicht des Landtages, diese Dinge zu regeln. Es hat ja schlußendlich zumindest in einem Punkt ja schon zu tragischen Folgen geführt. Sie wissen ganz genau, daß in einem konkreten Fall die Finanzlandesdirektion dem Grazer Magistrat und damit möglicherweise den Grazer Gemeindebediensteten Steuernachzahlungen in der Größenordnung von über 12 Millionen Schilling vorgeschrieben hat, weil Dinge ausbezahlt wurden, die durch Landtagsbeschluß nicht gedeckt waren.

Meine Damen und Herren, ich weiß jetzt schon, daß die Befürchtung besteht, daß diese Steuernachzahlungen durch die Grazer Magistratsbediensteten erfolgen sollen. Ich bin der Meinung, daß das nicht möglich ist, weil diese selbstverständlich die Geldmittel in gutem Glauben entgegengenommen haben. Wenn sie eine Mitteilung bekommen, daß diese Auszahlungen auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses erfolgen, dann wird niemand auf die Idee kommen, nachzuprüfen, ob dieser Gemeinderatsbeschluß durch ein Landesgesetz tatsächlich legalisiert worden ist. Aber in Wahrheit gehören diese 12 Millionen Schilling Steuernachzahlung jenen politischen Referenten im Bereich der Landeshauptstadt Graz angerechnet, die die Auszahlungen angeordnet haben, ohne daß es ein Landes-

gesetz gibt, und gehören jenen politischen Referenten des Landes Steiermark angerechnet, die die Unterlagen liegen gehabt und diesem Hause nicht zur Beschlußfassung vorgelegt haben. Das sind, um es noch einmal konkret zu sagen, sowohl der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer für die Zeit von 1978 bis 1983 und der Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross für die Zeit von der Übernahme der Bürgermeisterfunktion durch Stingl bis zum heutigen Tag. Meine Damen und Herren, ich halte es für meine Pflicht, dies in diesem Haus anzumerken und klarzustellen, daß wir auch bei den kommenden Gesprächen regeln müssen, wie es weitergehen soll. (Abg. Dr. Hirschmann: „Sind Sie Magistratsbediensteter?“) Natürlich bin ich Magistratsbediensteter. Es kann nicht sein, daß diese Dinge so weitergehen und daß wir auch künftig, Herr Kollege Dr. Hirschmann, diese Dinge so lange nachhängen haben und daß wir diese Dinge nicht legalisieren, außer – und auch darüber kann man reden – (Abg. Dr. Hirschmann: „Ihre Steuer werden Sie hoffentlich selbst zahlen können!“) der Landtag beschließt, daß bestimmte Dinge künftig dieses Haus überhaupt nicht mehr passieren sollten, was ich in manchen Bereichen durchaus für vernünftig halte, vor allem, was die notwendigen Gehaltsanpassungen betrifft.

Lassen Sie mich zum Abschluß noch auf ein anderes Thema eingehen, das nichts mit den Magistratsbediensteten an sich zu tun hat, aber mit einem Bereich, wo es sich gezeigt hat, daß man mit einer anderen Vorgangsweise der öffentlichen Hand viel Geld ersparen kann. Sie wissen, daß meine Freunde im Grazer Rathaus im Jahre 1983 angeregt haben (Abg. Dr. Hirschmann: „Freunde?“), ich sage bewußt „Freunde“, weil ich weiß, daß ich damit einen Zwischenruf von dir bekomme – namentlich der nunmehrige Stadtrat Dr. Peter Weinmeister, womit Sie mit dem Ausdruck „Freunde“ wieder zufrieden sein werden –, die Frage der Verwendung von Dienstkraftwagen im Bereich des Magistrates zu überprüfen, weil sie die Meinung vertreten haben, daß die Kosten, die mit diesen Dienstkraftwagen bei Fahrten innerhalb des Stadtgebietes anfallen, wesentlich höher sind, als wenn man sich der öffentlichen Taxis bedient. Genau diese Initiative hat mit diesem Rechnungshofbericht seine endgültige Bestätigung erlangt. Der Rechnungshof hat von sich aus ausgerechnet – so genau, wie wir das ja nie hätten tun können –, daß die Kilometerkosten für einen Dienstkraftwagen im Bereich des Magistrates Graz 26,68 Schilling ausmachen, daß die Kilometerkosten für eine Taxifahrt jedoch nur 8 Schilling ausmachen. Das sind Millionenbeträge, die in der Zwischenzeit, weil sich auch die anderen Fraktionen dieser Initiative angeschlossen haben, dort schon eingespart wurden. Meine Damen und Herren, ich bin froh, daß es einmal eine Initiative gibt, wo uns der Rechnungshof derartig eklatant recht gibt und wo wir festgestellt haben, daß durch verschiedene andere Vorgangsweisen viel einzusparen ist. Ich weiß jetzt, bitte, ich werde dem Wunsch anderer Freunde im Grazer Rathaus nicht nachkommen, dieselbe Initiative auch im Land Steiermark zu verlangen, weil ich mir nicht vorstellen kann, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross mit dem Taxi nach Bad Aussee fährt und wieder zurück. Das funktioniert ganz einfach nicht. Aber auch hier gibt es verschiedene Ansatzpunkte. Ich kann mich an

einen Rechnungshofbericht erinnern, wo angeregt wurde, daß zumindest für den Großteil jener nur in der Stadt anfallenden Fahrten, die ja weniger den Politikern angerechnet werden als den Amtsleitern im Bereich des Landes, man sehr wohl auch davon absehen könnte, einen Dienstkraftwagen mit Fahrer zur Verfügung zu stellen, und für die nur Grazer Fahrten selbstverständlich auch Taxis benutzbar sind. Das funktioniert drüben sehr, und zumindest in diesem Punkt wäre es vielleicht vernünftig, das auch im Landesbereich aufzugreifen. (Beifall bei der VGÖ/AL.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber, dem ich es erteile.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: Ich habe aber trotzdem ein paar ganz wesentliche Fragen und habe auch im Prüfungs-Ausschuß die Anfrage an den Herrn Landesrat Dr. Klauser miterleben müssen: Was wird jetzt eigentlich an Presse in der Steiermark gefördert beziehungsweise welche Kriterien wären da die Grundlage, daß man zum Beispiel über Presseförderung reden kann? Und ich glaube schon, man sollte hier einmal klar feststellen, daß man hier Kriterien erarbeiten sollte, denn eine Anfrage beim Amt der Landesregierung über die Presseförderung ist bis heute unbeantwortet geblieben. Es geht hier darum, welche Kriterien praktisch vorgewiesen werden müssen, damit man in den Genuß einer Presseförderung kommt. (Abg. Schützenhöfer: „Ihr wollt schon wieder ein Geld haben!“) Der Herr Schützenhöfer denkt schon wieder an die Wahlnacht oder an den großen Klingelbeutel, den da die Grün-Alternativen dahergeschleppt haben und ihn gern füllen möchten. Ich kenne Ihre Späßchen schon, Herr Schützenhöfer. Da haben Sie mit anderen gesprochen, sicher nicht mit uns, weil wir von der Parteienfinanzierung bis heute noch nichts bekommen haben. Ich habe als Klubobmann bis heute nicht einmal ein Schreiben bekommen, daß hier angeblich Regierungsbeschlüsse getätigt wurden. Das möchte ich einmal klipp und klar sagen. Ich möchte Ihnen aber sagen, daß die Antwort beziehungsweise so unter der Hand, daß es überhaupt keinen Rechtsanspruch auf Parteienfinanzierung gibt – ja, ich sehe, daß es ein politischer Ermessensspielraum ist –, unterliegt in der Steiermark der Parteienvereinbarung der Parteien mit eigener Landesleitung, das heißt, es ist in der Steiermark eben so, und das wurde ja teilweise auch von der Frau Kammlander angeprangert. Ich sehe aber, daß, wenn das schon so gehandhabt wird, man wenigstens auch die Kollegialität haben sollte, daß man ein gewisses Gleichheitsprinzip walten läßt und wenigstens antwortet, Herr Schützenhöfer, auf eine Anfrage, welche Kriterien da notwendig sein sollten, müßten oder könnten! Ich will jetzt nicht das Wort „mit der vollen Hose ist leicht stinken“ verwenden, weil das einen un guten Ton in den Landtag bringen würde, aber ich erwarte mir schon, daß man hier über Kriterien spricht. (Abg. Schützenhöfer: „Da könnt ihr bei euch im Klub anfangen. Das einzige, was bekannt ist, ist, daß ihr streitet!“) Die Presseförderung an Parteien sollte meiner Meinung nach wohl den Parteien überlassen bleiben; sicher gegen Abrechnung der Aufwendungen. Aber daß man eine Partei zwingt, eine Tageszeitung zu machen, nur damit man eine Parteienfinanzierung für die Presseförderung bekommt, finde ich unsinnig, und

das hat ja auch das Ergebnis getätigt. Das heißt, man sollte bescheidener sein und soll der Partei überlassen, macht sie eine Tageszeitung, wenn sie so viele Mitgliedsbeiträge hat und sich das leisten kann, eine Wochenzeitung, ein 14-Tage-Blatt oder ein Monatsblatt, das sollte man schon der Partei innerparteilich überlassen, was sie in einer Presseförderung zu sagen hat. Jede Partei muß nicht jeden Tag die Bevölkerung über die Parteiinternen Interessen informieren. Das heißt, (Abg. Schützenhöfer: „Mit anderen Worten, Sie wollen ein Geld!“) Herr Schützenhöfer, Kriterien sollte es überall geben. Solange Sie nicht in der Lage sind, über Kriterien zu sprechen, sehe ich nur, daß sie praktisch nur fest selber einstreifen wollen und nicht bereit sind, objektiv über das andere zu reden. (Abg. Purr: „Es hat Sie niemand gefragt!“) Grundsätzlich, ich habe als Klubobmann vom Klub bisher noch keinen Schilling eingestrichelt, der nicht gerechtfertigt war. Mich braucht niemand zu fragen, aber ich nehme es mir heraus, hier darüber zu reden. Wenn man heute hört, daß ein Lanz zum Beispiel die Tagespost anzeigt wegen – wegen – wegen, dann macht man sich Gedanken, und man muß wirklich sagen: stellen wir dies doch endlich auf eine rechtliche Grundlage, und schaffen wir wenigstens im Land Gesetze. Ich bekenne mich dazu, daß die Partei für die Öffentlichkeitsarbeit ein Geld braucht, ich bekenne mich dazu, daß die Partei für die Öffentlichkeit arbeitet – im Öffentlichkeitsinteresse. (Abg. Dr. Hirschmann: „Du brauchst auch eines!“) Aber trotzdem bekenne ich mich dazu, daß diese Kosten wenigstens abgerechnet werden müssen. Es geht einfach nicht, eine Subvention ohne Abrechnung, das ist für mich undenkbar. Das heißt, wir verlangen das Abrechnungsprinzip und auch das sogenannte Gleichheitsprinzip. (Abg. Dr. Hirschmann: „Das ist euer innerparteiliches Problem. Das mußst du dir mit der Frau Kammlander ausmachen!“)

Sie haben recht, ich komme nämlich zu dem Punkt, wo ich mit der Frau Kammlander auch nicht einer Meinung bin, das betrifft die Zulagen. Wir als Politiker haben auch Zulagen, nicht nur Reisepauschale, nicht nur andere Pauschale. Es gibt auf dem Gehaltszettel vier Zulagen. Das heißt, wenn man schon die Beamten bei den Zulagen attackiert, dann muß man auch feststellen: wir als Politiker sind politische Beamte im Sinn der Sprachregelung, und wir haben auch Zulagen, dann muß man über die Zulagen auch reden. Den Mut muß man auch dazu haben. (Abg. Dr. Hirschmann: „Haben Sie etwas zurückgegeben?“) Ich möchte aber trotzdem sagen, diese Gehaltsanpassung, die der Kollege Mag. Rader angesprochen hat, es wäre höchst an der Zeit, wenn man heute von Prüferzulagen spricht und nur weiß, daß dies nur bei drei Abteilungen ausgeteilt wird, und aber als Beamter weiß, es gibt in jeder Abteilung eine Prüfertätigkeit, und dann die Beamten – Herr Schützenhöfer, die kommen auch zu Ihnen, ich werde sie zu Ihnen schicken und werde sagen „geht zu eurem ÖAAB-Obmann“. Es gibt Beamte, die sagen, wir machen auch in Abteilungen der Landesbaudirektion zum Beispiel oder woanders eine Prüfertätigkeit, warum bekommen wir diese Zulagen zur Prüfertätigkeit nicht? Ist das eine „Unbestechlichkeitszulage?“ Der Beamte ist ja generell unbestechlich. Also wir sehen das nicht ein. Aus der Argumentation heraus, ich habe diese Argumentation selbst von Kollegen bekommen, ich gebe sie an Sie weiter,

Herr Schützenhöfer. Versuchen wir doch diese ganze Gehaltsanpassung, und weg von diesem Zulagenwesen. Ich glaube auch, daß dieses Zulagenwesen sich in einem gesetzlosen Raum bewegt. Man hört auch von Abfertigungen auf Magistratsebene. Ich glaube, das sind Dinge, die wirklich uns allen auf den Kopf fallen. Ich bin auch bereit, über Zulagen der Politiker und deren Abrechnung zu reden und auch hier eine gesetzliche Grundlage zu schaffen. (Abg. Schützenhöfer: „Für die Rede, die Sie jetzt halten, steht Ihnen die politische Hilflosenzulage zu!“) Herr Schützenhöfer, ich möchte Ihnen nur sagen, wir sind nicht die, die in der Wahlnacht mit dem großen Beutel herumgelaufen sind und gesagt haben: „Wo sind jetzt die Millionen?“, sondern wir sagen, die politische Tätigkeit braucht Geld. Die politische Tätigkeit ist notwendig, sie soll aber abgerechnet werden. Und wenn Sie heute in einer Parteienfinanzierung diesen Rahmen heraushandeln, dann würde ich sagen, okay, dann kann man mit dem budgetieren, aber trotzdem wäre es nicht ganz unseriös oder es wäre vielleicht sicher seriös, auch diese Aufwendungen wenigstens der zuständigen Abteilung des Amtes offenzulegen. Wir werden es jedenfalls im Klub bei uns machen. Wir werden schauen, daß wir die Gelder sinnlos – das war jetzt der sogenannte „Freud'sche Fehler“. Der Freud'sche Fehler ist mir passiert, weil ich auch bei uns intern an die Reisekostenabrechnungen denke. Und ich denke nicht daran, daß es hier zu Doppelverrechnungen kommt, so wahr ich hier stehe. (Abg. Dr. Hirschmann: „Das mußt du mit der Frau Kammlander ausmachen!“) Ja das werde ich auch mit Frau Kammlander – und wenn es sein muß – öffentlich ausdiskutieren. Wir werden Taxifahrten und andere Dinge nicht dem Klub anrechnen. Der Klub hat andere Arbeiten. In dem Sinn ersuche ich auch Sie, (Abg. Sponer: „Eine schöne Wirtschaft müßt ihr haben!“) bei Ihren Parteienfinanzierungen und so weiter das endlich einmal zu berücksichtigen und hier mit dem Gleichheitsprinzip zu arbeiten. Danke! (Abg. Dr. Hirschmann: „Willst du noch mehr Geld?“) Gleichheitsprinzip verlangen wir, das politische Gleichheitsprinzip! Danke!

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dr. Klauser. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Klauser: Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Ich muß wohl oder übel ein paar Bemerkungen zu diesen Ausführungen machen. Was die Frau Kollegin Kammlander zum Ernstnehmen von Kontrollaufgaben gemeint hat, glaube ich, gilt für uns alle. Wir alle in diesem Hohen Haus nehmen sowohl unsere Kontrollaufgaben als auch die Berichte der Rechnungshöfe sehr wohl ernst. Wir sind nur nicht unbedingt in der Lage, alles, was in Rechnungshofberichten steht, für bare Münze und sakrosankt zu halten. Der Rechnungshof stellt Dinge zur Diskussion und gibt seine Meinung wieder, und manchmal führt das dazu, daß die, die sich damit beschäftigen, nicht der Meinung der Kontrollierenden sind. Das Wesentliche ist ja nicht, daß wir unbesehen das übernehmen, was in den Rechnungshofberichten steht, sondern das Wesentliche ist, daß wir uns damit beschäftigen, auseinandersetzen und daraus Konsequenzen ziehen, die durchaus auch unterschieden von denen sein können, die die Rech-

nungshöfe aus solchen Einschaun zu ziehen pflegen oder vorhaben. Es ist einmal so, meine Damen und Herren, daß jene, die in der Legislative allein vertreten sind, zu einer anderen Auffassung des Wertes von Rechnungshofberichten kommen. Und auch diese Auseinandersetzung wird uns auf Jahre hinaus nicht erspart bleiben. Ich möchte aber doch meinen, daß die Darstellung, wie sie bezüglich der Handhabung der Einkommen der Gemeindebediensteten hier in rechtlicher Sicht gegeben worden ist, nicht richtig ist. Die Gemeinden haben sehr wohl einen gewissen freien Spielraum, in dem sie sich bewegen können. Es muß nicht alles durch Gesetz geregelt werden. Ich würde auch davor warnen, daß man zum Beispiel die ganze Zulagengeschichte durch Gesetz regelt. Denn, warum nehmen denn die meisten Gebietskörperschaften, durchaus auch das Land, Zuflucht zu solchen Möglichkeiten? Weil die untersten Gehaltsgruppen zu schlecht bezahlt sind, als daß man wirklich gute Leute bekommt, und weil es höher oben manchmal notwendig ist, besonders gute Dienstleistungen gesondert zu honorieren und anzuerkennen. Mit einem Schema, das alle über einen Kamm schert, werden wir nie auskommen. Und daher werden wir uns diese Diskussionen nie ersparen können.

Was die Pressefinanzierung anlangt, meine Damen und Herren, so habe ich zur Finanzierung der Tageszeitungen der politischen Parteien eigentlich dem nichts mehr hinzuzufügen, was auf Grund der Diskussion um die Einstellung der „Südost-Tagespost“ von den beiden Parteiobmännern, vom Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer und dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross dazu bereits in der Öffentlichkeit gesagt wurde. Es ist richtig, daß nicht alles, was hier an Förderung gegeben worden ist, budgetiert war. Sie haben das aber alle Jahre in den Überschreitungsberichten und im Rechnungsabschluß zur Kenntnis bekommen. Dasselbe gilt für den Bereich der budgetierten Presseförderung. Dort ist die Aufteilung auch jedes Mal den Erläuterungen beziehungsweise den Rechnungsabschlüssen zu entnehmen. Es ist auch durchaus so, daß hier die Spielregeln klargestellt sind.

Was der Herr Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber über die Parteienfinanzierungen gesagt hat, geht darauf zurück, daß wir Probleme haben, die an sich durchaus dem Gleichheitsgrundsatz entsprechende Parteienfinanzierung für die Wahlpartei der Grünen freizugeben, weil er sich mit seiner Klubkollegin Kammlander nicht einig ist. Und da habe ich den Verfassungsdienst gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Das habe ich Ihnen auch gesagt, Herr Kollege. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Ich habe bis heute von der Rechtsabteilung kein Schreiben bekommen!“ – Glockenzeichen des Herrn Präsidenten.) Ich habe Ihnen, Herr Kollege, mitgeteilt, daß ich den Verfassungsdienst – (Präsident: „Herr Landesrat, darf ich kurz bitten! Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Korber, wenn Sie wünschen, sich zu Wort zu melden, dann ist die Wortmeldung beim Präsidenten einzubringen. Bitte unterlassen Sie dieses Theater!“ – Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Die Geschichte der Parteienfinanzierung für die Grünen ist noch nicht ausdiskutiert, weil der Verfassungsdienst eine Stellungnahme dazu noch nicht abgegeben hat. Ich habe, weil es verschiedene Meinungen

gibt – es waren sich die einzelnen damit befaßten Dienststellen des Landes über die verfassungsrechtlichen Konsequenzen nicht im klaren –, den Verfassungsdienst gebeten zu sagen, wie es bei den verschiedenen Positionen aussieht und wie wir hier vorzugehen haben. Und ich habe die Zusage vom Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer als zuständigem Referenten, daß ich eine entsprechende Äußerung bekommen werde, und nach der Äußerung werden wir vorgehen, Herr Dipl.-Ing. Dr. Korber. Und das müssen wir wohl oder übel dann auch so handhaben und abwarten. Das also zu Ihrer Frage der Parteienfinanzierung. Ich hoffe, daß damit die angeschnittenen Fragen – ich will nicht sagen, beantwortet sind, sondern daß ich damit zu den angeschnittenen Fragen Stellung genommen habe, soweit mir das heute möglich erscheint. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Erste Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross. Ich erteile es ihm.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Gross: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Abgeordnete Mag. Rader hat hier im Hohen Haus festgestellt, daß er eine Anfrage an mich gerichtet habe und ich den Landtag wissentlich falsch informiert hätte. Darauf muß ich sagen: Mag. Rader hat auch zitiert „nach meinem Wissensstand“ –: Nach meinem Wissensstand habe ich dem Landtag das mitgeteilt, was mir von der zuständigen Abteilung und den Fachbeamten zur Verfügung gestellt worden ist.

Aber nun, meine Damen und Herren: Ich bin für die Gemeinde Graz seit Jänner 1985 zuständig, und wir wissen, daß diese Gehalts- und Lohnregelungen immer wieder nachträglich mit Beschluß des Landtages sanktioniert worden sind. Das ist eine Handhabung, die in der Landeshauptstadt bereits seit dem Jahr 1945 Geltung hat. Das ändert natürlich nichts daran, daß der Landesgesetzgeber diese Fragen sanktionieren muß. Ich habe daher mit der Übernahme der Aufsicht für Graz veranlaßt, daß nach Möglichkeit sehr rasch eine Novellierung des Dienst- und Gehaltsrechtes der Landeshauptstadt Graz erfolgen soll. Wir haben die Gespräche vor einigen Wochen begonnen – der Herr Landeshauptmann und ich –, und wir werden in der nächsten Zeit einen Novellierungsvorschlag im Steiermärkischen Landtag einbringen, und wir hoffen, daß damit diese leidige Angelegenheit aus dem Weg geräumt worden ist. Ich möchte nicht auf jene Zeit zurückgehen, die der Herr Mag. Rader heute zitiert hat, in die siebziger Jahre hinein – da war ich nicht zuständig –, ich übernehme aber die Verantwortung für meine Beantwortung ab jenem Zeitpunkt, wo ich der zuständige Referent für Graz war, und versichere dem Landtag, daß wir nun durch eine Novelle diese Frage des Dienst- und Gehaltsrechtes in Graz in Ordnung bringen werden. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: Er ist schon wieder da, ja. Und zwar möchte ich jetzt, Herr Landesrat Dr. Klauser, zu Ihnen etwas einmal ganz klar sagen: Wir haben heute über Presseförderung und über Zula-

gen gesprochen. Von Parteienfinanzierung habe ich nichts gesprochen, weil ich ebenfalls der Ansicht bin, daß das der Verfassungsdienst klären soll.

Was mich aber persönlich stört – und ich werde auch hier die Konsequenzen ziehen –: Ich bin Klubobmann, habe eine Amtszulage von 18.779 Schilling (Abg. Kammlander: „Das interessiert doch hier keinen!“) und werde diese Klubobmannzulage nicht mehr annehmen, wenn ich bis heute von der zuständigen Rechtsabteilung weder über Regierungsbeschlüsse noch über das, was sozusagen hier gelaufen ist, informiert werde. Man reagiert hier praktisch auf Schreiben, die für mich überhaupt keinen Wert haben. Und ich werde es mir auch vornehmen, wenn die Frau Kammlander hier Doppelreiseabrechnungen macht, hier in die Öffentlichkeit zu gehen. (Abg. Kammlander: „Ein Wahnsinn!“) Ich lasse mich nicht durch doppelte interne Selbstbedienungen aus der Einstellung herausbringen. Ich sage: Die Reisepauschale mit rund 10.000 Schilling monatlich für Abgeordnete ist hoch genug, als daß man hier zusätzlich Doppelverrechnungen macht. Danke.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dr. Klausner. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Klausner: Offenkundig, meine Damen und Herren, reden der Herr Dipl.-Ing. Dr. Korber und ich eine andere Sprache, denn ich habe sehr wohl zu hören vermeint, daß er auch von den Parteienfinanzierungen gesprochen hat.

Was die Frage der Bezüge, der Zulagen und der Reisekosten für Abgeordnete anlangt, darf ich darauf hinweisen, daß es hier nicht auf eine schriftliche Auskunft oder briefliche Mitteilung irgendeiner Abteilung ankommt – ich bin nebstbei nicht zuständig –, sondern dafür gibt es eine landesgesetzliche Regelung, wo Sie alles nachlesen können. Ich werde veranlassen, daß Ihnen eine Kopie oder Ausfertigung des Landesgesetzes in der letzten Fassung zur Verfügung gestellt wird. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

11. Antrag, Einl.-Zahl 144/1, der Abgeordneten Dr. Maitz, Dr. Strenitz, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Trampusch, Dr. Hirschmann, Freitag, Dr. Dorfer und Erhart, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Kontrollinitiative der Landesbürger an den Landesrechnungshof, auf Durchführung eines allgemeinen Begutachtungsverfahrens gemäß § 36 Abs. 3 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in der Fassung der Landesverfassungsgesetznovelle 1986, LGBl. Nr. 86/1986, und gemäß dem I. Abschnitt des Steiermärkischen Volksrechtegesetzes, LGBl. Nr. 87/1986.

Es liegt keine Wortmeldung vor. Gemäß Paragraph 36 Absatz 3 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in der Fassung der Landes-Verfassungsgesetznovelle 1986, ist für einen solchen Beschluß die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Abgeordneten und eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich. Ich ersuche die Damen und Herren, die

dem Antrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag auf Durchführung eines allgemeinen Begutachtungsverfahrens ist mit der entsprechenden Mehrheit angenommen.

12. Antrag, Einl.-Zahl 180/1, der Abgeordneten Schwab, Bacher, Dr. Dorfer, Prof. Dr. Eichtinger, Fuchs, Göber, Grillitsch, Harms, Dr. Hirschmann, Kanduth, Präsident Klasnic, Kollmann, Kröll, Dr. Lopatka, Dr. Maitz, Neuhold, Dr. Pfohl, Pinegger, Pörtl, Purr, Pußwald, Schweighofer, Schrammel, Schützenhöfer, DDr. Steiner, Ing. Stoisser und Präsident Wegart, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die umweltgerechte und wirtschaftliche Entsorgung von Müll und Problemstoffen im Müll (Steiermärkisches Müllbewirtschaftungsgesetz 1987), auf Durchführung eines allgemeinen Begutachtungsverfahrens gemäß § 36 Abs. 3 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in der Fassung der Landes-Verfassungsgesetznovelle 1986, LGBl. Nr. 86/1986, und gemäß dem I. Abschnitt des Steiermärkischen Volksrechtegesetzes, LGBl. Nr. 87/1986.

Es liegt keine Wortmeldung vor. Gemäß Paragraph 36 Absatz 3 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in der Fassung der Landes-Verfassungsgesetznovelle 1986, ist für einen solchen Beschluß die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Abgeordneten und eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag auf Durchführung eines allgemeinen Begutachtungsverfahrens ist mit der entsprechenden Mehrheit angenommen.

13. Antrag, Einl.-Zahl 180/1, der Abgeordneten Erhart, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Hammerl, Kirner, Kohlhammer, Meyer, Minder, Oflenz, Franz, Oflenz Günther, Prieschl, Rainer, Reicher, Spöner, Dr. Strenitz, Trampusch, Tschernitz, Vollmann, Präsident Zdarsky und Zellnig, betreffend die Erlassung eines Steiermärkischen Müllbewirtschaftungsgesetzes, auf Durchführung eines allgemeinen Begutachtungsverfahrens gemäß § 36 Abs. 3 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in der Fassung der Landes-Verfassungsgesetznovelle 1986, LGBl. Nr. 86/1986, und gemäß dem I. Abschnitt des Steiermärkischen Volksrechtegesetzes, LGBl. Nr. 87/1986.

Es liegt keine Wortmeldung vor. Gemäß Paragraph 36 Absatz 3 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in der Fassung der Landes-Verfassungsgesetznovelle 1986, ist für einen solchen Beschluß die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Abgeordneten und eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich. Ich ersuche die Damen und Herren die dem Antrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag auf Durchführung eines allgemeinen Begutachtungsverfahrens ist mit der entsprechenden Mehrheit angenommen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen.